

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Centralorgan der socialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen:
 Abonnement - Preis pränumerando:
 Vierteljährlich 3,00 Mk., monatlich 1,10 Mk.,
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.
 Einzelne Nummer 5 Pf. Sonntags-
 Nummer mit illustrierter Sonntags-
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-
 Abonnement: 3,00 Mark pro Quartal.
 Eingetragen in der Post-Bestellungs-
 Preisliste für 1899 unter Nr. 7890.
 Unter Kreuzband für Deutschland und
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.
 Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr
 beträgt für die sechsgeleitete Kolonne
 jeite oder deren Raum 40 Pf., für
 politische und gewerkschaftliche Vereine
 und Versammlungs-Anzeigen, sowie
 Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate für die
 nächste Nummer müssen bis 4 Uhr
 nachmittags in der Expedition abgegeben
 werden. Die Expedition ist an Wochen-
 tagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und
 Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.
 Preisprophet: Amt 1, Nr. 1508.
 Telegramm-Adresse:
 „Socialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Benth-Strasse 2.

Freitag, den 19. Mai 1899.

Expedition: SW. 19, Benth-Strasse 3.

Die heilige Alliance.

Die „Friedenskonferenz“ wurde am Donnerstag vom Minister de Beaufort mit folgender Rede eröffnet:
 „Im Namen meiner erhabenen Herrscherin habe ich die Ehre, Sie willkommen zu heißen und dem Kaiser aller Menschen, welcher durch die Wahl des Haug zum Eize der Konferenz unserem Lande eine große Ehre erwies, meine tiefste Ehrerbietung und lebhafteste Dankbarkeit auszudrücken. Durch eine edle, in der ganzen civilisierten Welt mit Beifall begrüßten Initiative hat der Kaiser von Rußland den von einem seiner erhabenen Vorgänger, dem Kaiser Alexander I. ausgedrückten Wunsch erfüllen wollen, daß alle Herrscher und alle Völker Europas sich unter einander verständigen, um als Brüder zu leben und sich gegenseitig in ihren Bedürfnissen zu unterstützen. Geleitet von diesen edlen Traditionen meines erhabenen Ahnen hat Se. Majestät allen Regierungen, deren Vertreter hier anwesend sind, den Zusammentritt einer Konferenz vorgeschlagen, welche die Aufgabe haben soll, nach Mitteln zu suchen, um den un-
 aufhörlichen Kriegen ein Ziel zu setzen und die schwere Last, welche die ganze Welt bedroht, zu beendigen. Der Tag des Zusammentritts dieser Konferenz wird einer der hervorragenden Tage in der Geschichte des zur Reize gehenden Jahrhunderts sein. Er fällt zusammen mit dem Festtage, den alle Unterthanen des kaiserlichen nationalen Feiertag begehen, und indem ich mich aus tiefstem Herzen allen Vätern für das Glück des großherzigen Souveräns anschließe, will ich mir erlauben, als Vorsitzender der ganzen civilisierten Welt der Hoffnung Ausdruck zu geben, daß der Kaiser, der in den Arbeiten dieser Konferenz die Verwirklichung seiner großherzigen Ziele sieht, in Zukunft diesen Tag als den schönsten seines Lebens ansehen wird. Ihre Majestät, meine erhabene Souveränin, die von denselben Gefühlen durchdrungen ist, welche den Kaiser von Rußland zu seinem Vorhaben angeregt haben, hat der Konferenz das schönste historische Bauwerk zur Verfügung stellen wollen, welches sie besitzt. Der Saal, in welchem Sie sich befinden, ist von den hervorragenden Künstlern des 17. Jahrhunderts angefaßt und von der Witwe des Prinzen Friedrich Heinrich zum Andenken an ihren edlen Gemahl errichtet worden. Unter den Gruppen und allegorischen Gestalten, welche Sie hier bewundern werden, befindet sich eine, welche sich auf den Bestfallsfrieden bezieht und Ihre ganz besondere Beachtung verdient, nämlich die Gestalt, welche sich über der Eingangstür dieses Saales befindet, wo Sie die Friedensgöttin in diesen Saal entreten sehen, um den Janusstempel zu schließen. Ich hoffe, daß diese schöne Allegorie von guter Vorbedeutung für Ihre Arbeit sein wird und daß Sie nach Beendigung derselben sich werden sagen können, daß die Friedensgöttin, welche die Kunst in diesen Saal zuerst entreten ließ, diesen wieder verlassen hat, um ihre Wohlthaten der ganzen Menschheit zu teil werden zu lassen.“
 In den mit möglichem Schwung ausgestatteten Redewendungen des Eröffnungssprechers findet sich nur eine beachtliche Stelle, die allerdings sehr beachtlich ist. Ist es bloß historische Naivität, eine toastierende Entgleisung, oder ist es eine absichtliche Verspottung, wenn nicht gar eine tendenziöse Ankündigung, daß Herr v. Beaufort die Friedenskonferenz mit einer Erwähnung und Verherrlichung der — Heiligen

Alliance einleitete, daß er den Kongreß geradezu als eine Fortsetzung jenes durch fast ein Jahrhundert getrennten reaktionären Fürstentums feierte, der in dem Hohn und dem Fluch der Geschichte vermodern ist?
 Als das Jarenmanifest erschien, sprachen misstrauische Leute sofort den Verdacht aus, daß es sich um eine Neuauflage der Heiligen Alliance handle. Wir haben noch gestern dem Verdacht wieder Ausdruck verliehen. Und nun beschwören gleich die ersten Worte, die auf dem Kongreß gefallen, das Gespenst aus der Gruft der Schande.
 Ganz Europa sieht Jahrzehnte lang in der Stidluft der Heiligen Alliance. Geistige Anechtung, verzerrte Mystik, grausame Verfolgung des freien Wortes und jeder freien Entwicklung, die reaktionäre Solidarität der Dynastien und — Frieden, tiefer, schlaffter, jämmerlicher Frieden geflossen sind in der endlos langen Kettenzeit der Heiligen Alliance, um die Völker Europas in Ketten zu schmieden. Es war die Zeit des russischen Kirchhof-Bestfriedens, der frommen Abrüstung des Geistes, des europäischen Dunkelmannen-Martells.
 Erst die Stürme der März-Revolution lösteten den Dunst der Heiligen Alliance aus.
 Alexander I. war für die Heilige Alliance durch die Frau v. Krüdener gewonnen worden, die in ihren reiferen Jahren sehr, sehr fromm schwärmen mußte, weil sie vorher stark dieser Welt sich gewidmet hatte. Sie hegte den Plan eines europäischen Fürstentums aus, der in christlicher Liebe den Bestfrieden pflegen sollte. Friedrich Wilhelm III. und Kaiser Franz ließen sich leicht für das fromme Werk gewinnen, und so kam am 26. September 1815 die Heilige Alliance zu stande, die im Namen des Friedens und des Christentums die Austreibung des „Jakobinertums“ beforgte, das in den Völkern gährte.
 Die Zeiten von damals sind nicht überwunden. Der mystische Geist der Frau v. Krüdener wirkt auch heute noch auf manchem Thron. Eine dumpfe Angst vor der Revolution, vor dem Erwachen der Völker lastet auf den Gemütern der herrschenden Klassen. Der politische und geistige Freiheitskampf, den man damals durch den Bestfriedensbund zu hemmen suchte, findet seine noch mehr gehakte, gehegte und gefürchtete Fortsetzung und Vollendung in dem socialen Befreiungskrieg unserer Tage. Selbst eine unweiseliche Keuschheit verbindet den Anfang mit dem Ende des Jahrhunderts: der P a p s t stand damals wie heute bei Seite. Damals wollte er nicht von der Partie sein, weil es unter der allerchristlichsten Kirche keines anderen heiligen Bundes bedürfte. Heute läßt man ihn nicht ein, weil er kein Souverän ist.
 Es war kein guter Genius, der den holländischen Minister lockte, inmitten der Reichsfreundlichkeit der arg irdischen Frauen Rubens, die an den Bänden des Kongreßhauses der lex Heinze spotten, den verhängnisvollen Schwarmgeist der Frau v. Krüdener und des von ihr erleuchteten Jaren zu zittern. Diese im Bestfrieden im Stil der Heiligen Alliance würden die mündigen Völker Europas den frischen frühlichen Krieg erklären.

Von weiteren Mitteilungen, die aus dem Haag vorliegen, verzeichnen wir die folgenden:
 Die Friedenskonferenz wird drei Kommissionen niederlegen. Die erste Kommission wird über die Einschränkung der Küstungen und der militärischen Ausgaben, die zweite über die Festlegung von Kriegsgesetzen beraten. Die dritte Kommission wird sich mit der Vermittlung und dem fakultativen Schiedspruch zu beschäftigen haben.
 Die erste Kommission wird sich zu beschäftigen haben:
 1. mit dem Memorandum des Fürsten Metternich vom Jahre 1816 über den vom Kaiser Alexander I. von Rußland unterstützten Vorschlag des Prinz-Regenten von England, daß in einer internationalen Konferenz der Normalfriedensstand der Armees einer jeden Macht festgestellt werden solle;
 2. mit dem Schreiben Napoleons III. an die Souveräne Europas vom 4. November 1863, in welchem eine in Paris abzuhaltende Konferenz vorgeschlagen wurde, welche über die Grundlage einer allgemeinen Pacification beraten sollte;
 3. mit dem von Rolin Jacquemyns im Jahre 1887 dem Institut für internationales Recht in Heidelberg gemachten Vorschlag, vom Standpunkte des internationalen Rechts aus die Frage zu prüfen, ob es möglich sei, durch Uebereinkommen zwischen den europäischen Staaten den Effectivbestand der Armeen und die militärischen Ausgaben in Friedenszeiten einzuschränken;
 4. mit der Meinungsäußerung des Professors Lorimer von der Universität Edinburgh über die Frage der Abrüstung;
 5. mit den Betrachtungen des Grafen Komarowski über die zunehmende Ausrüstung Europas;
 6. mit der Schrift von Tulech Fied über dauernde Beschränkung der Streitkräfte;
 7. mit der Schrift Merighers über gleichzeitige, allgemeine, propositionelle und progressive Abrüstung;
 8. mit der Schrift des Staatsrats Johann v. Bloch;
 9. mit der Schrift Bastians über Entlassung im Heere;
 10. mit der Schrift des Fürsten Obolenski über die Idee des allgemeinen Friedens und der Abrüstung.
 Die zweite Kommission wird sich mit folgenden Schriftstücken beschäftigen:
 1. Deklaration des Pariser Kongresses vom 6. April 1856;
 2. Genfer Konvention vom 22. August 1864;
 3. noch nicht ratifizierte Zusatzartikel zur Genfer Konvention vom 20. Oktober 1868;
 4. Petersburger Konvention, betreffend Verbot des Gebrauchs gewisser Geschosse;
 5. Brüsseler Konferenz von 1874 über Kriegsgesetze und Kriegsgebäude;
 6. von Rußland auf der Brüsseler Konferenz eingebrachter Vertragsentwurf über Kriegsgesetze und Kriegsgebäude;
 7. das Oxford-Handbuch, betr. Gesetze über den Landkrieg, angenommen vom Institut für internationales Recht in der zu Oxford abgehaltenen Session von 1880;
 8. Regeln für die Beschießung offener Städte durch Seestreitkräfte, angenommen vom Institut für internationales Recht in der Session von Venedig im September 1896;
 9. die Erklärung Frankreichs und Englands betreffend die Zusatzartikel zur Genfer Konvention;
 10. Entwurf einer Revision der Genfer Konvention von 1864;
 11. Vorläufiges Programm, vorgeschlagen durch den Schweizer Bundesrat;

Ein Gedenttag.

Zum 19. Mai 1848.
 M. Pl. Heute vor fünfzig Jahren erschien die letzte Nummer der von Karl Marx herausgegebenen „Neuen Rheinischen Zeitung“, des ersten Blattes in Deutschland, das die Interessenvertretung der Arbeiterklasse auf seine Fahne geschrieben hatte. Inmitten der Frühlingstürme des Jahres 1848 war die Zeitung von Marx und Friedrich Engels in Köln gegründet worden. Neben diesen beiden arbeiteten in der Redaktion Wilhelm Wolff, Georg Weerth, Ferdinand Freiligrath und andere ausgezeichnete Kräfte. Kein Wunder, daß die Zeitung auf die Massen der rheinländischen Arbeiter elektrisierend wirkte; aber selbstverständlich auch, daß die „Chimborazo-Freiheit“ des Blattes, wie sich die „Kreuzzeitung“ damals ausdrückte, die widererstarrende Reaktion zu maßloser Wut gegen die „Neue Rheinische Zeitung“ aufstachelte.
 Noch 1848 wurde versucht, die unbedeumende Zeitung mit ihrer massenaufrüttelnden Wirkung zu unterdrücken. Aber alle Anstrengungen verstärkten nur ihre Lebenskraft und ihren revolutionären Einfluß. Man wandte sich von Berlin aus an die Königlich Preussischen Gerichte, damit diese durch willkürliche Verhaftungen das Weitererscheinen verhindern sollten; aber man stieß auf unerwartete juristische Bedenken. So nahm man denn seine Zuflucht zu einer polizeilichen Niederdrückung, indem der leitende Redacteur, Karl Marx, die folgende Anweisung erhielt:
 „In ihren neuesten Stücken tritt die „Neue Rheinische Zeitung“ mit der Aufreizung zur Verachtung der bestehenden Regierung, zum gewaltthätigen Umsturz und zur Einführung der socialen Republik immer entschiedener hervor. Es ist daher ihrem Redacteur ein chef, dem Dr. Karl Marx, das G a s t r e i t, welches er so schmählich verleiht, zu entziehen, und da derselbe eine Erlaubnis zum ferneren Aufenthalt in den hiesigen Staaten nicht erlangt hat, ihm aufzugeben, dieselben binnen 24 Stunden zu verlassen. Sollte er der an ihn ergangenen Aufforderung nicht freiwillig Gehör leisten, so ist derselbe zwangsweise über die Grenze zu bringen.“
 Auch den übrigen Redactoren stand die Ausweisung oder die Verhaftung bevor. So erschien denn am 19. Mai, in rother Schrift auf weissem Papier gedruckt, die letzte Nummer der „Neuen Rheinischen Zeitung“. An der Spitze stand das Abschiedswort v. Freiligrath:
 Kein offener Fieb in offener Schlacht —
 Es fallen die Räden und Räden,
 Es fällt mich die schleichende Niedertracht
 Der schmutzigen Westwallmüden!
 Aus dem Dunkel floh der tödende Schacht,
 Aus dem Hinterhalt fielen die Streiche —
 Und so leg' ich nun da in meiner Kraft,
 Eine stolze Rebellenleiche!

Karl Marx geistelte die an ihm verübte Jämmerlichkeit:
 „Das Gastrecht, welches die frechen Eindringlinge, die Vorder-
 russen (Vorussen) und Rheinländer auf unserem eigenen Grund
 und Boden okkupiert haben, ist allerdings „schmählich“ durch die
 „Neue Rheinische Zeitung“ verlegt worden. Wir glauben uns da-
 durch den Dank der Rheinprovinz verdient zu haben. Wir haben
 die revolutionäre Ehre unseres heimischen Bodens gerettet.“
 Die Redactoren zerstreuten sich. Wilhelm Wolff trat als De-
 putierter in die allerdings schon in den letzten Tagen liegende
 Paulskirchenversammlung ein. Marx ging nach Paris zurück, wo
 der proletarische Entscheidungskampf bevorstand. Und Engels
 trat einfach in Reich und Glied, indem er thätigen Anteil an
 der süddeutschen Märzrevolution nahm, die auch den jungen Wilhelm
 Liebknecht in ihre Reihen gezogen hatte. Von diesem Feldzuge in
 der Pfalz und in Baden erzählen wir später.
 Für heute sei nur noch einer Epigone gedacht, die Friedrich
 Engels betrifft und die ebenso bezeichnend ist für den Geist, der
 in der „Neuen Rheinischen Zeitung“ herrschte, als für das damalige
 „revolutionäre“ Bürgerthum.
 Angesichts der von der Reaktion beliebten höhnischen Ablehnung
 der in der Paulskirche beschlossenen deutschen Reichsverfassung war
 es nächst Dresden auch im Rheinland und in Westfalen wieder
 lebendig geworden. In Jernlohn, in Hagen, Düsseldorf und Elber-
 feld kam es zum Kampf.
 Auf den Barricaden von Elberfeld war auch die „Neue
 Rheinische Zeitung“ vertreten. Den Bericht darüber finden
 wir in der vorliegenden Nummer des Blattes. Am 10. Mai
 ging Friedrich Engels von Köln nach Elberfeld und nahm von
 Solingen aus zwei Kisten Patronen mit, die bei dem Sturm des
 Gräfenthaler Zeughauses durch die Solinger Arbeiter erbeutet worden
 waren. In Elberfeld angekommen, stützte er dem Sicherheits-
 Ausschuss Bericht ab über die Lage in Köln, stellte sich zur Verfügung
 und wurde von der Militärkommission sogleich mit der Leitung der
 Befestigungsarbeiten durch diese Vollmacht betraut:
 „Die militärische Kommission des Sicherheitsausschusses be-
 auftragt hiermit den Herrn Friedrich Engels, die sämtlichen Parti-

laden der Stadt zu inspizieren und die Befestigungen zu ver-
 vollständigen. Sämtliche Posten auf den Barricaden werden hiermit
 errichtet, denselben zu unterstügen, wo es not thut.“
 Einen Tag später, am 12. Mai, erhielt Engels noch einen
 Auftrag:
 „Vollmacht für Bürger F. Engels, die Kanonen nach seinem
 Gutdünken aufzustellen, wie auch die dazu nötigen Handwerker zu
 requirieren, wovon die Kosten der Sicherheitsausschuss trägt.“
 Engels organisierte nun nach besten Kräften die Verteilung
 und Führung zum Oberkommandanten Herrn Niebach vor, was auch
 angenommen wurde.
 Aber bald kamen die Bedenken. Gleich am ersten Tage
 seiner Anwesenheit fragte ihn Herr Niotte, Mitglied des
 Sicherheitsausschusses, über seine Absichten. Engels erklärte,
 er sei hergekommen, erstens, weil er von Köln aus dazu deputiert
 gewesen, zweitens, weil er geglaubt habe, daß er in militärischer
 Beziehung vielleicht nützlich verwendet werden könne, und drittens,
 weil er, selbst aus dem Bergischen gebürtig, es für eine Ehrensache
 gehalten habe, bei der ersten bewaffneten Erhebung des Bergischen
 Volks auf dem Platze zu sein. Er wünschte sich bloß mit mili-
 tärischen Dingen zu befassen und dem politischen Charakter der
 Bewegung gänzlich fremd zu bleiben, da es auf der Hand liege,
 daß bis jetzt hier nur eine schwarz-rot-goldene Bewegung möglich
 sei und daher jedes Auftreten gegen die Reichsverfassung vermieden
 werden müsse. Herr Niotte war mit dieser Erklärung einverstanden.
 Am 14. morgens kam aber Herr Höpster, ebenfalls vom Sicher-
 heitsausschuss, zu ihm und erklärte: Obwohl gegen sein Betragen
 durchaus nichts zu sagen sei, so sei doch die Elberfelder Bourgeoisie
 durch seine Anwesenheit im höchsten Grade alarmiert, sie fürchte jeden
 Augenblick, er werde die rote Republik proklamieren, und wünsche
 allgemein, er möge sich entfernen. Engels verlangte diesen Wunsch
 schwarz auf weiß vom Sicherheitsausschuss, unterzeichnet, und alsbald
 bekam er das folgende Schriftstück:
 „Der Bürger Friedrich Engels von Barmen, zuseht in Köln
 wohnhaft, wird unter voller Anerkennung seiner in hiesiger Stadt
 bisher bewiesenen Thätigkeit errucht, das Weichbild der hiesigen
 Gemeinde noch heute zu verlassen, indem seine Anwesenheit
 zu Mißverständnissen über den Charakter der Bewegung Anlaß
 geben könnte.“
 Engels sagte natürlich gern diesen „Revolutionären“ ade. Er
 ging nach Köln zurück, um sich dann, als auch hier seines Weichens
 nicht war, mit anderen Volkskämpfern aus den rheinischen Städten
 zum süddeutschen Aufstandsheere durchzuschlagen.

12. Circular des niederländischen Ministers des Aeußern an die Vertreter der Niederlande vom 13. Februar 1871, betreffend die Bitte der Kaiserlichen Handelsbank, das Princip der Unverletzlichkeit vom Privatvermögen auf dem Meere zu billigen und den Begriff Kriegskontributionen zu definieren zu lassen.

Die dritte Kommission wird sich mit folgenden Dokumenten befassen:

1. Vorschlag des Lord Clarendon auf dem Pariser Kongress am 14. April 1856 wegen Inanspruchnahme der Vermittlung eines befriedigten Staates vor Anwendung von Gewalt;
2. Antrag Macini, eingebracht am 24. November 1875 in der italienischen Deputiertenkammer, dahin gehend, daß das Institut des Schiedsgerichts ein allgemein angewandtes Mittel werde, um nach Gerechtigkeit internationale Streitigkeiten zu lösen;
3. Resolution des Instituts für internationales Recht in Betreff einer schiedsrichterlichen Kammer, angenommen in der 34. Sitzung vom 1877;
4. Artikel 12 der Generalakte der Berliner Konferenz von 1878 wegen Vermittlung oder schiedsrichterlicher Entscheidung für Streitigkeiten im Soudo- und Nigerbecken;
5. Entwurf eines Reglements für internationales Schiedsgerichtsverfahren, vorbereitet vom Institut für internationales Recht auf der Session im Haag 1875;
6. Antrag Dudley Fields auf Einsetzung eines Schiedsgerichts;
7. Grundregeln für eine Bearbeitung eines internationalen Schiedsgerichtsvertrages, aufgestellt vom Institut für internationales Recht in der Brüsseler Session vom Oktober 1895;
8. Entwurf für die Errichtung eines ständigen internationalen Schiedsgerichts, angenommen von der interparlamentarischen Konferenz in Brüssel von 1895;
9. Verhandlungen der Brüsseler interparlamentarischen Konferenz von 1897;
10. Vertrag von Washington vom 8. Mai 1871;
11. Entwurf zur Errichtung eines Schiedsgerichts zwischen den Staaten Nord-, Mittel- und Südamerikas, unterzeichnet in Washington am 18. April 1890;
12. Briefe Lord Salisbury an den britischen Botschafter in Washington vom 5. März und 18. Mai 1896 wegen Abschluß eines Schiedsgerichtsvertrages;
13. Schiedsgerichtsvertrag zwischen England und den Vereinigten Staaten, der zwar abgeschlossen, aber nicht ratifiziert worden ist;
14. allgemeiner Schiedsgerichtsvertrag zwischen Italien und Argentinien vom 25. Juli 1898;
15. Artikel 55 und 58 der am 2. Juli 1890 auf der Brüsseler Konferenz unterzeichneten Generalakte;
16. Artikel 23 der Weltpostkonvention vom 4. Juli 1891;
17. vom Justizkongress 1892 in Madrid angenommene Beschlüsse;
18. Schluß Descaamps über Schiedsgerichte.

Die Herren können also im Stand historischer Akten brütel werden. Die ständige Gründlichkeit erinnert sehr an das Zeitalter der Perrücken. Und dabei sind die Verhandlungen noch nicht einmal auf diese Dokumente beschränkt.

Reizvoll plaudert der Specialkorrespondent der „Frankf. Zig.“, wie es im Haag bei Zusammentritt der „Friedenskonferenz“ aussah. Er schreibt am 16. Mai:

„Was aus dem Frieden werden wird, weiß ich noch nicht. Die Konferenzdelegierten kommen erst nach und nach an; zur Stunde fehlen noch mehrere, insbesondere die Mexikaner und die Chinesen. Und wie kann man irgend etwas Bestimmtes über den Frieden sagen, so lange die Mexikaner und die Chinesen noch nicht da sind? Das einzige also, was ich bis zur Stunde mit Gewißheit weiß, ist, daß wir hier sitzen und frieren. Das ist wirklich und wahrhaftig kein Wetter für eine Friedenskonferenz. Warum nur der liebe Herrgott von oben so ein böses Gesicht macht zu diesem internationalen Kongress? Vielleicht, weil man den Papst angesprochen hat? Kurzum, während draußen in Europa allenthalben Lenzeslüfte wehen, ist hier noch Winter oder schon Herbst. Ein kalter Wind weht durch den Haag, der an den Fenstern und Thüren rüttelt, die Blüten von den Bäumen herabbläst und in den friedlichen Wyver große wirnhige Kreise hineinzeichnet. Und es regnet, regnet, regnet. Es ist eine wahre Verschwendung, daß so viel Wasser von oben in diese Gassen hier hineingeschüttet wird, die doch wahrlich schon genug enthalten. Es sieht aus, als wolle der Himmel an den landesüblichen Reinlichkeitsbestrebungen sich dadurch beteiligen, daß er das Wasser wäscht. Bei dieser Kühle und Feuchtigkeit ist der einzige Ort, in dem man sich wohl fühlt, der große Salon des Hotel des Indes; denn hier brennt ein mächtiges Feuer im Kamin. Wenn die Konferenz auf ihr eigenes Befragen Bedacht nehmen dürfte, so müßte sie vor diesem Kamin ihre Sitzungen abhalten. Da sie aber zum Wohl der Wälder im Haag zusammentritt, wird sie sich wohl oder übel nach dem Huis ten Bosch hinaus begeben müssen, das bereits zu ihrem Empfange eingerichtet ist. In den Sälen dieses von Wald umgebenen Sommerpalastes herrscht Kellerkälte. Der russische Hauptdelegierter, der bald achtzigjährige Herr v. Staal, liegt heute bereits zu Bett, weil er sich das Huis ten Bosch gestern nur angesehen hat. Für die alten Herren, welche unter den Kongressmitgliedern sich befinden, bilden die Sitzungen draußen im Waldhaus eine wahre Lebensgefahr. Einer von ihnen hat mir heute mitgeteilt, er werde sich zu den Debatten der Friedenskonferenz anziehen, wie wenn er zur Jagd ginge. Wenn also auch die Konferenz vielleicht im allgemeinen resultatlos verlaufen dürfte, so dürfte das nächste positive Ergebnis jedenfalls das sein, daß zahlreiche Mitglieder der europäischen Diplomatie sich dabei einen Schnupfen holen werden.“

Für den Berichterstatter ist sonst bisher hier nicht viel zu holen. Man kann, wenn man darin eine Vermuthung findet, mit jeder Konferenz, Delegierten reden; aber jeder beginnt das Gespräch unweigerlich mit der Versicherung, daß er einen nichts sagen kann. Kommt man die Delegierten nicht persönlich, so sagen sie einem natürlich nichts; die anderen erklären, daß sie einem gerade deshalb nichts sagen, weil sie einen kennen. Auf diese Weise habe ich bereits eine Reihe von Aeußerungen über das Wetter gesammelt, welche von den Vertretern verschiedener europäischer Nationen stammen. Auch kann ich aus möglicher Quelle mitteilen, daß Haag eine schöne Stadt ist. Endlich darf ich wohl, mit aller gebotenen Vorsicht, die Enthüllung machen, daß der Vertreter einer europäischen Großmacht heute morgen zwischen neun und zehn Uhr ausgegangen ist, um seinem Hunde einen Kaufloß zu kaufen. (Stainenswerth, aber wahr!) Dabei wimmelt es hier von Zeitungskorrespondenten und jeden Tag kommen neue an, Vertreter deutscher, österreichischer, englischer, russischer, italienischer, französischer, amerikanischer Wälder. Je mehr Journalisten eintreffen, um so fester verhalten sich die Wälder — obwohl dieselben vom ersten Tage an so fest verriegelt waren, daß man von einer Selbsterregung der Unangänglichkeit eigentlich kaum reden kann. Eigentlich ist es recht komisch, daß diese Konferenz, welche zusammentritt, um die Wälder zu beglücken, sich so sehr davor fürchtet, daß einer am Ende gar herausbekommen könnte, was sie eigentlich treibt. Man will den Frieden sichern, aber niemand soll es erfahren. Oder deutet diese Furcht vor der Öffentlichkeit etwa darauf hin, daß manche mit Absichten hergekommen sind, die sie nicht laut auszusprechen wagen? Liebenswürdiges Entgegenkommen finden die Vertreter der Presse im holländischen Ministerium des Auswärtigen. Der Sekretär des Ministers thut für die Journalisten, was er kann; es ist nur schade, daß es nicht in seiner Macht steht, viel zu thun. Der Direktor des Protokolls, der im Kabinett der Königin seine Funktionen ausübt, ist weniger umgänglich. Vor allem scheint dieser bedauerndwürdige Funktionär von der Angst gequält zu sein, sich zu compromittieren. Er wagt keine Aeußerungen vorzüglich ab, um der europäischen Presse jede Möglichkeit zu nehmen, Kommentare daran zu knüpfen; und wenn man ihn beispielsweise nach einer Hausnummer fragt, so wird er sie vielleicht nennen, nachdem er die Ueberzeugung gewonnen hat, daß

dadurch kein diplomatischer Zwischenfall hervorgerufen werden kann; er wird aber jedenfalls rasch hinzufügen, daß er die Hausnummer jedenfalls nicht in amtlicher Eigenschaft mittheilt. Trotz aller Vermuthungen der hier anwesenden Korrespondenten ist man in den maßgebenden Kreisen zur Stunde noch entschlossen, nicht einmal zur Eröffnung der Konferenz, in der die Verhandlungen noch gar nicht beginnen werden, die Presse zuzulassen. Angeblich ist der Raum im Saal zu beschränkt. „So lassen Sie uns auf die Gallerie“, bitten die Journalisten. — „Die Gallerie ist baufällig und kann einfallen“, erklärt das „Protokoll“. — „Wir mögen uns nichts daraus“, versichern die Journalisten. „Wenn wir nur unser Bericht machen können, sind wir mit Vergnügen bereit, auch von der Gallerie zu fallen, wenn es sein muß.“ Aber das „Protokoll“ muß nicht nur an die Journalisten, sondern auch an die Diplomaten denken; und da es einem Diplomaten sicherlich nicht angenehm ist, wenn ihm ein Journalist auf den Kopf fällt, so bleibt das „Protokoll“ unerbittlich. . . .

Politische Ueberkraft.

Berlin, den 18. Mai.

Der Reichstag

hat heute zur Selbsthilfe gegriffen — er ist aus dem Carcer einfach entsprungen. Statt einer Strafandrohung haben wir eine gepregelte Morgenspaltung und der Humor der Sache ist, daß die Konservativen es waren, die diesen Akt der Rebellion verübten und dem Reichstage Erlösung brachten — freilich ohne es zu wollen.

Die Sitzung fing schon ganz gut an. Singer richtete vor Eintritt in die Tagesordnung an den Präsidenten eine Anfrage bezüglich des samosen Briefes, durch den Vicepräsident von Frege, nach dem Satz: Doppelt genährt hält besser! seine, durch das „Schreckgespenst“ bereits erworbene Anwartschaft auf den ersten Platz im Pantheon der parlamentarischen Lächerlichkeit noch sicherer stellen wollte.

Präsident von Ballestrem schüttelte seinen Vicepräsidenten mit unübertrefflicher Rücksichtslosigkeit ab — bei welcher Prozedur der Vater der „grünen Jungen“ durch Abwesenheit glänzte. Er blieb auch verschwunden bis gegen Ende der Sitzung. Als er in den Saal kam und am Schluß der Sitzung das Wort erhielt, las er eine Erklärung mit so gestärkter Stimme und so rotem Gesicht ab, daß seine Freunde befürchteten, er würde drohenden Schlaganfall dachten. Und dann verschwand er — nachdem er mit dem ihm eigenen Taktgefühl durch seine Erklärung alles besträtigt hatte, wogegen er sich verwahren wollte.

Zu der Beratung des Invalidengesetzes blieb der Reichstag im § 51 stecken, der von den Rentenstellen handelt — einer neuen Verwaltungsbehörde, die das Invalidengesetz schafft. Um diese Rentenstellen nun ist der Hauptkampf entbrannt. Die Juncker hoffen sie für bürocratische Diktatur zu verwenden; die Manchesterleute wollen von der Keuerung garnichts wissen — wir Socialdemokraten wollen sie demokratisch gestalten. Da wogten denn die Meinungen hin und her.

Witten in das Lohnwahn fiel ein Antrag des konservativen Löbell, der die Rentenstellen nur auf die Industriebezirke eingeschränkt haben will. Dieser unglückliche Antrag führte zum Gammelsprung und zur Konstatierung der Beschlußunfähigkeit.

Damit war der Reichstag erlöst, und um 8 Uhr ging er in die Pflingstferien — bis zum 6. Juni; dann soll die zweite Lesung der Invaliditätsnovelle zu Ende geführt werden. —

Abgeordnetenhaus.

Das Abgeordnetenhaus nahm heute in zweiter und dritter Lesung den Gesetzentwurf betreffend die Bewilligung weiterer Staatsmittel zur Verbesserung der Wohnungsverhältnisse von Arbeitern, die in staatlichen Betrieben beschäftigt sind, und von gering besoldeten Staatsbeamten unverändert an. Aus der Debatte ist nur die Rede des konservativen Posters Schall zu erwähnen, der sich gegen die Errichtung „villenartiger“ Gebäude für Arbeiter aussprach, weil der überreichliche Komfort in den Städten dann den Abzug der Arbeiter vom Lande noch mehr fördern würde. Selbst solche Weisheit ist im preussischen Unterparlament nicht mehr neu.

Der Rest der Sitzung war der Beratung von Petitionen gewidmet. Eine längere Debatte entspann sich nur über die Petition des Berliner Frauenvereins betreffend die Zulassung der Frauen zum Universitätsstudium und zu den Staatsprüfungen. Während der Kommissionsantrag auf Uebertragung zur Tagesordnung lautete, beantragte Abg. Wetekamp (fr. Sp.) Ueberweisung an die Regierung als Material. Auch diese Debatte glaubte Herr Schall nicht vorbeigehen zu lassen, ohne sich eine neue Blamage zuzuziehen. Er brachte es fertig, den bekannten Anruf der schamigen Hallenser Studenten gegen das gemeinsame Medizinstudium von männlichen und weiblichen Studierenden als einen Ausfluß sittlicher Gefinnung zu preisen und dem Verlangen nach Errichtung besonderer Frauenkurse für weibliche Studenten der Medizin Ausdruck zu geben. In offenkundiger Verwechslung der Rednertribüne des Parlaments mit der Kanzel verteterte er sodann gegen die „Vielwisserei und Streberei“ der Frauen und führte der Weinen, bereits bei den ersten Worten des frommen Herrn in tiefen Vaterlande aus den Bestrebungen der Frauen nach Erweiterung ihres Wirkungsbereichs erwachend. Eine treffende Aeußerung des konservativen Kreisredner der Abg. Dr. Langerhaus (fr. Sp.), der ihn den guten Rat gab, nicht über Dinge zu reden, von denen er nichts versteht. Das Resultat der Verhandlung war die Annahme des Kommissionsantrages.

Die übrigen Petitionen boten kein allgemeines Interesse. Die nächste Sitzung des Hauses findet am 6. Juni statt. —

Deutsches Reich.

Die Ausbreitung des Bombenschwindels.

in dem nur noch ein Geheimnis bleibt, ob Herr Bazzani im Auftrage irgendwelcher Charaktermacher oder als Privatunternehmer handelt, hat, ist den ehemaligen Ausbreitern der plumpen Fosse recht fatal. Aber nicht nur die engeren Stammkreise bemühen sich jetzt, glauben zu machen, man habe damals schon der Angelegenheit seine sonderliche Bedeutung beigelegt. Die „National-Zeitung“ stellt die Behauptung des „Vorwärts“ gegenüber „unbefangen“ fest, daß zur Zeit des Bombenschwindels überhaupt keine „Hege“ gegen die Socialdemokratie“ stattgefunden habe. Das glaubt doch die „National-Zeitung“ selber nicht, daß irgend ein Attentatsgerücht ansauchen kam, ohne daß unsere Unsihrigobber die wahrhaftigsten Speculation zur Ausrottung der Socialdemokraten betreiben. Die „Post“ konstruirt z. B. im Oktober des Vorjahres einen lauslichen Zusammenhang zwischen der Gewerkschaftsrede des Genossen Fischer auf dem Stuttgarter Parteitag und den Bazzani-Bomben, um dann die alte Kugelanwendung daran zu knüpfen, daß man den Anarchismus nur dann wirksam bekämpfen kann, wenn man zugleich den Socialismus in der Wurzel trifft. Die „Berliner Neuesten Nachrichten“ der Laura von Kardorf haben bei derartigen bestialischen Unternehmungen“ die Scheidengrenze zwischen Socialdemokratie und Anarchismus der That verwischt. Die „Kreuz-Zeitung“ schrieb:

„Kam ist die in Alexandria erfolgte Verhaftung italienischer Anarchisten bekannt geworden, so fühlt auch schon der „Vorwärts“

sich gedrungen, das Wort zu ergreifen und die Verhaftung als eine That des dortigen Polizei-Anarchismus auszugeben. Deshalb so hüpf! Die Nervosität, womit die socialdemokratische Presse jedes Attentatsgerücht aufnimmt, sieht doch sehr verdächtig aus. Augenscheinlich ist es das schlechte Gewissen, welches sich spontan in den Spalten socialdemokratischer Blätter zum Wort meldet.“

Noch in den Neujahrsartikeln der Kreisblätter wurde Gott brünnig für die Errettung des Kaisers gedankt und im Anschluß nach der Vernichtung der Socialdemokratie geschrien.

Heute freilich schweigt die ganze Sippe, eine anständige, ehrliche, wahrheitsliebende Sippe. —

Der Reichstag hat nach Ostern am 11. April seine Sitzungen wieder aufgenommen und bis heute, wo die Pflingstferien beginnen, namentlich in den Kommissionen ein reiches Material verarbeitet. Die Vorlagen über das Postwesen, über die Fernsprechbahnen-Ordnung, über die Fleischbeschau, die Novelle zur Gewerbe-Ordnung, das Hypothekendarlehen-Gesetz, das Gesetz über die Schuldverschreibungen und die sogenannte lex Heine sind in den Kommissionen in zwei Lesungen durchberaten. Die Berichte über diese Entwürfe werden sofort nach Pflingsten verteilt werden. Im Plenum sind nach Ostern erledigt worden das Bankgesetz, das Gesetz über das Flaggerecht der Kaufahrtschiffe und die Vorlage über die Gebühren für den Kaiser Wilhelm-Kanal. Außerdem ist in zweiter Lesung im Plenum erledigt das Invaliden-Versicherungsgesetz. Von Jurisprudenzfragen sind in der Kommission erledigt worden und liegen darüber bereits die gedruckten Berichte vor: der Antrag Trimborn, betr. die Gewerbe-gerichte, und die lex Hinteler (Novelle zur Civil- und Strafprozess-Ordnung), welche zusammen mit der Regierungsvorlage über die Bestrafung falscher unedlicher Aussagen zu beraten wurde. Von neuen Vorlagen, welche nach Pflingsten zur ersten Lesung im Plenum kommen, nennen wir den Nachtragsetat, die Reichshuldenerordnung und das Gesetz über die Verwendung von Mitteln des Reichshuldenerfonds (zur Unterstützung von Veteranen). Dem Reichstage liegt also für den dritten Abschnitt der Session, nach Pflingsten, noch ein sehr reichhaltiges Material zur Erledigung vor.

Der Rhein-Elbe-Kanal wird neben den ostelbischen Agrariern besonders von den schlesischen Kohlen- und Eisenindustriellen scharf bekämpft, weil diese eine Einschränkung ihrer Konkurrenzfähigkeit auf dem Berliner Markt in diesem Kanal erblicken. Der der rheinischen gleichartigen Industrie einen besonders günstigen und billigen Verkehrsweg verschafft. Die mit dem Finanzministerium in enger Verbindung stehenden „Berl. Pol. Nachrichten“ geben nun, nachdem in der Kommission des Abgeordnetenhauses die Kanalvorlage abgelehnt worden ist, zu, daß diese Bedenken der Schlesier nicht unberechtigt sind. Sie schreiben:

„Es erscheint als eine Forderung ausgleichender Gerechtigkeit, Schatten und Licht zwischen den beiden Mittelverbern durch die Herstellung wenigstens annähernd gleichwertiger Verkehrsverbindungen für Schlesien mit Berlin und Umgegend möglichst wieder gleich zu machen.“

Eine solche gleichwertige Verkehrsverbesserung würde in der Ausgestaltung des Wasserweges von Kofel bis der Berlin bis annähernd zur Leistungsfähigkeit des Rhein-Elbe-Kanals zu erblicken sein. Korandienung für ein solches Unternehmen würde natürlich einerseits die technische Ausführbarkeit, andererseits die Wirtschaftlichkeit der Wassertrage sein. Beide Seiten der Sache sind noch keineswegs ausreichend aufgeklärt; ihre Erledigung hängt vielmehr noch von umfangreichen Vorarbeiten ab, welche sich nicht aus dem Kermel schütteln lassen. Mit diesem Vorbehalt erscheint es aber diskutabel, die Frage von Kompensationen für die schlesische Montan- und Eisenindustrie gegenüber dem Rhein-Elbe-Kanal, die sich übrigens auch in der Richtung der Anlegung von Schleppbahnen bewegen könnten, näher zu treten.

Als Kompensationen für die schlesische Montanindustrie. Wenn aus dieser Absicht der Regierung nur die ostelbischen Agrarien nicht auch die Notwendigkeit von Kompensationen für die nothleidende Landwirtschaft herleiten und beweisen werden, trotzdem die Agrarien durch den Kanal eher gewinnen, als verlieren. Der Herr Miquel und seine Ergänztheit vor dem deutschen Agrarierkongress kennt, der mich angeht, der Mittelungen seiner Korrespondenz sehr mittheilsich werden. Sollte durch die Nachgiebigkeit gegenüber den Industriellen nicht der Unfall vor den agrarischen Ventepolitikern eingeleitet werden? —

Junckerliche Socialpolitik. Im preussischen Abgeordnetenhaus haben die Abg. von Gappenheim (son.) und Genossen den Antrag eingebracht, die Regierung zu eruchen, baldigst einen Gesetzentwurf, betreffend Fürsorge für Arbeitslose, vorzulegen, welcher auf der Grundlage a) der Einführung von Arbeitsnachweisen für Arbeitslose an den Orten, an denen ein Bedürfnis besteht, b) sowie der Bestrafung des Mißbrauchs solcher Einrichtungen seitens der Arbeitslosen, c) endlich einer Beteiligung des Staats, der Provinzen und der Kreise an den Kosten dieser Einrichtung und den Bedenken Rechnung trägt, welche seiner Zeit der Verabschiedung des Gesetzentwurfs von 1895 entgegenstehen. — Das Gesetz, um das es sich hier handelt, ist der 1895 eingebrachte Entwurf über die Verpflegung von Stationen, der an dem Beschluß des Hauses scheiterte, daß der Staat ein Drittel der Kosten für die Stationen tragen soll. So arbeiterfreundlich der Antrag der Konservativen auf den ersten Blick erscheinen könnte, so verbirgt sich hinter dem harmlosen Wortlaut doch die grimigste Arbeiterfeindschaft, da der Antrag im Grunde darauf hinausläuft, die Kerntzen der Armen den Junkern tributpflichtig zu machen und dem ostelbischen Junckerparadies billige Arbeitskräfte zwangsweise zuzuführen. —

Zur Reform der Versicherungs-Gesetzgebung des Reiches hat Staatssecretär Graf Posadowski in der Gewerbekommission des Reichstages am Donnerstag angelündigt, daß für die nächste Session eine Reform des Unfallversicherungs-Gesetzes und für die zweitfolgende Session eine Reform des Krankenversicherungs-Gesetzes in Aussicht genommen sei.

Nach allem, was der Herr Posadowski lehrt, ist es nun fast zweifellos, daß diese Reformen entweder diesen Namen überhaupt nicht verdienen oder, wenn sie wirklich einige Verbesserungen bringen, daß dann doppelt und dreifach Verschlechterungen nicht fehlen werden.

Etwas von „Christlicher“ Duldsamkeit. Der Kongress der christlichen Gewervereine, der in den Pflingsttagen in Mainz stattfanden soll, ist für die socialdemokratische Presse gesperrt. Die Redaktion unseres Kölner Parteiorgans, der „Rhein-Zeitung“, hatte um die Ausstellung einer Verächterstatterkarte ersucht. Am Mittwoch ging ihr folgende Antwort des Vorsitzenden des norddeutschen Komitees der christlichen Gewervereine zu: Gewerkeverein christlicher Bergarbeiter Deutschlands.

Altenessen, 16. 5. 1899.
Herrn Redacteur Dr. A. Erdmann
zu Köln a. Rh.

Zur Erledigung Ihrer Zuschrift an die Redaktion der „Westdeutschen Arbeiterzeitung“ zu M. Gladbach, betreffend den Mainzer Kongress, teile ich mit, daß vom selben die socialdemokratische Presse ausgeschlossen ist.
Achtungsvoll
A. G. Prust.

Aus dieser Antwort ist nicht zu ersehen, von welcher Stelle bestimmt worden ist, daß der socialdemokratischen Presse der Zutritt verweigert sein soll. Man kann nicht gut annehmen, daß Herr August Prust aus seiner Mandatsvollkommenheit diese Verfügung getroffen hat, obwohl diesem am meisten unbilligen der christlichen Gewervereinsführer das schon zuzutragen ist. Ein netter Arbeiterkongress, auf dem die Unterwerferpresse Zutritt hat, während die Presse, die den weitestgrößten Teil der deutschen Arbeiterschaft vertritt, ausgeschlossen ist. —

Der Poet der Berliner Oberbürgermeisterfrage, Major Lauff, hat gestern vom Kaiser sein großes Bild mit eigenhändiger Unterschrift erhalten. —

Herr v. Frege, der edle Mäcenat der Pflanzung, ist durch die Reichstagsverhandlungen am Donnerstag, wie man uns berichtet, so stark verstimmt worden, daß er sich mit dem Gedanken trägt, den Schauplatz seiner Tätigkeit zu verlassen. Er will sich in Oesterreich naturalisieren lassen, um das Präsidium des niederösterreichischen Landtages zu übernehmen — ein Amt, zu dem ihn allerdings seine eigenartige Sprachgewandtheit trefflich befähigt.

Uebrigens hat Herr v. Frege auch dem „**Bestfälligen Merkur**“ einen Brief ins Haus geschickt, in dem er versichert, weder blaß geworden zu sein, noch ein überflüssiges Wort gesprochen zu haben.

Es ist interessant zu erfahren, daß Herr v. Frege in dem kritischen Augenblick sofort einen Spiegel zur Hand gehabt hat, bemerkte dazu die „**Volkzeitung**“.

Für die Landtags-Wahlen in Sachsen

beginnen bereits die Vorbereitungen. Schon macht die Regierung die Auslegung der Urwählerlisten für den 15. Juni bekannt. Die sächsischen Parteigenossen müssen deshalb bereits die Arbeit beginnen, die bei dem Dreiklassenstimmrecht vielerlei Schwierigkeiten bietet. Es wird diesmal — in Sachsen besteht Dreiklassenstimmrecht — in 28 Wahlkreisen gewählt. Darunter befinden sich vier, deren Mandate bisher in unseren Händen waren. Es sind dies der fünfte Trossener Kreis, vertreten durch Genossen Gruner, der Stadtkreis Meran-Limbach, vertreten durch Genossen Grünberg, der ländliche Kreis in der Umgebung Leipzig, vertreten durch Genossen Goldstein, und der ländliche Kreis Hartenstein-Wildensfeld, vertreten durch den Genossen Paul Horn. Namentlich in den beiden letztgenannten Kreisen sind unsere Genossen unter dem früheren Wahlrecht mit sehr starken Majoritäten gewählt worden. Goldstein z. B. mit 2553 gegen 1217 Stimmen. Das neue Klassenstimmrecht wird diese Volksmehrheiten von der Vertretung der Kreise ausschließen und sie der Minderheit in die Hände spielen. Auch unter den Kreisen, die bisher in den Händen der Gegner waren, befinden sich einige, die diese nur noch mit genauer Not behaupteten und die unter dem früheren, gewiß nicht idealen Censur-Wahlrecht diesmal sicher von uns genommen werden wären; zum Beispiel zwei Leipziger Stadtkreise, die die Konservativen nur mit 62, bezw. 300 Stimmen Mehrheit zu behaupten vermochten und noch einige andere. Durch den Mißbrauch ihrer Hebermacht im Landtage haben sich die Konservativen auch diese Kreise wieder gesichert. Die sächsischen Parteigenossen werden ihnen den Raub aber sicher nicht leichtes Kaufes überlassen. Sie werden die Gelegenheiten richtig ausnutzen, um die Bevölkerung über die Klassenwirtschaft der kapitalistischen Parteien in den Fragen der Landesgesetzgebung aufzuklären. Sie werden auf Grund des auf der Landeskonferenz gefaßten Beschlusses alles daran setzen, um die gesamte dritte Wählerklasse möglichst um unsere Fahne zu fächeln und so die Abgeordneten, die von den Reichs- und Volksabgeordneten gewählt sind, als Nicht-Vollvertreter, als Mandatvertreter vor aller Welt zu kennzeichnen.

Ausland.

Oesterreich-Ungarn.

Die Friedenskonferenz im ungarischen Abgeordnetenhaus. Im Abgeordnetenhaus interpellierte am Donnerstag Ugron über die Haager Friedenskonferenz und wies in der Begründung seiner Interpellation darauf hin, daß ganz Ungarn die Friedensaktion mit Freude begrüße. Redner gab seinen Sympathien für Finnland Ausdruck und führte aus, es sei unverständlich, wie der Kaiser von Rußland einerseits Beweise seines edlen Herzens geben könne, andererseits aber zulasse, daß den armen Finnländern die Verfassung geraubt werde. Ugron richtete schließlich an den Ministerpräsidenten folgende Anfrage: „Mit Hinblick darauf, daß diejenigen Staaten, die zum Haager Friedenskongreß geladen sind, jedoch keine Vertreter dorthin entsandt haben, nicht als erschienen betrachtet werden und kein Stimmrecht ausüben können, ferner mit Rücksicht darauf, daß das nicht erschienene Montenegro trotzdem sein Stimmrecht ausüben will, und schließlich mit Rücksicht darauf, daß, falls es jetzt anerkannt wird, daß Rußland Agent und Vertreter Montenegros ist, späterhin sich die benachbarten Staaten in allen auswärtigen Angelegenheiten statt Montenegro Rußland gegenüber setzen werden, frage ich, ob es wahr ist, daß Rußland auch an Stelle Montenegros auf dem Kongreß abstimmen wird und was die Delegierten Oesterreich-Ungarns gethan haben, um dies zu verhindern.“

Genz, 18. Mai. Der Beamte des Strafgerichtes, Dr. Fraish, der sich an der „**Vos von Rom Bewegung**“ äußerst regie beteiligt hat, wurde wegen Hochverrats verhaftet.

Aus dem sächsischen Landtag. Bei Beginn der Debatte über das Budget verließen am Donnerstag die Slovenen der Saal, nachdem der Stellvertreter des Landeshauptmanns erklärt hatte, daß die Slovenen infolge der Einstellung von 20 000 Gulden in das Budget für das deutsche Gymnasium in Gili und zu Subventionen für den deutschen Schulverein an der Debatte nicht teilnehmen würden.

Schweiz.

Vern, 14. Mai. (Eig. Ber.) Im Herbst 1897 stellte Genosse **Dullschlegel** im Nationalrat den Antrag, den Bundesrat einzuladen, zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten, ob nicht die Lohn- und Anstellungsverhältnisse der mindestens zwei Jahre im Dienste der Bundesverwaltung stehenden und vollbeschäftigten Staatsarbeiter — 1700 bis 2000 an Zahl — gesetzlich zu regeln seien. Der Antrag wurde angenommen, worauf der Bundesrat eine umfangreiche Untersuchung der einschlägigen Verhältnisse durch Meinungserhebungen aller betreffenden Amtsstellen und auch der Fabrikinspektoren vornahm und darüber in der letzten Kammer des Bundesblattes einer 67 Seiten langen Bericht veröffentlicht.

Die Tendenz des Vorschlags des Antrages geht darauf hinaus, die Arbeiter nach zweijähriger Dienstzeit in eine Beamtenstellung mit längerer Anstellungsfrist zu bringen, eine allgemeine Dienst- oder Arbeitsordnung festzusetzen mit der Festsetzung der Rechte und Pflichten der Arbeiter, Arbeiterkommissionen, von den Arbeitern gewählt, einzuführen, und endlich den Arbeitern das Recht zu geben, für die Wahl von Vorarbeitern Vorschläge zu machen. Für die Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse werden verlangt: 1. Freigabe aller Sonn- und Feiertage, wie für die eidgenössischen Beamten und Angestellten, außerdem des 1. Mai und 14 Tage Urlaub. 2. Wochentage. 3. Bei ununterbrochenem Betrieb 52 freie Tage, wovon 26 Sonntage jährlich, und drei tägliche Arbeitsschichten. 4. Gleiche Bezahlung der Frauen wie der Männer. 5. Tagelohn für Arbeiter über 20 Jahre, die noch nicht 2 Jahre im Dienste des Bundes stehen. 6. Jahreslohn für die Finanzstellen. 7. Aller 3 Jahre Lohnerhöhung bis zur Erreichung des Maximums. 8. Lohnzulag von 25 Proz. für Heberstunden, 50 Proz. für Nacht- und 100 Proz. für Sonntagarbeit. Bei auswärtiger Arbeit sind Zulagen zu gewähren, welche die Extraausgaben vollständig bedecken. 9. Fortzahlung des vollen Lohnes bei Krankheit und Militärdienst. 10. Pensionierung arbeitsunfähiger geordneter Arbeiter nach 15jähriger Dienstzeit mit $\frac{1}{4}$ des bezogenen Lohnes und monatliche Fortzahlung der Pension nach dem Tode des Mannes an die Witwe. 11. Die Löhne sollen betragen: 4 Fr. pro Tag im Minimum für ungelernete Arbeiter und 6 Fr. für Berufsarbeiter, Jahreslohn für frangestellte ungelernete Arbeiter 1500—2200 Fr., für Berufsarbeiter 1800—3500 Fr. ufw.

Natürlich lauten alle mehr oder weniger wohlwollend gehaltenen Gutachten in Bezug auf alle wichtigen Punkte ablehnend, während in Bezug auf andere erklärt wird, sie seien bereits im Sinne der gestellten Wünsche geregelt, so die verlangten Lohnzulagen, gleiche Bezahlung der Frauenarbeit ufw. Wegen die fixe Anstellung, den Minimallohn, Achtstundentag, Urlaub ufw. werden alle die bereits bekannten und abgemauerten Einwände vorgebracht, mit denen die privaten Unternehmer schon seit Jahrzehnten die Arbeiterwünsche abwehren. Die Bundesversammlung wird sich auf denselben ablehnenden Standpunkt stellen wie der Bundesrat, und so den Arbeitern demonstrieren, daß sie im Dienste des Staates ebenso für Verbesserung kämpfen müssen, wie im Dienste des Privatkapitals.

Frankreich.

Paris, 18. Mai. Der „**Figaro**“ veröffentlicht das von **Piquart** der Anklagekammer gestern überreichte Memorandum. In der Widerlegung der Hauptanklagen: Mitteilung von Schriftstücken der Esterhazy-Drehtus-Akten, Fälschung und Benutzung von Fälschungen legt Piquart dar, daß erst nach dem Zeitpunkt, an dem er zu seinen Vorgesetzten von der Schuld Esterhazy und der Unschuld des Drehtus sprach, die Nachforschungen gegen ihn begannen. Piquart bemerkt sich vorzulegen, daß diese Nachforschungen Boisdeffre und Gonse bekannt waren. Erst nach dem Trodderbrief Genz, der nach Tunis gerichtet war, habe er seinen Freund Leblos zum Advokaten genommen und ihm die Schriftstücke zur Verteidigung übergeben, welche ihm die Ueberzeugung von der Unschuld des Drehtus beigebracht hätten. Alle mitgeteilten Briefe seien Privatbriefe gewesen, über die er frei verfügen konnte. Ueber das „**Zeit Weu**“ habe er nichts mitgeteilt, hierüber habe erst der Esterhazy-Prozess Kenntnis verschafft.

Der „**Voltaire**“ veröffentlicht den Wortlaut der beiden Depeschen des Hauptmanns Drehtus vom 8. und 9. Januar, in welchen er die von der Kriminalkammer an ihn gestellten Fragen beantwortet. Drehtus bekennt, ein **Schuldgeständnis abgelegt** und die Erklärung abgegeben zu haben, er habe Dokumente ausgeliefert, um andere zu erhalten.

Paris, 17. Mai. (Eig. Ber.) Im Kampfe gegen das **Pastpflichtgesetz** hat das Unternehmertum nun doch einen kleinen Erfolg erzielt. Nachdem der Senat eine Resolution auf unbestimmte Vertagung des Gesetzes mit großer Mehrheit — gegen den Willen der Regierung — votiert hatte, beschloß die Kammer am 16. Mai die Vertagung des Gesetzes bis zum 1. Juli 1899. Das Unternehmertum gewinnt so zunächst einen weiteren Monat im Vergleich mit dem gesetzlich bereits festgelegten Datum des Inkrafttretens. Diesem cynischen Beschluß dienten als Vorwand die Interessen der kleinen Unternehmer. Für diese soll die Versicherung bei den privaten Versicherungsgesellschaften mindes sein. Das Ministerium hat daher ein Ergänzungsgesetz eingebracht, wodurch der Wirkungsbereich der bestehenden nationalen Unfallversicherungslasse auch auf die Betriebsunfälle im Sinne des Pastpflichtgesetzes ausgedehnt wird. Die Regierung versicherte jedoch, daß die nationale Klasse schon mit dem 1. Juni im Stande sein würde, die neue Versicherung in Angriff zu nehmen. Eine Vertagung war also überflüssig. Thut nichts! Die Unternehmer bekommen dennoch einen weiteren Monat Schonzeit. Die sozialistischen Redner warfen mit Recht der Regierung vor, die Kabinetsfrage nicht gestellt zu haben. Im Interesse der Arbeiter riskiert ein Dupuy das Ministerpostensiegel am wenigsten.

Es ist übrigens nur der energische Einmischung der sozialistischen Fraktion bzw. den zahlreichen Protesten der organisierten Arbeiter, auf welche sich unsere Redner berufen konnten, zu verdanken, daß die Vertagung nur für einen Monat votiert wurde, nachdem bereits in der gleichen Sitzung ein früherer Antrag, der eine unbestimmte Vertagungszeit bedeutete, mit 274 gegen 251 Stimmen angenommen war.

Jetzt ist die Reihe an den **Senat**, die rücksichtslos, weil vom allgemeinen Wahlrecht unabhängige Vertretung des Unternehmertums. Die Proteste der organisierten Arbeiter dürften den Senat zwingen, nicht über die Vertagungsfrist von einem Monat hinauszugeben trotz seiner früheren Resolution.

Am Schluß der Kammer Sitzung erinnerte noch Genosse **Sembat** an die Möglichkeit eines allgemeinen Streiks im Falle der unbestimmten Vertagung oder der Vereitelung des Pastpflichtgesetzes. Insbesondere die Bestausstellungsarbeiten, die ohnehin bei den Pariser Gewerkschaften Streikstimmungen erzeugen, zwingen die Regierung, auf die Streikdrohungen zu achten.

Zwei sozialistische und linksradikale Anträge verlangten die Anwendung der Vertagungsfrist ausschließlich auf die kleinen Unternehmer (bis zu 50 beschäftigten Arbeitern), mit deren Interesse sie ja angeblich gerechtfertigt wurde, und die Entschädigung der während des Vertagungsmonats verunglückten Arbeiter aus staatlichen Mitteln. Der Handelsminister aber verlangte und erhielt die „**Ausscheidung**“ der beiden Anträge aus dem Ergänzungsgesetz. Das soll ihn, wie er versicherte, ermöglichen, eine rasche Erledigung des Ergänzungsgesetzes im Senat zu erzielen.

England.

England in China. Lord Salisbury, der gestern beim Jahresfestessen der **Railway Benefolent Institution** den Vorsitz führte, wies in einer Ansprache auf den Weltstreit um Eisenbahnkonzessionen in China hin und spottete über den Gedanken, daß das britische Reichsinteresse ernstlich gefährdet werden könnte, weil andere Nationen sich mit den Engländern in das papierene Recht zu teilen suchten, China mit einem Netz von Eisenbahnen zu bedecken. Angesichts dieser Rede des englischen Premierministers gewinnt eine Drahtmeldung der „**Times**“ aus Peking vom 17. Mai erhöhte Bedeutung. Danach lehnt der russische Gesandte ab, die Weiterung der sinesischen Regierung, den Weiterbau der russischen Eisenbahn nach Peking zu gestatten, entgegenzunehmen. China werde, wenn es bei keiner anderen Macht Unterstützung finde, bald dem Trade Rußlands nachgeben. Ein Ergebnis der britischen Politik, die britischen Interessen im Norden fallen zu lassen, werde ein baldiges Vorrücken der russischen Militärbahn nach Peking sein. Die Chinesen seien in ungelieblichen Grade beunruhigt.

Italien.

Noch ein Attentatschwindel. Als kürzlich König Humbert Sardinien besuchte, wurde das Gerücht ausgebreitet, man habe einen Attentatsplan entdeckt und es fanden mehrere Verhaftungen statt. Wie aus **Captari** berichtet wird, sind jetzt die Sozialisten **Stucconi**, **Garbati** und **Puligheddu**, die kurz vor der Ankunft des italienischen Königs paares „**vorsichtshalber**“ eingesperrt worden waren, wegen Mangels an Beweisen aus der Haft entlassen worden. Was eigentlich gegen die drei Männer bewiesen werden sollte, ist in ein geheimnisvolles Dunkel gehüllt. Wollte man vielleicht, nach dem Muster des famosen Bombenschwindels von Alexandria, wieder einmal ein schaueriges Attentatschiffchen in die Welt fliegen lassen?

Schweden.

Stimmrechtsdebatte in den Kammern. Die Anträge auf Erweiterung des Stimmrechtes, die einem Ausschuss vorgelegen hatten, fanden in beiden Kammern eine ausführliche Beratung. Der Ausschuss hatte durch Majoritätsbeschluß der Mitglieder der ersten Kammer und der Konservativen der zweiten Kammer die sämtlichen eingegangenen Anträge abgelehnt, in seiner Motivierung fanden sich die Worte: „**Allgemeines Stimmrecht ist unvereinbar mit einer ruhigen und gesundem Gesellschaftsentwicklung**.“ Es wird auf die Abschaffung des allgemeinen Stimmrechtes in **Sachsen** hingewiesen, und auf das Wahlrecht in Preußen, Oesterreich, Belgien. Auch in Bezug auf das kommunale Stimmrecht gingen die Reformer zu weit, da es nicht „**räthlich**“ sei, die Stimmenzahl zu verdoppeln. Eine Stimmrechts-Reform sei auch überflüssig, da das Sinken des Geldwertes und das Steigen der Löhne immer mehr Personen des Stimmrechtes teilhaftig mache. Die meisten Ausschussmitglieder von der zweiten Kammer war diese Erklärung der Majorität des Ausschusses doch zu ablehnend, und sie haben „**Reservationen**“ dagegen abgesetzt; einige empfehlen Erweiterung des kommunalen Stimmrechtes, andere wollen das Wahlrecht bei einem Einkommen von 500 Kr. beginnen lassen, aber das Alter auf 25 Jahre erhöhen. **Volthus** schlägt eine Art belgisches Plural-Wahlrecht vor. In der ersten Kammer brachen sich einige hochbedeuten Herren unter Wiederholung der cynischsten Gemeinplätze gegen eine Erweiterung des Wahlrechtes aus. Die Kammer lehnte alle Anträge ab.

In der zweiten Kammer fand eine lange Beratung statt, die bis tief in die Nacht dauerte. Friesen weist nach, daß immer dringender eine Reform gefordert wird. Das beweist die Petition mit 400 000 Unterschriften, ferner daß 9 Ausschussmitglieder von den 10 der zweiten Kammer in ihren Reservationen Reformen verlangt haben. Die Stimmrechtsfreunde hätten sich auf eine

Resolution geeinigt, das politische Stimmrecht allen denen zu geben, die das kommunale haben, um so wenigstens einen Fortschritt zu erzielen. Es sei gefährlich, dem Verlangen politisch reifer Menschen nach Wahlbeteiligung dauernd ein Hindernis in den Weg zu legen. Gerade das Wohl des Staates erfordere die Erweiterung. Er sei Anhänger des allgemeinen Stimmrechtes, wolle aber sich schon mit einer Erweiterung begnügen. **Volthus** fordert, daß auch die Kleinrentner und Arbeiter Stimmrecht erhalten. Andere Redner wiesen die Irrtümer des Ausschusses über ausländische Wahlrechtsverhältnisse nach, Belgien habe allgemeines, wenn auch nicht gleiches Stimmrecht zc. Eine große Anzahl von Rednern sprach sich für kleinere oder größere Reformen aus. **Sahlén** dagegen stimmt dem Ausschussvorschlag zu, da durch Erweiterung des Stimmrechtes die internationalen Elemente Macht bekommen würden. In demselben Sinne sprach sich **Rebelius** aus, die Bauerngrundbesitzer dürften nicht zu Gunsten der Fabrikarbeiter in den Fabrikschritten um ihren politischen Einfluß kommen. Einen oder zwei Socialdemokraten könne man wohl in die Kammer lassen. Das sei besser, als wenn sie nur drängen, wählen. Mehr aber sei vom Uebel. Schließlich sei die Rede unseres Parteigenossen **Eranting** hervorgehoben. Der Standpunkt seiner Partei sei bekannt: allgemeines, gleiches Wahlrecht ist der Grundpfeiler für jede moderne Staatsverfassung. In unseren Augen nimmt sich das Gutachten des Ausschusses antiquiert aus und ist nur Heuvel, um das Nachgeschosse zu bemanteln. Er sei auch für das **Frauen-Stimmrecht**, aber da sie selbst es noch nicht fordern, ist diese Frage nicht so dringend, wie die Erweiterung des männlichen Stimmrechtes. Man fürchtet das allgemeine Stimmrecht, weil es den Arbeitern die Macht geben würde. „**So schnell geht das nicht!** Haben sie sie im Ausland, wo es allgemeines Stimmrecht giebt? In Deutschland mit seinen zwei Millionen socialdemokratischen Wählern die Macht in die Hände der Arbeiter übergegangen? In Dänemark liegt es ebenso. Man wartet darauf, daß außerhalb der Reichstagsmauern etwas geschehen soll. Und in der That, wenn dem Willen des ganzen Volkes ein ständiges Rein entgegengesetzt wird, kann es dahin kommen, daß die Arbeiter ihre gewerkschaftlichen Organisationen zur Erringung politischer Macht gebrauchen.

In der Abstimmung fielen sodann alle Anträge auf Erweiterung des Stimmrechtes. Beide Kammern verweigern die vom Volke verlangte Stimmrechtsreform.

Rußland.

Stimmungsbild zur Friedenskonferenz. „**Daily Mail**“ meldet aus Petersburg, daß der russische Kriegsminister angeblich die Einführung eines neuen Geschüßes für die Artillerie studiere, mit welchem 30 Schiffe in der Minute abgegeben werden können.

Afrika.

Verhaftungsaffäre. Ob es sich bei den Verhaftungen von Engländern um eine wirkliche Verschwörung oder nur um eine Spiegelschichte handelt, dazu arrangiert, die Wahlreform für die Unrunder zu hintertreiben, ist noch nicht entschieden. Aus Kapstadt wird gemeldet, es erscheine zweifellos, daß die in Johannesburg verhafteten Leute weder irgend welchen Rang, noch irgend welche Stellung einnehmen. In gut unterrichteten Kreisen Kapstadts und Johannesburgs soll nach derselben englischen Quelle der Eindruck herrschen, daß das angebliche Komplott nicht nur dem Geheimdienst der Republik bekannt war, sondern von demselben auch begünstigt wurde.

Man wird sich, bis nähere und sichere Nachrichten vorliegen, eines Urteils über die Affäre enthalten müssen.

Prätoria, 18. Mai. Die Regierung hat dem Volkswahl einen Gesetzentwurf vorgelegt, welcher den Ausländern nach einem Aufenthalt von 9 Jahren in Transvaal alle Bürgerrechte verleiht.

Parlamentarisches.

In der Reichstags-Kommission für die **Novelle zur Gewerbe-Ordnung** wurde am Mittwoch § 139a erörtert. Es wurde eine obligatorische Nachruhezeit von 10 Stunden, in Gemeinden mit mehr als 20 000 Einwohnern für Geschäfte, in denen zwei oder mehr Geschäften vorhanden, eine einstündige Pause beschlossen. Für Beisitzer, die im Hause des Prinzipals essen, eine „**angemessene**“, für solche, die außer dem Hause essen, eine 1/2stündige Mittagspause. Von 9 Uhr abends bis 5 Uhr morgens müssen alle Verkaufsstellen geschlossen sein. Besonders gegen letzteren Beschluß erhob Staatssekretär Graf **Pojasowski** lebhaften Widerspruch, doch die Kommission hielt an diesem Beschluß erster Lesung fest. In 40 Tagen im Jahr und in besonderen Fällen soll gestattet sein, bis 10 Uhr abends offen zu halten. Ein Antrag **Kaab** für die Cigaretten-Geschäfte das Offenhalten der Verkaufsstäden bis 10 Uhr zu gestatten, wurde abgelehnt. — Am Donnerstag wurden die Art. 7a und 7b, welche eine Abänderung des Krankenversicherungs-Gesetzes betreffen, trotz nachdrücklichen Widerspruch der Regierungsvertreter beibehalten, welche daraus hinwiesen, daß deswegen das ganze Krankenversicherungs-Gesetz umgearbeitet werden müßte. Durch den einstimmigen Beschluß der Kommission soll eine bestimmte Erklärung der Regierung im **Bleum** protokolliert werden. — Auf Antrag **Hilke-Naob-Wassermann-Jacobsohn** wurde noch folgender § 41b beschlossen: „**Auf Antrag von mindestens zwei Dritteln der beteiligten Geschäftsinhaber kann für eine Gemeinde oder mehrere örtlich zusammenhängende Gemeinden durch die höhere Verwaltungsbehörde bestimmt werden, daß in Barbier- und Friseurgeschäften an Sonn- und Festtagen ein Geschäftsbetrieb nur soweit stattfindet, daß, als eine Beschäftigung von Gesellen und Lehrlingen gestattet ist.**“ — Damit ist die zweite Lesung der Gewerbe-Ordnungs-Novelle beendet. Sofort nach den Ferien soll der Bericht festgestellt werden. Die „**Reisunige Zeitung**“ will wissen, daß die Regierung die Novelle in der von der Kommission beschlossenen Gestalt für unannehmbar erklärt.

Der Vergarbeiter-Streit in Belgien.

Ueber den Streit, der jetzt als beendet betrachtet werden kann, wird uns aus Brüssel geschrieben: Die Erfolge für die Arbeiter sind nur geringer Art gewesen. In einigen Revieren ist der Unternehmern eine sofortige Lohnaufbesserung von 5 Proz. abgetrotzt worden, einige haben weitere Lohnerhöhungen in kürzester Zeit in Aussicht gestellt. Ob sie dies Versprechen halten werden, bleibt abzuwarten. In anderen Revieren dagegen sind die Arbeiter lediglich mit Versprechungen für die Zukunft abgepeißt worden. Die zugesprochenen Lohnerhöhungen sind vollständig ungenügend, die Lage der Arbeiter wesentlich zu verbessern; sie stehen in gar keinem Verhältnis zu der jetzigen Höhe der Kohlenpreise. Die Sieger sind also die Unternehmer.

Was hat die Niederlage der Arbeiter verschuldet? Vor allem ist es die mangelhafte Organisation derselben. Die Organisation ist schwach und arm, sie hat keine Fonds zur Verfügung. Die meisten Mitglieder bezahlen nur 10 Centimes (8 Pf.) Beitrag pro Monat (S). Sodann brach der Streit nicht gleichzeitig aus, sondern es ging eine Wellenschlag nach der anderen in den Ausbruch. Die letzten begannen den Kampf, als die ersten bereits wieder zur Arbeit zurückgekehrt waren. In einer Anzahl von Gruben blieb die Zahl der Streikenden gering, sodas der Kohlenmangel im ganzen doch nicht so groß wurde, um die Unternehmer zum Nachgeben zu zwingen.

Die Provinzialkomitees der Vergleute haben in geheimer Stimmenabgabe der bereits bekannt gegebenen Resolution des Nationalverbandes zugestimmt, sodas der Streit im Centrum, im Lütticher Becken und in Charleroi beendet ist. Dagegen ist der Ausbruch im Vornage noch allgemein; es streiken noch über 13 000 Mann, aber es ist anzunehmen, daß auch hier die Arbeit demnächst wieder aufgenommen werden wird. Die sozialistischen Abgeordneten suchen dahin zu wirken.

Partei-Nachrichten.

Zu der internationalen Protest-Manifestation, welche die holländischen Socialdemokraten gegen die zarische Friedenskonferenz organisiert haben, wird Genosse Mollenhuth als Vertreter der deutschen Partei gehen.

Genosse Lehmann Dortmund ist nunmehr nach Mannheim übergesiedelt, um in die Expedition des dortigen Partei-Organs einzutreten. Hoffen wir, daß nun, nachdem die beiden angebliebenen Friedensstörer fort sind, bessere Verhältnisse in Dortmund einziehen.

Aus dem Saalkreise. In Löbejün wurde als Ersatz für die polizeilich verhinderte diesjährige Maidemonstration eine stark besuchte öffentliche Versammlung abgehalten. Der Abgeordnete Kunert referierte über die Stellung unserer Partei zu den bürgerlichen und proletarischen Friedensbestrebungen, sowie über bürgerliche und proletarische Betätigung der Internationalität. — Besonders scharf wandte sich hierbei der Referent gegen die bekannten Schippelischen und Bernsteinschen Kundgebungen. Nach sehr ausgedehnter und lebhafter Diskussion, worin sich auch anhaltinische und halleische Parteigenossen beteiligten, wurde die nachstehende Resolution einstimmig angenommen:

„Die in Löbejün in öffentlicher Versammlung vereinten Arbeiter und Arbeiterinnen stimmen den Ausführungen des Referenten zu. Sie bekunden damit den Entschluß, erstens gegen stehendes Heer und Militarismus, aber für Volkswehr und Miliz einzutreten. Sie bekräftigen damit zweitens den socialdemokratischen Grundgedanken, an dem Endziel unserer Bewegung festzuhalten, d. h. das schmachvolle Lohnsystem sowie den kulturwidrig gewordenen Kapitalismus zu stürzen und an ihre Stelle diejenige nationale und internationale Gütererzeugung zu setzen, in der alle Arbeits- und Hervorbringungs-mittel Eigentum der Gesellschaft sind und der Aufsicht organisierter Genossenschaften unterliegen. Erst so wird die gleiche Möglichkeit für alle erreicht, ein gesundes, glückliches und menschenwürdiges Dasein zu haben. — Weil die Versammlung davon durchdrungen ist, protestiert sie energisch gegen alle Versuche, die nach der einen oder anderen Seite von gewissen Schwärmern für die Herrlichkeit des stehenden Heeres und den Befürwortern der Verwässerung unserer bewährten allgemeinen Grundzüge gemacht werden. Sie erhebt energisch Einspruch gegen dieses Beginnen in unseren eigenen Reihen, und zwar mit dem gleichen Nachdruck wie gegen den nichtswürdigen Versuch des Ausbeutertums, die deutsche Arbeiterklasse unter ein Justizhausgesetz zu heugen.“

Socialdemokratische Gemeindevahlzuge in Böhmen. In drei Gemeinden Westböhmens haben die Socialdemokraten bei den stattgehabten Wahlen erfreuliche Vahlzuge zu verzeichnen. In Liebenstein bei Eger, wo die Deutschnationalen mit den Christlich-Socialen vereint vergingen, siegten im dritten Wahllörper die Socialdemokraten. In Gönitzgrün bei Falkenau drangen die socialdemokratischen Kandidaten in allen drei Wahllörpern durch, so daß die genannte Ortschaft demnächst neben Jech bei Elbogen, wo bereits ein Socialdemokrat als Vorsteher fungiert, die zweite Gemeinde des politischen Bezirkes Falkenau sein wird, wo ein „Roter“ die Stelle des Gemeindevorstehers bekleidet.

Wie weit in der Kultur ist doch dieses Oestreich zurück! Wei-nen wären socialdemokratische Gemeindevorsteher unter keinen Umständen möglich.

Polizeiliches, Gerichtliches und.

Ein Schandurteil soll nach Meinung zweier Parteigenossen in Düsseldorf das Urteil des Dresdener Schwurgerichts gegen die Löbtauer Bauarbeiter sein. Der Parlamentarier Borgers hatte bei dem Duldbruder Rau Palaste bestellt und dann angefleht, auf demen der erwähnten Meinung ohne Umschweife Ausdruck gegeben war. Da man so etwas aber nicht sagen darf, wurden sie auf Antrag des sächsischen Justizministers wegen Verleumdung des Dresdener Gerichts Borgers zu zehn Tagen, Rau zu einer Woche Gefängnis verurteilt. Damit ist die Schuld gesühnt.

Zur Handhabung des Versammlungsgesetzes in Preußen. In Eshornhorst bei Dieß (Kreis Landsberg a. W.) sollte am 5. März eine öffentliche Versammlung sein, die am 2. März angemeldet wurde. Der Amtsvorsteher, anstatt die vorgeschriebene Anmeldebefcheinigung zu geben, erklärte, er erlaube die Versammlung nicht. Auf Beschwerde beim Landrat wurde dem Einberufer mitgeteilt, daß der Amtsvorsteher angewiesen worden sei, die Befcheinigung zu erteilen. Statt dessen teilte der Amtsvorsteher dem Einberufer mit, daß ihm vom Landrate ein Verbot der Versammlung zugehen werde. Auf nochmalige Beschwerde beim Landrat wurde dem Einberufer aufgegeben, nochmals zum Amtsvorsteher zu gehen, wo er denn „auf Grund unserer Verfügung“ die Befcheinigung bekommen werde. Der Amtsvorsteher war aber nicht anzutreffen und die Befcheinigung nicht zu erlangen. Die Versammlung wurde nun eröffnet in der Annahme, daß die letzte Inschrift des Landrats die durch die Schuld des Amtsvorstehers fehlende Befcheinigung ersetzen werde. Der anwesende Gendarm erklärte jedoch, es müsse eine Befcheinigung der Ortsbehörde da sein, und da diese fehle, dürfe die Versammlung nicht tagen. Die Versammelten mußten wieder auseinandergehen. Am Tage nach der Versammlung kam endlich die Anmeldebefcheinigung, gleichzeitig aber das Verbot der Versammlung, das sich auf das Herrschen einer Influenza-Epidemie am Orte und darauf stütze, daß das Lokal den gesundheitspolizeilichen Anforderungen nicht entspreche und von einer großen Menschenmenge nicht benutzt werden könne. Thatsächlich ist aber nun die große Menschenmenge trotz der Influenza-Epidemie und trotz der mangelhaften Beschaffenheit des Lokals beisammen gewesen, ohne daß daraus ein Schaden entstanden wäre; die Gründe des dem Einberufer vorher gar nicht bekannt gewordenen Verbots haben sich sonach als ganz hinfällig erwiesen.

Der Einberufer verklagte nun den Amtsvorsteher auf Schadenersatz. Er wurde mit seiner Klage abgewiesen, weil dem Amtsvorsteher keine vorläufige Amtübertretung nachgewiesen werden konnte. Zwar sei die Verletzung der Befcheinigung eine Verletzung des klaren Gesetzeswortlauts und der Amtsvorsteher dafür ersatzpflichtig; da aber die Versammlung rechtmäßig verboten worden sei, so sei kein Schaden entstanden und deshalb auch nichts zu entschädigen. Punktum.

Aus der Frauenbewegung.

Frauen in der Arbeitskammer. Zum erstenmale stand in Holland eine Frau als erfolgreiche Kandidatin zur Arbeitskammer. Abteilung Konfektionsbetriebe, zur Wahl, die vom Näherinnenbunde vorgezeichnete Präsidentin desselben, Frau R. Vos. In der nötig werdenden Stichwahl konkurrierte sie mit zehn Kandidaten als zweite, indem sich auf sie 197, auf den Weisgewählten 198 Stimmen vereinigten. Ihre Wahl würde schon im ersten Wahlgange entschieden worden sein, wenn nicht eine so große Zahl der organisierten Näherinnen unter dem wahlberechtigten Alter von 25 Jahren wären, während die ebenfalls unter den Konfektionsbetriebe einrangierten Gewerbe des Wachsens und Nigeln's zwar genug volljährige Arbeiterinnen enthalten, die aber leider in sehr geringem Maße organisiert und daher, wennschon wahlberechtigt, wenig zur Beteiligung an den Wahlen geneigt sind, so daß der Erfolg von Frau Vos von der Haltung der männlichen Arbeiter abhängt.

Bewerkschaftliches.

Berlin und Umgegend.

Die Lohnbewegung der Lederfärber Berlins ist beendet, indem die Arbeitgeber die Forderung, den Stundenlohn von 35 auf 40 Pf. zu erhöhen, bewilligten.

Daß der Ausstand, außer bei der Firma Karplus u. Herzberger, welche ihren Färbern, ohne daß es zu einer Arbeitsniederlegung kam, die Lohnaufbesserung gewährte, nur drei Tage dauerte, ist wohl dem taktvollen und durch langjährige Erfahrung geübten Auftreten der jeweiligen Leiter der Organisation zu verdanken.

Deutsches Reich.

Lohnbewegung der Formner. Der Streik in Rathenow dauert unverändert fort, desgleichen der Streik bei der Firma Regel u. Co. in Torgelow. Ferner sind in Torgelow bei der Firma P. L. Sauer u. Co. wegen einer geringfügigen Lohn-erhöhung Differenzen ausgebrochen. Zweimal wurden Unter-handlungen versucht, die jedesmal eine scharfe Abweisung erfuhren. Daher haben von 107 in der Blecherei beschäftigten Arbeitern 93 geflüchtet. Davon sind 58 im Metallarbeiterverband, 14 im Gewerksverein (Hirsch-Dunker) und 15 im Centralverein der Formner organisiert. Nur 4 Mann sind nicht organisiert. Der Rest der Blecherei-arbeiter wird die Kündigung nachträglich vollziehen. In Eberswalde streiken 9 Formner und Blechereiarbeiter und in Keula bei Muskau sind ebenfalls Differenzen entstanden. Es wird dringend gebeten, den Zugang von Formnern und Blechereiarbeitern nach Rathenow, Torgelow, Eberswalde und Keula bei Muskau streng fern zu halten.

Auf der Hiesburger Schiffswerft haben sämtliche Stemmer wegen Lohn Differenzen die Arbeit niedergelegt.

Die Errichtung eines Arbeitersekretariats in Bremen scheint gesichert. Die mit den Arbeitern beauftragte Kommission erstattete dieser Tage Bericht, worauf von der Versammlung des Gewerkschaftsrates dem Projekt im Prinzip zugestimmt wurde. Bewerkschaften sollen noch Erhebungen angestellt werden über die Auf-bringung der Mittel.

Streik der Bauhandwerker in Straßburg. Nachdem die Maurer und Zimmerer die Arbeit niedergelegt haben, traten auch die übrigen Bauarbeiter in die Lohnbewegung ein. Nunmehr haben sich die Arbeitgeber genötigt, die Forderungen der Arbeiter mehr Beachtung zu schenken. Am 16. d. M. hielten sie eine Versammlung ab und beschloßen, den Stein- und Kalkträgern auf Bauten, wo eine Lohnhöhung bis zu 30 Pf. pro Stunde verlangt wurde, einen Stundenlohn von 24 Pf. zu bewilligen. Ueber die Forderungen der Maurer und Zimmerer wurde einstweilen noch nicht ver-handelt.

Die Bootsleute der Deutschen Elb-Dampfschiffahrts-Gesellschaft hatten in Dresden, Magdeburg und Hamburg Ansprüche auf Lohnhöhung erhoben und war es infolge dessen zu Arbeits-einstellungen gekommen. Die Direktion hat darauf den Monatslohn auf 60 M. erhöht und 40 Pf. für Ueberstunden bewilligt. Es steht zu erwarten, daß die Differenzen mit diesen Zugeständnissen beseitigt sind und die Bootsleute ihre anfänglich weiter gehenden Forderungen zurückziehen. Dagegen wird aus Magdeburg berichtet, daß die Neue Norddeutsche Elb-Dampfschiffahrts-Gesellschaft sämtliche Streikenden entlassen hat.

In Dussau (Niederhein) befinden sich 20 Dreher der Firma Tomnar im Ausstand. Da der Streik weitere Ausdehnung erlangen wird, so ist der Zugang fernzuhalten.

Strafe für Versammlungsbefuch. In der Schloßfabrik von Stengler in Großschön (Sachsen) wurden am Sonnabendnachmittag 32 Mann ausgesperrt, weil sie an einer Versammlung teilgenommen, die über die Wahrung eines Arbeiters in dieser Fabrik ver-handelte. Auch bei der am Abend folgenden Lohnzahlung erhielten die Aussperrten nicht den vollen Lohn ausgezahlt. Die Arbeiter haben, erbittert über diese unerhörte scharfe Behandlung, die Sperre über die genannte Fabrik verhängt.

In Mannheim ist der Streik der Schuhmacher beendet. Die Arbeiter erreichten eine Lohnhöhung von 25 Proz. und die Festsetzung einer 11 stündigen Arbeitszeit. Ebenso ist der Ausstand der Zimmerer beendet, die infolge der Waiseis ausge-sperrt wurden. Sämtliche Gewerksregeln sind wieder eingestellt.

Ausland.

In Nachod (Böhmen) nimmt der Streik der Spinnerei-Arbeiter eine günstige Wendung, in mehreren Spinnereien ist die Arbeit gegen eine Lohnhöhung von 10 Proz. aufgenommen.

Der Streik der Brüner Textilarbeiter. Die Brüner Unternehmer hielten sich in Schwärzen und man darf voraussehen, daß sie vor Pfingsten wohl kaum mehr eine Entscheidung treffen werden; die laufende Woche geben sie verloren, und ihre Schaar-Macher vertrauen diejenigen unter ihnen, die vernünftigerweise zum Nachgeben geneigt wären, auf den Dienstag nach Pfingsten. Sonst ist die Lage unverändert. Die Unternehmer haben eine Versammlung abgehalten, deren Resultat nicht bekannt ist. Jedoch verlautet, daß die Fabrikanten eine Deputation zum Handelsminister entsenden wollen, und zwar selbstmännlich, um ihn zu ersuchen, statt des Central-Gewerbe-Inspektors Hofrat Klein einen anderen Vertreter nach Berlin zu schicken.

In Paris haben 3800 Briefträger den Dienst eingestellt. Die Veranlassung zu dem Konflikt ist auf einen Beschluß des Senats zurückzuführen, der die im Etat angelegte Summe von zwei Millionen Francs für Aufbesserung der Gehälter gestrichen hat. Die Pariser Briefträger sind in fünf Abteilungen eingeteilt. Eine Abteilung derselben in Stärke von ungefähr 800 Mann hielt am Donnerstag früh eine Versammlung ab. In derselben ernannte der Unterstaatssekretär für Posten und Telegraphen Rougeot die Briefträger, ihren Dienst zu thun. Rougeot kündigte an, er werde veranlassen, daß ihnen eine Antwort auf ihre Forderungen zu teil werde. Die Ausständigen verhielten sich sehr ruhig. Eine zweite, fast eben so starke Abteilung schloß sich den Kundgebungen an.

Infolge des Ausstandes stockt der ganze Briefverkehr, auch die Geldsendungen für die großen Bankinstitute erleiden Verzögerung. Wahrscheinlich wird die Kammer auf ihrem Beschluß beharren und so den Senat zwingen, ihrem Beschluß beizutreten.

Sociale Rechtspflege.

Lehrlingzüchterei. Den Fabrikanten Arnhold hat schon wieder einmal ein Dreher-Lehrling verklagt, um die Lösung des Lehrver-hältnisses zu erzielen. Wie in dem früheren von uns berichteten Falle, wurde auch diesmal geltend gemacht, daß der Ver-lagte neben 14 bis 17 Lehrlingen nur wenige gelehrte Arbeiter beschäftige und daß seine sechs Dreher-Lehrlinge ein Vierteljahr lang ohne jede sachmännliche Aufsicht hätten arbeiten müssen. Der Beklagte, der diesmal persönlich vor der Kammer V des Gewerbezugs erschienen war, verwies darauf, daß er jetzt wieder einen Vorarbeiter („Wermeister“) für die Drecherei engagiert habe. Im übrigen will er sich durch die Praxis auch gewisse Kenntnisse auf dem Gebiete der Metalldrecherei erworben haben. Der Gerichtshof erkannte jedoch nach dem Klage-Antrage und verpflichtete den Beklagten, in die sofortige Lösung des Lehr-verhältnisses zu willigen. Der Vorsitzende Schahorn führte aus, daß nach Annahme des Gerichts der Beklagte bei der großen Zahl der Lehrlinge und bei dem fortgesetzten Fehlen eines geeigneten Vertreters in der Drecherei nicht in der Lage gewesen sei, für die Ausbildung des Klägers genügend zu sorgen. Aber abgesehen von der Vernachlässigung seiner Lehrberufspflichten, könne der Beklagte den Lehrling schon deshalb nicht in seinem Betriebe festhalten, weil der junge Mann den Lehr-vertrag nicht mit unterschrieben habe. Nach der Innungsstatute der Gewerbeordnung könne ein Lehrvertrag nicht als schriftlich und rechtsverbindlich angesehen werden, wenn ihn neben dem Vater des Lehrlings und neben dem Lehrherren nicht auch der Lehrling unter-zeichnete.

Gerichts-Beitrag.

Gegen den bekannten Lotterielokator Heine hatte das Berliner Polizeipräsidium auf Unterjagung des Handels mit Lotterielosen gellagt. Der Bezirksauschuss gab auch diesem Antrage statt, indem er annahm, daß sich Herr Karl Heine als unzuverlässig im Sinne der Gewerbe-Ordnungs-Rodelle vom

August 1896 erwiesen habe. Die Unzuverlässigkeit sah das Gericht darin, daß im Geschäft des Beklagten sehr oft Lose verbotener Lotterien veräußert worden sind. Vor dem Inkrafttreten der erwähnten Rodelle ist der Beklagte unjähliche Male wegen derartiger Lotterievergehen bestraft worden, nach ihrem Inkrafttreten nur einmal mit 2000 M. für zwei Fälle. Die Unterjagung des Losehandels ist bekanntlich erst durch jene Rodelle ermöglicht worden, und zwar infolge eines Antrages des Abgeordneten Hige. — Der Beklagte legte Berufung ein. Sein Anwalt betonte vor dem Ober-Verwaltungsgericht, daß sich H. bei seinem Geschäftsbetriebe im engeren Sinne als ein durch-aus zuverlässiger Mann gezeigt habe. Das Ober-Verwaltungsgericht befähigte jedoch die Vorentscheidung und setzte den Streitwert auf 100 000 M. fest.

Ein 12-jähriger Knabe wegen einer Lappalie angeklagt! Am 22. März d. J. belustigten sich einige Knaben auf dem Hofe des Grundstücks Ackerstraße 86 mit Schneeballwerfen. Dabei passierte dem 12-jährigen Bernhard B. das Mißgeschick, daß ein von ihm geworfener Schneeball die Scheibe eines Kellersfensters zer-trümmerte. Dieselbe hatte einen Wert von 50 Pf. Der wegen dieses Schadens ergrimmte Hauswirt Ritsche lief zur Polizei und zeigte den kleinen Bernhard B. wegen an-gedehlich mutwilliger Sachbeschädigung an, und die Folge da-von war, daß der Knabe wegen dieser Lappalie am Mittwoch auf der Anklagebank des Schöffengerichts Platz nehmen mußte. Der Hauptzeuge gegen den kleinen Delinquenten war der Hausbesitzer Ritsche. Er folgert die Absicht der Sachbeschädigung aus einer ihm von anderen Knaben hinterbrachten Versicherung, wonach B. zu seinen Spießgefährten gesagt haben soll: „Paßt mal auf, wo ich hin-teppere.“ Fünf kleine Knirpse, die ebenfalls als Zeugen vernommen wurden, haben dagegen nicht den Eindruck gehabt, daß B. die Scheibe absichtlich eingeworfen hat. Vielmehr wurde festgestellt, daß er das fragliche Kellersfenster gar nicht sehen konnte, da sich zwischen diesem und seinem Standort ein drei Meter hoher Zaun befand. Die Kosten der eingeworfenen Scheibe sind übrigens dem Hauswirt durch die Eltern des Knaben ersetzt worden. Nach dem Ergebnis der Ver-weisungsaufnahme beantragte der Staatsanwalt selber die Frei-sprechung, auf die das Gericht auch erlachte. Der Verteidiger hatte beantragt, auch die Kosten der Verteidigung der Staatsbehörde aufzuerlegen, da es bestreudlich sei, daß in diesem Falle über-haupt eine Anklage erhoben worden sei. Diesen Antrag lehnte das Gericht jedoch ab.

Von der Friedenskonferenz.

Saag, 18. Mai. Nachdem der russische Votschafter v. Staal zum Präsidenten der Friedenskonferenz gewählt worden war und den Vorsitz übernommen hatte, hielt er eine feierlich ceremonielle An-sprache, in der er seinen Dank ausdrückte für die Lobeserhebungen auf den Zaren. Er sprach von der bezaubernden Anmut der jungen holländischen Königin, machte einige Anmerkungen über die alte Bedeutung Hollands für die Politik und für die Wissenschaft. Was mich betrifft, so kann ich die Wahl meiner Person für das Präsidium nur damit als begründet ansehen, daß ich Bevollmächtigter des Kaisers Nikolaus meines er-habenen Herren bin, der den Gedanken zur Konferenz angeregt hat. In dieser Eigenschaft nehme ich mit tiefer Dankbarkeit die aus-gesprochene Ehre an, welche mir der Minister des Auswärtigen er-wiesen hat, indem er mich für das Präsidium vorschlug und die mir auch die Mitglieder der Konferenz erwiesen, indem sie diese Wahl gutließen.

Nach Konstituierung des Bureau wurde ein Antrag Staats, die Verhandlungen der Konferenz als geheime zu be-handeln, angenommen. Weiter schlug er vor, die nächste Sitzung am Sonnabend um 11 Uhr vormittags abzuhalten, um die Kommissionen und Abteilungen zu wählen und das Arbeits-programm aufzustellen.

Auf einem Diner zu Ehren des Geburtstages des Zaren in Wiesbaden sagte der Kaiser zum russischen Votschafter ge-wandt: Mein verehrter Graf, mein Wunsch geht dahin, daß es Ihrer Exzellenz dem Vorru v. Staal und dem Grafen zu Münster, zwei erprobten und erfahrenen Staatsmännern, gelingen möge, auf dem Boden der alten bewährten Tradition, die mein Haus mit dem Sr. Majestät und die das deutsche mit dem russischen Volke ver-bündet, gemäß den vom Kaiser und mir an beide Herren ergangenen übereinstimmenden Befehlen, die Konferenz so zu führen, daß ihr Erfolg Se. Majestät den Kaiser befriedigen werde. Se. Majestät der Kaiser Nikolaus hurra!

Letzte Nachrichten und Depeschen.

Der Pariser Briefträger-Ausstand in der Deputierten-Kammer.

Paris, 18. Mai. Bei Eröffnung der heutigen Sitzung ver-langen mehrere Deputierte die Regierung über den Ausstand der Briefträger zu interpellieren. Es wird die sofortige Beratung der Interpellationen beschlossen. Daudry d'Asson richtet an die Regierung die Anfrage, welche Maßnahmen sie zu ergreifen gedenkt. Cöre hebt die Nachteile hervor, die der Ausstand für den Pariser Handel mit sich bringt. Der Handels- und Postminister Desombres erwidert, daß die Verteilung der Briefe abends wieder regelmäßig erfolgen wird. Der Minister ist der Ansicht, daß ein öffentlicher Dienstzweig nicht der Willkür einiger Angelegten preisgegeben werden dürfe, und daß diese unmöglich ihre Beschlüsse dem Parlament und der Regierung aufzwingen können. (Lebhafter Beifall.) Minister-präsident Dupuy erklärt, die Regierung werde es nicht zu-lassen, daß Staatsangestellte in den Ausstand treten können. (Beifall.) Die Verteilung der Briefe werde in Paris wie gewöhn-lich weiter erfolgen. Wenn die Briefträger ihren Dienst nicht wieder aufnehmen, würden sie durch andere ersetzt werden. Die Regierung werde sich vor keiner Drohung beugen. (Beifall.) Drabourze. Heftige Zwischenrufe auf der äußersten Linken.) Die Debatte wird hierauf geschlossen. Die Kammer verweist schließlich mit 400 gegen 177 Stimmen eine von dem Socialisten Millerand beantragte Tagesordnung, in welchem dem Bedauern Ausdruck gegeben wird, daß die den Briefträgern gemachten Versprechungen nicht gehalten worden sind, und nimmt mit 383 gegen 112 Stimmen eine Tagesordnung an, in welcher die Erklärung der Regierung gebilligt wird. (W. Z. B.)

Paris, 18. Mai. (W. Z. B.) In Marseille, Lyon und Toulon sind die Briefträger gleichfalls in den Streik eingetreten. Der allgemeine Briefträgerausstand in ganz Frank-reich ist für morgen zu erwarten.

Paris, 18. Mai. (W. Z. B.) Unterstaatssekretär Rouglot be-nachrichtigte die Briefträger, daß diejenigen, welche nicht unver-züglich die Arbeit wieder aufnehmen würden, ihre Entlassung er-halten würden. Diese Maßregel hatte kein Ergebnis. Die Post-verwaltung teilt mit, daß die Expedition der Post für die Provinz und für das Ausland gesichert sei. Die Verteilung der Post geht langsam von statten. Hundert Municipal-Gardisten sind mit den Verteilungen unterwegs.

Mons, 18. Mai. (W. Z. B.) Der Ausstand im Grubenbetriebe von Mons gilt als beendet. Nur 700 Arbeiter sind bis jetzt noch nicht wieder angefahren. Die nach La Louvière und Charleroi ge-sandten Truppen kehren nun wieder in ihre Garnisonen zurück.

Frankfurt a. M., 18. Mai. (W. Z. B.) Die „Frankf. Ztg.“ er-fährt aus Wiesbaden: Bei dem heutigen Festmahle im Schlosse zu Ehren des Geburtstages des Zaren hielt Kaiser Wilhelm eine Ansprache, deren Wortlaut vor der Veröffentlichung noch amtlich festgelegt wird.

Galatz, 18. Mai. (W. Z. B.) Das große Holzlager auf den Docks des Barons Popper ist durch Brandstiftung vollständig nieder-gebrannt.

Uemberg, 18. Mai. (W. Z. B.) Die wegen Betrages angeklagten fünf Chef der Bankfirma Goldstein u. Löwenherz wurden vom Schwurgericht freigesprochen.

Reichstag.

85. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Mai 1899, 11 Uhr.

Am Bundesratssitz: Graf Posadowski, Graf v. Kallestrem; Vor Eintritt in die Tagesordnung hat zu einer Anfrage das Wort der Abg. Singer.

Abg. Singer (Soz.):

In den Zeitungen wird ein Brief des Vicepräsidenten v. Frege abgedruckt, in welchem davon die Rede ist, daß unter gewissen Umständen — es handelt sich um eine Polemik mit der „Dresdener Morgenzeitung“ — eine Klammer der bezüglichen Pretribüne nach einem auf liberaler Seite schon angeregten Vorstandsbeschluss erfolgen solle. Ich habe keinen Zweifel, daß es sich hier um einen Privatbrief des Herrn v. Frege handelt. Ich möchte aber doch an den Herrn Präsidenten die Anfrage richten, ob ihm dieser Brief des Herrn v. Frege bekannt ist, und ob er eventuell beabsichtigt, die darin ausgesprochene Drohung zu bringen.

Präs. Graf v. Kallestrem.

Ich kann darauf nur antworten, daß dem Präsidium von all diesen Sachen, die in der Zeitungs-Polemik vorkommen, nichts bekannt ist. (Hört! hört! links.) Ich selbst habe erst soeben vor einer Viertelstunde Kenntnis von dieser Zeitungs-Polemik erhalten. (Hört! hört! links.) Und zwar dadurch, daß der Herr Abg. Singer so freundlich war, mich vorher zu verständigen, daß er diese Anfrage an mich richten würde. Was speciell einen Beschluss des Vorstandes über eine eventuelle Klammer der Pretribüne betrifft, so ist, so lange ich das Präsidium hier im Hause führe, nie darüber im Vorstande verhandelt worden. (Hört! hört! links.) Außerdem gehört die Klammer dieser Tribüne gar nicht zu den Attributen des Vorstandes, sondern, falls sie einmal notwendig erweisen sollte, zu der Disziplinar Gewalt, welche der Präsident in diesem Saale ausübt. Hiernit glaube ich dem Herrn Abg. Singer die Antwort, die er wünscht, gegeben zu haben. (Beifugung.)

Die zweite Beratung des Invalidenversicherungsgesetzes wird darauf fortgesetzt bei § 51, welcher die Rentenstellen behandelt.

Für die Wahrnehmung der den unteren Verwaltungsbehörden obliegenden Geschäfte können für den Bezirk der Versicherungsanstalt oder Teile desselben vom Vorstande der Versicherungsanstalt unter Zustimmung des Aufsichtsrates Rentenstellen errichtet werden. Sind die beamteten Mitglieder des Vorstandes von der Landes-Centralbehörde zu ernennen, so ist auch die Zustimmung der letzteren erforderlich.

Die Landes-Centralbehörde kann nach Anhörung der Vorstände und Ausschüsse der beteiligten Versicherungsanstalten die Errichtung von Rentenstellen anordnen. Sollen solche Stellen für Bezirke errichtet werden, welche sich auf die Gebiete mehrerer Landesstaaten erstrecken, so kann der Reichsminister, falls ein Einverständnis unter den beteiligten Landesregierungen nicht erzielt wird, ihre Errichtung anordnen.

Die Rentenstelle ist Organ der Versicherungsanstalt und hat die Eigenschaft einer öffentlichen Behörde.

Die Abgg. Albrecht u. Gen. (Soz.) beantragen, im ersten Satz statt „können“ zu setzen „müssen“ und den zweiten Satz dieses Absatzes zu streichen.

Im Absatz 2 soll der erste Satz gestrichen werden.

Die Abgg. v. Löbell u. Gen. (L.) beantragen, den Absatz 1, Satz 2 der Kommissionsvorlage wie folgt zu fassen: „Außerdem ist bei Versicherungsanstalten, für welche die beamteten Mitglieder des Vorstandes von einem Kommunalverbande zu bestellen sind, auch die Zustimmung des mit der sündigen Verwaltung dieses Kommunalverbandes betrauten Organs, bei Versicherungsanstalten aber, für welche die beamteten Mitglieder des Vorstandes von der Sonderregierung zu bestellen sind, die Zustimmung der Landes-Centralbehörde oder sofern mehrere Landes-Centralbehörden beteiligt sind und Einverständnis unter ihnen nicht erzielt wird, die Zustimmung des Reichsministers erforderlich.“

Der Absatz 3 soll wie folgt gefaßt werden: Die Rentenstellen sollen in der Regel nur für Bezirke mit besonders dichter oder vorwiegend industrieller Bevölkerung errichtet werden.

Abg. Hilka und Genossen (natl.) beantragen die Streichung des zweiten Absatzes des § 51.

Abg. Richter (fr. Rp.) beantragt, den ganzen Abschnitt, der die Rentenstellen betrifft, zu streichen. Eventuell hat Abf. 1 und 2 folgende Bestimmung zu sehen: Für die Wahrnehmung der den unteren Verwaltungsbehörden obliegenden Geschäfte kann die Landesgesetzgebung Vorständen einer Versicherungsanstalt die Errichtung von Rentenstellen für den Bezirk der Anstalt oder Teile desselben gestatten.

Die Abgg. Gerstenberger (L.) und Schmidt-Eberfeld (fr. Rp.) beantragen, im § 51 Absatz 2 Satz 1 wie folgt zu fassen:

Die Landes-Centralbehörde kann im Falle des geschäftlichen Bedürfnisses nach Anhörung von Vorstand und Ausschuss der Versicherungsanstalt für Bezirke unterer Verwaltungsbehörden oder für einzelne Gemeinden, in welchen die Wahrnehmung der im Absatz 1 vorgesehenen Geschäfte den Gemeindebehörden nicht übertragen ist, die Errichtung von Rentenstellen anordnen.

Abg. Hilka (natl.):

Wir stellen in dieser Frage unsern allgemeinen politischen Standpunkt vollständig zurück und reden lediglich vom Standpunkt des Gesetzes selbst. Ich stimme Herrn von Löbell vollständig bei, daß es sehr gefährlich ist, die Rentenstellen einzurichten. Und auch ich würde gern die Errichtung derselben verhindern. Aber da die Regierung dieselben durchaus wünscht, so wollen wir sie wenigstens nur da gestatten lassen, wo sie von den Versicherungsanstalten selbst gewünscht werden. Wir wollen daher die Knordnungsbefugnis der Landes-Centralbehörde aus dem Paragraphen streichen.

Abg. Stadthagen (Soz.):

Es kann gar keinem Zweifel unterliegen, daß es notwendig ist, lebensfähige Rentenstellen zu schaffen. Es ist bezeichnend, daß diesem Verlangen gerade der Teil des Volks entgegentritt, der am weitesten in der Kultur zurück ist (Ohl! rechts), die bekannten Vertreter der notleidenden Landwirtschaft. Die Rentenstellen, wie sie jetzt dastehen, sind ein Rahmen ohne irgendwelchen Wert; und wenn man noch der von Herrn von Löbell verteidigte Antrag angenommen wird, dort wo es besonders Not thut, Rentenstellen zu errichten — in den ländlichen Bezirken nämlich, sollen sie nicht errichtet werden, sondern nur in den Industriezentren — dann, muß ich sagen, sehe ich in der Errichtung der Rentenstellen weiter keinen Nutzen, als daß einigen Offizieren a. D., Regierungsaffidoren usw. ein Unterkommen geschaffen wird. Es ist besonders verwerflich, daß gerade das Centrum, welches in den 60er und 70er Jahren — Herr Abg. Hise noch in den 80er Jahren, wie seine lebenswerte Schrift „Kapital und Arbeit“ beweist — die Auffassung vertreten hat, daß auf diesem Gebiete jeder von seinergleichen gerichtet werden müsse, daß die Arbeiter selbst mitwirken müssen —, es ist besonders auffallend, sage ich, daß gerade das Centrum sich unserm Antrag entgegenstellt, welcher die einzige Möglichkeit schaffen soll, lebensfähige Rentenstellen zu errichten, nämlich solche auf Grund des allgemeinen Wahlrechts. Ich habe vergebens nach Gesetzen des Centrum gesucht, weder gestern, noch in der Kommission wurden solche geäußert. Es hieß nur, die Centripartei siehe ja im großen und ganzen diesem Wahlrecht, das wir vorschlagen, sympathisch gegenüber; da es nun aber einmal nicht anders geht, so nehme sie diese Kompromisse, die Rentenstellen, wie sie nach Wegfall des Wahlrechts geworden an. Sätze der dritten Lesung wird es sein, ein anderes Wahlrecht hinzuzusetzen. Wenn die ganze Auskunfts-

erteilung auf dem platten Lande an die ausführenden Organe übergehen soll, wenn möglichst große Bezirke geschaffen werden sollen, dann, sage ich, thäte man besser, die Rentenstellen überhaupt zu streichen. Die Rentenstellen haben einen erheblichen, einen sozialen Wert — überschätzen soll man ihn freilich nicht — wenn sie auf kleine Bezirke beschränkt sind. Circa 50 000 Seelen mag der Bezirk einer Rentenstelle umfassen. Von dem von uns vorgeschlagenen Wahlrecht abgesehen, besteht eine ähnliche Einrichtung in Württemberg; gegen 1911 Gemeindefürsorgestellen; die ganze Bevölkerung ist darüber einig, daß es etwas Wohlthätiges und Verständiges ist. Aber besteht z. B. in Ostpreußen eine Selbstverwaltung, von der man sagen kann, daß ein großer Teil der Bevölkerung an ihr teilnimmt? Im Gegenteil, man kann nur sagen, daß dort einige wenige Leute die Macht in den Händen haben, die da glauben, keine Könige zu sein. Das sind nicht die geeigneten Organe für Auskunftsverteilung. Die Sache an die Gemeinden anzugliedern, geht also nicht, obwohl es in mancher Beziehung sozialpolitisch wünschenswert sein würde; es bleibt also, um etwas Einheitsliches zu schaffen und doch Württemberg nicht unter den zurückgebliebenen Verhältnissen des Ostens leiden zu lassen, nur übrig, Rentenstellen, und zwar obligatorische, zu errichten und etwa die württembergischen und ähnliche Einrichtungen daneben als gleichwertig bestehen zu lassen.

Meine Stellungnahme zu den Rentenstellen ist davon abhängig, einmal, ob die Rentenstellen obligatorisch sind und zum anderen, ob das Wahlverfahren in dem von uns vorgeschlagenen Sinne geändert wird. Auf dem Lande, in Brandenburg, in Schlesien, in Ost- und Westpreußen, auch in Pommern, obwohl es dort etwas besser ist, laufen die Leute von Pommern nach Pommern, von dem lungen Mann im Dorfe, der etwas schreiben kann, zum Gemeindevorsteher, schließlich in die Stadt; darüber vergehen alsdann Monate. Der Gemeindevorsteher, der gewöhnlich ziemlich viel Subordinationsgefühl hat, mandamail auch — wie die Herren aus dem Osten am besten wissen — mit Lesen und Schreiben nicht so recht Befehd weiß, wendet sich an den Landrat. Nun kommt die Vorladung. Auf dem Landratsamte werden die Leute gefragt, wo sie leben, wo sie wohnen, wo sie geboren, ob sie verheiratet sind und so weiter, bis ihnen ganz langsam im Kopfe wird. Schließlich bekommt der Mann seinen Befehd; gewöhnlich kann er dann wieder aus diesem nicht flug werden. Am besten stehen sich die Leute vom Lande noch, wenn sie in der Stadt den ersten besten Arbeiter um Rat fragen. Wie schwer sich überhaupt Bureaukraten und Arbeiter verstehen, dafür ein selbsterlebtes Beispiel. Ich hatte einmal einen Mann zu verteidigen, der wegen Brandstiftung angeklagt war. Auf die Frage des Vorsitzenden, ob er schuldig oder unschuldig sei, antwortete er: „Ja Befehl!“ bis er denn endlich auf die Frage, ob er das Haus angezündet habe, antwortete: „Ja, wo werd' ich denn!“ (Heiterkeit.) Das keine Beispiel zeigt, wie nötig es ist, daß Arbeiter und Arbeitgeber an der Verwaltung der Rentenstellen teilnehmen, da Bureaukraten allein mit ländlichen Arbeitern sich gar nicht verständigen können. Und nun will Herr von Löbell gerade in den Gegenden die Rentenstellen nicht, wo sie am nötigsten sind. Es ist heute dem Landarbeiter einfach unmöglich, sein Recht zu suchen. Sind aber Rentenstellen da, in denen aus freier Wahl hervor-gegangene Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer sitzen, dann wird es möglich sein, daß jeder sein Recht findet, daß eine Verschlebung des Verfahrens herbeigeführt wird. Ich gebe sogar zu, daß dadurch das Vertrauen der ärmeren Landbevölkerung zum Staate wachsen wird. Um so merk-würdiger der Antrag des Herrn von Löbell. Daß sie sachlich nichts gegen unser Verlangen vorbringen können, beweist Ihr Schweigen; während Sie bei untergeordneten Punkten sehr wohl verstanden haben, den Mund aufzutun, schweigen Sie hier, wo es sich darum handelt, eine für die Arbeiterbevölkerung fördernde Gesetzgebung zu schaffen. Hoffentlich kommt man zwischen der zweiten und dritten Lesung unseren Wünschen mehr entgegen.

Dr. Hise hat in seinem Vuche über „Kapital und Arbeit“ im Anschluß an Anmerkungen, die früher selbst von konservativer Seite gemacht wurden, ausgeführt, im Verhältnis zwischen Arbeitern und Arbeitgebern, auch auf dem Lande, müsse eine gewisse Demokratie herrschen. Um so verwunderlicher, daß er und seine Partei, die doch das allgemeine Wahlrecht auf das Banner geschrieben hat, sich gegen unseren Antrag erklärt hat. Von Arbeitern und Arbeitgebern sind Petitionen eingelaufen, welche Rentenstellen in unserem Sinne, das heißt solche ohne bureaukratische-schleppenden Geschäftsgang, fordern. Ich bitte Sie, lehnen Sie die Anträge der Vertreter des zurückgebliebenen Ostens ab, nehmen Sie unsere Anträge an, durch die wirklich etwas erreicht werden kann. Was die Kostenfrage betrifft, so ist richtig, daß, wenn wir die Rentenstellen obligatorisch machen, — es würden vielleicht 5000 nötig sein — alsdann, wie in Württemberg, die Gemeinden die Kosten zu tragen hätten. Werden die Rentenstellen nur für Regierungsbezirke zc. eingerichtet, so sehen wir keinen Grund ein, weshalb wir dafür stimmen sollen. Bestimmen Sie sich die zur dritten Lesung, nehmen Sie unseren Antrag an; helfen Sie uns, etwas Beschäftliches zu schaffen und nicht Stellen, die von unkundigen Leuten im Nebenamte versehen werden! Gehen wir den Weg, der aus dem Polizeistaat Ostpreußen ein Staat Kulturstaat machen soll.

Abg. v. Kardorff (Rp.):

Die Einrichtung der Rentenstellen gehört zu den allerbedenklichsten Versuchen. Die Vorstände der Versicherungsanstalten von Ostpreußen, der Rheinprovinz, Oldenburg u. a. sprechen sich sehr entschieden dagegen aus; sie seien überflüssig, verunsichernd aber große Kosten, sie werden auf 10 Millionen veranschlagt. Ich würde es gerade für ein Unglück für unsere Verwaltungsbeamten halten, wenn ihnen die bisherige Tätigkeit, die mit der Prüfung der Rentengesuche verbunden ist, abgenommen würde. Wenn man aber schon eine so einschneidende Veränderung vornehmen will, so darf es höchstens durch die Landesgesetzgebung geschehen, darin stimme ich dem Abg. Richter vollständig bei. Auch der Antrag Löbell genügt da keineswegs. Sollte der Antrag Richter abgelehnt werden, so ist es mir sehr zweifelhaft, ob meine Freunde für das ganze Gesetz werden stimmen können.

Abg. Richter (fr. Rp.):

Bisher haben nur Gegner der Rentenstellen, wie sie die Kommission will, das Wort ergriffen. Nun soll ich auch noch dagegen sprechen. Das ist im Interesse der Lebhaftigkeit der Debatte sehr zu bedauern. Es wäre doch gut, wenn einer derjenigen, die die Kommissionsbeschlüsse so stande gebracht haben, vorher das Wort nähme. (Zuruf: Hise!) Im Interesse der Sache verzichte ich daher einseitigen auf dasselbe. (Heiterkeit.)

Staatssekretär Graf Posadowski:

Der Abg. von Kardorff hat den Veränderungen, die die Kommission an der Vorlage vorgenommen hat, nicht Rechnung getragen. Die Vorlage machte die Errichtung von Rentenstellen prinzipialer obligatorisch und ließ nur Ausnahmen zu. Die Kommission dagegen hat den unteren Verwaltungsbehörden die Prüfung der Rentengesuche überlassen. Beide machen der bisherigen Unbestimmtheit ein Ende; bisher war es ungewiß, wo der Schwerpunkt für die Erledigung der Rentengesuche liege. Es soll also jetzt festgelegt werden, daß der Chef der unteren Verwaltungsbehörde diese Geschäfte leitet. Ich halte es für durchaus notwendig, daß die ausführende Instanz Land und Leute genau kennt, und es wäre sehr bedauerlich, wenn dergleichen Funktionen jungen Beamten überlassen werden würden, die von den einschlägigen Verhältnissen sehr wenig verstehen und die vielleicht nur vorübergehend bei einem Kreise oder einem Magistrat beschäftigt sind. Wenn der Chef nun aber so überbürdet ist, daß er diese Aufgabe in vollem Maße gar nicht erfüllen kann, dann wird sich — das ist die Meinung des Kommissionsbeschlusses — die Landes-Centralbehörde und die Versicherungsanstalt sagen müssen: hier liegen die Verhältnisse so, daß man eine Rentenstelle errichten muß.

Im Grunde fagen die Anträge Schmidt-Eberfeld und v. Löbell genau dasselbe, sie drücken es nur negativ aus. Sie laufen eben beide darauf hinaus: da, wo der Chef es nicht mehr allein machen kann, da muß die Rentenstelle eingreifen.

Damit fällt auch der Einwand von den hohen Kosten fort. Uebrigens muß ich die Zahl von 10 Millionen auch an sich schon ablehnen. Sie ist von den Mathematikern lediglich als Sicherheitskoeffizient eingestellt worden.

Auf die Debatte, ob obligatorische Rentenstellen oder nicht, will ich nicht eingehen. Die Mehrheit wird sich ja auf den Standpunkt der Kommission stellen und die Regierung wird diesen Standpunkt acceptieren. (Hört, hört!) Mit dieser Klarlegung wird auch der Einwand fortfallen, daß man die Behörden auf einander häufen will. Man läßt ja die bestehenden Verhältnisse durchaus weiter bestehen und nur, wo sie nicht ausreichen, sorgt man für Ersatz. Ist die positive Arbeit notwendig, müssen auch die Arbeitskräfte vorhanden sein. Den Vorschlag des Abg. Richter, die Einrichtung der Rentenstellen von der Zustimmung der Landesgesetzgebung abhängig zu machen, bedeutet nichts anderes, als die ganze Einrichtung durch soviel Bitter durchlaufen zu lassen, daß schließlich nichts mehr übrig bleibt. (Sehr richtig!) Daß die Invaliden-Gesetzgebung bisher so geringe sozialpolitische Erfolge gehabt hat, kommt meines Erachtens daher, daß der Zusammenhang zwischen den Behörden und denjenigen, für die das Gesetz bestimmt ist, kein genügend enger war. (Zustimmung.) Wenn Sie aber jetzt den Chef der Unterverwaltung nötigen, mit dem Arbeiterpublikum selbst zu verkehren, unter Anwesenheit der Arbeitgeber und der Arbeiter Rede und Gegenrede zu führen, so wird der Einfluß, den dadurch die Behörden auf die Arbeiter gewinnen, sehr verstärkt und die letzteren werden sich dann überzeugen, mit welchem Ernst das Gesetz ausgeführt wird. (Sehr richtig!) Herr v. Kardorff hat ferner den Einspruch einiger Versicherungsanstalten selbst gegen die Errichtung von Rentenstellen angezogen. Doch richtet sich dieser Einspruch nur gegen die obligatorischen Rentenstellen und dann habe ich manchmal den Eindruck, als ob in dieser Frage ein gewisses Reflektiergefühl maßgebend ist. Man will die Vollmacht der eigenen Behörde in keiner Weise sich beschränken lassen. Darauf kann die Gesetzgebung nicht Rücksicht nehmen; wollte sie das, so würde kein Gesetz zu stande kommen. Ich bitte Sie also um Annahme des Kommissionsbeschlusses, event. mit dem Antrag Löbell, der, wiederhole ich, in demselben Sinne sich bewegt.

Abg. Hise (L.):

Im Gegensatz zum Abg. Richter sehe ich den Fortschritt der Verhandlungen darin, daß wir so wenig wie möglich sprechen. Die Socialdemokraten können es sich bequem machen; sie stimmen nachher ja doch gegen das ganze Gesetz. (Widerspruch bei den Socialdemokraten.) Sie lassen uns die ganze Mühe tragen. Sie stellen einige hundert Anträge, Sie wissen ja doch, daß sie nicht angenommen werden. Wenn wir alle so verfahren wollten, dann würden wir bis zum Herbst zusammen-sitzen können. Für uns ist aber von Anfang an das Bestreben maßgebend gewesen, das Gesetz noch in diesem Sommer zu stande zu bringen. Wenn das nicht geschieht, dann müssen Millionen von Arbeitern leiden, und zwar solche, die es am nötigsten brauchen. Wir verzichten deshalb auf die Darlegung unserer guten Gründe. Sie wollen nur Ihren Parteibedürfnissen genügen, wir wollen den Arbeitern dienen.

Vicepräsident v. Frege (in der Meinung, daß der Abg. Hise bereits geendet): Das Wort hat der (Heiterkeit). Ah, so, pardon!

Abg. Hise (fortfahrend): Ich habe noch ein Wort hinzuzufügen: Die Vorlage stellt in der Fassung der Kommission einen Kompromiß dar; jeder Kompromiß wird aber in Frage gestellt, wenn der eine Teil nachher seine Wünsche zu sehr in den Vordergrund stellt. Das Centrum steht durchaus auf dem Boden dieses Kompromisses, der ohnehin schwer genug zu stande gekommen ist. Und alle, denen gleichfalls an der Aufrechterhaltung desselben gelegen ist, mögen das Gleiche bedenken und nicht in der Art des Herrn Abg. Stadthagen hier auftreten.

Abg. Schmidt (fr. Rp.):

erwidert dem Abg. Richter, daß auch er auf das Wort verzichtet habe, weil er die Kommissionsbeschlüsse für bereits ausreichend begründet erachte.

Abg. v. Löbell (L.):

Wir sind der Ansicht, daß ein Bedürfnis für diese Rentenstellen nur in den großen Städten vorhanden ist, und daher haben wir unsern Antrag gestellt. Wenn Herr v. Kardorff es beabwacht, daß den unteren Verwaltungsbehörden die Geschäfte abgenommen werden sollen, so sorgt gerade unser Antrag dafür, daß für einen großen Teil der Monarchie den unteren Verwaltungsbehörden dieser Verhältnisskreis erhalten bleibt. Ich bitte Sie also, unsern Antrag anzunehmen.

Abg. Wollenbühr (Soz.):

Und ist der Vorwurf gemacht worden, daß wir die Debatte in die Länge ziehen, um ein Zustandekommen des Gesetzes zu verhindern. Einen solchen Vorwurf muß ich entschieden zurückweisen. Und ist es darum zu thun, möglichst viel Verbesserungen in das Gesetz hineinzubringen (Sehr richtig! bei den Soz.), unbedünnet darum, ob wir deshalb acht Tage länger in den Sommer hinein sitzen müssen oder nicht. Wir halten gerade die jetzige Periode für geeignet, solche Verbesserungen in das Gesetz zu bringen, weil die Regierung jetzt eine Veränderung des Invalidengesetzes haben muß. Sie braucht den Ausgleich und da mag sie auch gleich den Versicherern einige Vorteile bieten. Der Abgeordnete Hise sagte, wir würden gegen das ganze Gesetz stimmen. Das ist nicht ohne weiteres gesagt. Sobald das Gesetz eine Reihe von Verbesserungen gewährt, ohne Verschlechterungen zu bringen, werden wir für dasselbe stimmen. (Sehr richtig! bei den Socialdemokraten.) Wir wollen es nur verhindern, daß so und soviel Verbesserungen, die heute ertragen werden können, in weite Ferne gerückt werden.

In Bezug auf die Rentenstellen hat mein Kollege Stadthagen schon erklärt, daß wir ihnen an sich insofern gegenüberstehen. Die Bureaukratie hat sich bei all solchen Einrichtungen immer als unzulänglich erwiesen, weil sie nicht die wirklichen Bedürfnisse des Publikums kennt und dasselbe als Untergebene betrachtet und demgemäß behandelt. Daher sind auch die konservativen Gegner der Rentenstellen, weil sie fürchten, das Ansehen der Behörden könne gefährdet werden, wenn das Publikum nicht mehr wie Untergebene in den Auskunftsstellen behandelt wird. Ebenso ist der Centralverband deutscher Industrieller Gegner der Rentenstellen. Nach ihm sind sie eine sozialistische Einrichtung. Für ihn ist nämlich jede Einrichtung sozialistisch, wo der Arbeiter für etwas anderes als für eine willkürliche Maschine angesehen wird. (Sehr gut bei den Socialdemokraten.) Auch in der freisinnigen Partei herrscht ein ganz erheblicher Widerstand gegen diese Rentenstellen, weil man fürchtet, die Vorstehenden der Rentenstellen könnten als Kapitalisten gegen den Freisinn verwendet werden. All zu sehr müssen wohl die Freisinnigen nicht an die Verbehrung ihrer Anschauungen glauben, wenn sie einen neuen Agitator dagegen so sehr fürchten. Wir fürchten eine solche Agitation nicht, denn wir gewinnen doch nur bei allen derartigen Socialistenereien. Für uns kommt es bei den Rentenstellen darauf an, daß in den Rentenstellen ja überhaupt die Leute sitzen, die die Wünsche der Versicherten wirklich zum Ausdruck bringen. Daß man sich darauf nicht einlassen will, daß die Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den Rentenstellen durch allgemeines gleiches Wahlrecht gewählt werden, das verleidet uns den ganzen Vorschlag. Allerdings, nach der Ansicht der Bureaukraten ist das Volk ja entweder blöde oder bödsartig. Wir leben aber nicht ein, weshalb man die Landbevölkerung und die Mitglieder freier Hilfskassen ausschließen will von dem Rechte, die Vertreter aus ihrer Mitte zu wählen.

Den Rentenstellen stehen wir an sich sympathisch gegenüber. Bedingung ist aber für uns, daß die Beisitzer Arbeitgeber und Arbeitnehmer in gleicher Zahl von allen Versicherten des Bezirks gewählt werden. Sollte diese Forderung auch in dritter Lesung nicht angenommen werden, so werden wir gegen die Rentenstellen überhaupt stimmen. (Bravo! bei den Socialdemokraten.)

Abg. Richter (fr. Sp.):

Ich halte die Einrichtung der Rentenstellen für zu teuer, für nicht notwendig und auch für unwechmäßig. In meiner Partei befinden sich höchstens zwei oder drei Anhänger dieser Rentenstellen. Der Herr Staatssekretär hat es so dargestellt, als ob sich der Widerstand nur gegen die Regierungsvorlage richtet und nicht gegen die Kommissionsfassung. Das ist aber nicht richtig. Die Vorlage hatte die Rentenstellen obligatorisch gemacht, die Kommission nur fakultativ, ermächtigt aber die Landeszentrale ohne jede Beschränkung sie einzuführen. Das ist nur eine Verschönerung dessen, was die Regierungsvorlage will, aber keine Abänderung. Auch die Versicherungsanstalten selbst haben sich auf das entschiedenste gegen diese Rentenstellen ausgesprochen. Der Antrag Gerstenberger bedeutet eine rein redaktionelle Aenderung, denn das geschäftliche Bedürfnis wird stets sehr leicht festzustellen sein. Ich halte es für sehr leicht möglich, daß man verabschiedete Offiziere in diesen Rentenstellen unterbringt, gewissermaßen als Bezirkskommandeure. Ob das aber die geeigneten Organe wären, halte ich für sehr zweifelhaft. Auch wir fürchten uns nicht vor den Agitatoren, wie Herr Rollenbühr gemeint hat, aber die Gefahr des Mißbrauchs zu politischen Zwecken ist auch ein Grund für uns, gegen diese Rentenstellen zu sein. Uebrigens sind nur 3,16 Proz. aller Rentenberechtigten von den Schiedsgerichten abgeändert worden. Der Bezirk einer solchen Rentenstelle ist auch viel zu groß, als daß sich die Beamten eine Kenntnis der persönlichen Verhältnisse der Versicherten aneignen könnten; eine solche Kenntnis erwerben sich dagegen die Gemeindebehörden aus anderen Verwaltungszweigen. Innerhalb der Gemeinde mag man solche Versicherungsstellen gründen, aber nur als Organ der Gemeinde, und nicht gegen dieselbe.

Für verfehlt halte ich die Anschauung, daß bei der Errichtung von Rentenstellen die Landesverwaltung mitwirken soll. Das ist Sache der Landesgesetzgebung, denn das hängt mit den ganzen rechtlichen Verhältnissen des Landes zusammen. Mit Herrn v. Löbell stimme ich, was die Anschauungen über die Rentenstellen anlangt, überein. Aber sein Antrag entspricht nicht im mindesten meinem Prinzip. Ich kann daher für ihn nicht stimmen. Ich bitte Sie um Annahme meines Antrags, damit die Bestimmung des Paragraphen möglichst unschädlich gemacht wird.

Staatssekretär Graf Posadowski:

Der Herr Abg. Richter hat mit all seiner scharfen Kritik und doch keinen Ausweg angegeben. Was soll nun geschehen, wenn die unteren Verwaltungsbehörden nicht ausreichen? Eine bloße Markenkontrolle, wie er sie sich denkt, würde in gar keiner Weise ausreichen. Zudem müßte dann der betreffende Beamte fortwährend herumreisen. Der Vorschlag ist durchaus undurchführbar. Was den Kostenpunkt anlangt, so habe ich vorher dazu bereits das Nötige gesagt. Ich bitte Sie, in Hinsicht auf den wichtigen sozialpolitischen Kern, der in den Rentenstellen liegt, sich von dergleichen Einwänden nicht beirren zu lassen.

Abg. Köstke (wildbl.):

Ich habe mich vorher streichen lassen, um erst die gewichtigen Gründe des Abg. Richter anzuhören, die ihn und seine Fraktion veranlassen, dem Standpunkt ihres Vertreters in der Kommission, des Abg. Schmidt, so sehr entgegenzutreten. Der Abg. Richter ist mit den gegenwärtigen Verhältnissen durchaus zufrieden. Er hat aber übersehen, daß es für die Versicherten von höchster Wichtigkeit ist, wer ihre Gesunde prüft. Bis jetzt hat in erster Instanz die Behörde zu entscheiden, die auch nachher die Kosten auferlegen soll. Also die Partei selbst ist Richter in erster Instanz. Dazu kommt, daß die Arbeiter selbst da in keiner Weise vertreten sind. Sonst verlangt doch der Liberalismus die Hinzuziehung des Laienelements bei der Rechtsprechung. Warum weicht Herr Richter diesmal davon ab? Ich würde es mit Freuden begrüßen, wenn die Rentenstellen obligatorisch gemacht werden würden. Aber das werden wir nicht erreichen. So müssen wir den Versuch machen, wie weit wir mit der Fakultativ kommen. Die Regierung hat einem Ausgleich ihre Zustimmung gegeben. Die konservativen haben sich gegen die Rentenstellen ausgesprochen, um nicht die staatlichen Organe, denen jetzt die betreffenden Funktionen obliegen, zu eliminieren; die Frage der Kosten hat dabei eine geringere Rolle gespielt. Wo werden jetzt in Zukunft auch wieder andere Verwaltungsbehörden die Hauptrolle machen, Rentenstellen werden nur helfend eingreifen. Die Hineinbringung der Landeszentralbehörden halte ich für sehr gut. Sie werden vielleicht ihren Einfluß geltend machen zur weiteren Einführung der Rentenstellen, wenn die vorhandenen sich bewährt haben. Es ist aber nicht zu bestreiten, daß mit diesem Geleze ein gewisser Unterschied zwischen Industrie und Landwirtschaft gemacht wird, den ich nicht für erwünscht halte. Den Vorschlag des Abg. von Löbell aber halte ich für ganz unrichtig, schon wegen seiner Unbestimmtheit.

Ganz unbegreiflich ist mir, wie der Abg. Richter von der Einrichtung der Rentenstellen eine Vereinträchtigung der Selbstverwaltung befürchten kann. Dabei vergißt er wieder den Kardinalpunkt: die Einführung des Laienelements. Außerdem sollte er gerade der letzte sein, die Landräte ins Treffen zu führen. Und nun gar die Hineinbringung der Landesgesetzgebung! Soll der preussische Landtag mit seinem Dreiklassenwahlrecht und seinem Herrenhaus über die Durchführung eines vom Reichstag beschlossenen Gesetzes entscheiden?

Vergessen Sie nicht, daß die Hineinziehung der Arbeiter in die Verwaltung einem großen sozialdemokratischen (Heiterkeit) ich wolle sagen, sozialpolitischen Interesse entspricht. Ich bitte Sie, die Hand der Regierung da nicht zurückzuweisen. (Bravo!)

Abg. Dine (C.):

bestreitet, daß er dem Abg. Richter irgend eine Lektion habe erteilen wollen, er habe nur auf die Anpassungen des Abg. Stadthagen erwidert.

Abg. Müller (natl.):

ist gleichfalls der Ansicht des Abg. Richter, daß die Einrichtung der Rentenstellen die Selbstverwaltung beeinträchtigt. Er halte es für zweckmäßig, daß die entgegenstehenden Meinungen zwischen der zweiten und dritten Lesung einer Redaktionskommission unterbreitet werden, die eine Verständigung herbeizuführen habe. Dem Abg. Rollenbühr erwidere er, der Generalsekretär Bued sei nicht so allmächtig, daß er allein den Gesegentwurf der Regierung habe zu Falle bringen können.

Abg. v. Löbell (L.) hat seinen Antrag inzwischen so geändert, daß auch die Zustimmung des Provinzialausschusses zur Errichtung einer Rentenstelle notwendig sein soll.

Damit schließt die Diskussion.

In der Abstimmung werden abgelehnt die Anträge von v. Löbell und Albrecht und Gen., Richter und Hilb. Bei der Abstimmung über den Principalantrag von Löbell (Rentenstellen nur in dicht bevölkerten Bezirken) bleibt das Bureau zweifelhaft, es kommt zum Sammelsprung.

Die Auszählung ergibt die Beschlußunfähigkeit, da nur 174 Mitglieder, von denen 92 mit Ja, 82 mit Nein stimmen, antwesend sind.

Präsident Graf Ballestrem: Nunmehr gebe ich noch das Wort zu einer Erklärung dem Abg. v. Frege-Welshin.

Abg. v. Frege-Welshin:

Der Abg. Singer hat heute vor der Tagesordnung, während ich als Präsident der XVI. Kommission außerhalb des Saales im Beratungszimmer beschäftigt war, eine Anfrage an den Herrn Präsidenten gerichtet über eine Verichtigung, die ich auf mehrfache Veranlassung an verschiedene Zeitungen verschickt habe. In vollkommener Uebereinstimmung mit der Erwiderung des Herrn Präsidenten bezüglich Remedur von Ueberschriften der Reichstatter-Tribüne, wonach ihm allein die Disziplinarergewalt hier zusteht, habe ich, da mir dies sehr wohl be-

kannt war, trotz mehrfacher Anregung eines hochangesehenen liberalen Mitgliedes dieses Hauses keine Anregung oder Besprechung der Angelegenheit im Vorstände veranlaßt. Meine Erklärung in dieser Angelegenheit halte ich mit jedem Worte aufrecht, wenn auch in noch so tendenziöser Weise Mißbrauch damit getrieben werden sollte. (Lachen links.)

Nächste Sitzung: Dienstag, den 6. Juni. (Nachtrags-) Staats-Rechnungssachen. Fortsetzung der Beratung des Invaliditätsgesetzes.)

Kommunales.

Stadtverordneten-Versammlung.

17. Sitzung vom Donnerstag, den 18. Mai 1890, nachmittags 5 Uhr.

Die Räumung und der Abbruch der Baulichkeiten auf den Grundflächen des Köllnischen Rathauses, der Ratswaage und Nr. 20 Scharrenstraße, die Unterbringung des Gewerbegerichts und des Märkischen Provinzialmuseums in dem städtischen Grundstücke Zimmerstr. 90/91, sowie die Regulierung und Pflasterung der in Betracht kommenden Straßen der Weitenstraße, Gertraudenstraße und des Petriplatzes bilden den Gegenstand einer Magistratsvorlage. Die Ratswaage soll gänzlich eingehen. Als Kostenbetrag sind circa 60 000 M. veranschlagt.

Stadtver. Hugo Sachs beantragt Ausschussberatung.

Stadtver. Kist empfiehlt ebenfalls Ausschussberatung, aber aus ganz entgegengelegten Motiven. Der Umzug des Museums sei ein sehr gewagtes Unternehmen, um so mehr, als der Abbruch auf zwei Jahre hinaus und länger auf dem Grundstücke einen Zustand schaffen werde, der den Spott jedes Fremden herausfordern müsse. Und das alles lediglich, um der Pferdebahn den Umweg durch die Scharrenstraße zu ersparen!

Stadtver. Singer: Wir werden für den Ausschuss stimmen, aber seine Beratung wird, wie ich hoffe, nicht zu dem vom Vordredner gewünschten Resultat führen. Ein Zustand, der jeder Beschreibung spottet, besteht jetzt dort am der Ecke in dem wunderbaren Vogelbauer; eine Baustelle, von einem anständigen Raum umgeben, kann den Spott nimmermehr in gleicher Weise herausfordern, die Verkehrsbedürfnisse der Einwohnerschaft sind dann aber befriedigt. Die Thätigkeit der Verkehrsdeputation wird ja illusorisch gemacht, wenn aus Furcht vor dem Umzug des Märkischen Museums, der vorgeschlagene Abbruch inhibiert wird. Der ausgezeichnete Leiter des Museums, Herr Stadtrat Friedel, bietet doch Bürgschaft genug für einen ungefährdeten Umzug. Im Interesse des außerordentlichen Verkehrs an diesem Centralpunkte ist jeder Zubehört Straße, der dort für unbehinderte Passage geschaffen werden kann, ein dringendes Bedürfnis für die Einwohnerschaft.

Die Vorlage wird dem um 5 Mitglieder zu verstärkenden Ausschusse überwiesen, der die den gleichen Gegenstand betreffenden Anträge vorbereiten hat.

Die Vorlage wegen Bewilligung der Kosten zu der Ausbaggerung des Reindendorfer Sees wird nach dem Magistratsantrage genehmigt.

Von der Fraktion der Linken (Stadtver. Alt und Gen.) liegt folgender Antrag vor: „In Verfolg der Beschlüsse von 1890 und 1895 ersucht die Versammlung den Magistrat nunmehr um eine baldgefällige Vorlage, betr. die Fortführung der Kaiser Wilhelmstraße.“

Stadtver. Alt erinnert daran, daß schon 1891 der Magistrat dem Beschlusse der Fortführung durch die Koblenstraße bis zur Lothringerstraße beigetreten sei. Seitdem warte man vergeblich auf eine Vorlage, obwohl zahlreiche Millionensummen inzwischen realisiert seien. In der Deputation sei ein bestimmtes Projekt, allerdings nicht das Köhliche, zur Annahme gelangt, aber von einer Beschlußfassung des Magistrats verlaute bis heute nichts.

Stadtver. Krause: Der Beschluß der Deputation ist erst drei Monate alt. Die ihr vorliegenden Pläne waren veraltet, es mußten Neuvermessungen stattfinden, welche nunmehr abgeschlossen sind, und der Magistrat wird in dieser wichtigen Sache demnächst Beschluß fassen.

Stadtver. Cassel hält es für nachgerade an der Zeit, daß jetzt schleunige Arbeit gemacht werde, nachdem acht Jahre seit der letzten zustimmenden Erklärung des Magistrats verfloßen seien.

Stadtver. Krause: Der Wunsch sowohl des Magistrats wie der Versammlung ist doch wohl dahingegangen, einen Unternehmer zu finden, der das Ganze in seine Hand nehme und sich mit einem Zuschuß der Stadt an die Durchführung mache.

Der Antrag Alt wird angenommen.

Der Verzicht auf Einlegung des Rechtsmittels der Revision in dem Prozesse der Hilfsarbeiters Wittwe Scherich und die Bewilligung einer Pension für dieselbe wird ausgesprochen, desgl. die Zustimmung zur Beilegung des Prozesses mit dem Hilfsarbeiter Kasuly.

Der alte Wunsch der Versammlung, die Gründung eines städtischen Gesundheitsamts in die Wege zu leiten und zu diesem Zwecke einen erfahrenen Bakteriologen und einen bewährten Chemiker anzustellen, auch die Errichtung eines entsprechenden Laboratoriums in Aussicht zu nehmen, wird nicht sobald in Erfüllung gehen. Die beteiligten Minister haben dem Magistrat eröffnet, daß die Errichtung eines staatlichen Laboratoriums zur Untersuchung von Nahrungsmitteln in Berlin beabsichtigt ist; außerdem ist eine Erklärung des Magistrats verlangt worden, ob die Stadt die in ihren Verwaltungszweigen vorkommenden Untersuchungen diesem geplanten staatlichen Untersuchungsamt zu überweisen sich verpflichten will. Der Magistrat hat ablehnend geantwortet.

Stadtver. Rosenow: Wenn das Laboratorium für Berlin eine Notwendigkeit ist, kann es für uns gar nicht darauf ankommen, ob wir dafür die staatliche Anerkennung erhalten oder nicht. Die Regierung und die Herren Minister sind ja wie immer so auch an diesem Punkte die Selbstverwaltung nach Möglichkeit zu hemmen bemüht. In der Angelegenheit muß jedenfalls Ausschussberatung stattfinden.

Stadtver. Cassel würde eine Erörterung in gemischter Deputation vorgehen. Er weist auf die bekannte Thatsache hin, daß bereits eine ähnliche Anstalt in Berlin besteht, die freilich von der Brandenburger Landwirtschaftskammer gegründet ist, aber als öffentliche anerkannt ist und die Strafgelehrten aus Konventionen gegen das Nahrungsmittel-Gesetz einziehen darf. Die juristische Berechtigung dieser Privilegierung sei noch keineswegs völlig hergestellt und erfordere eingehende Nachprüfung.

Stadtver. Prof. Birchow weist daraufhin, daß die Unterordnung der Stadt unter das staatliche Untersuchungsamt zu den größten Gefahren führen und die Stadt jeder Unabhängigkeit auf diesem Gebiete berauben würde. Auch die Landwirtschaftskammer dürfe man nicht in das Berliner Reichbild hineinwohnen lassen. Wenn nicht schließlich die Stadt noch die gesamte Gesundheitspolizei los werden wolle, müsse die Versammlung der Sache ihre volle Aufmerksamkeit zuwenden.

Stadtrat Strahmann: Nicht der Strafgelehrter, sondern des Prestiges wegen hat der Magistrat die Anerkennung der Anstalt als öffentliche für erforderlich gehalten. Wenn der Staat ein solches Institut einrichtet, soll übrigens das schon bestehende Institut eingehen. Der Beschluß des Magistrats, vorläufig von dem Plane abzustehen, erscheint alles in allem doch als der zweckmäßigste.

Vorsteher Langerhans: Thun wir nach dem Wunsche des Magistrats den ersten Schritt, so wird es uns desto schwerer werden, auf diesem Gebiete später etwas zu erreichen, denn auch in der Medicinalverwaltung geht das Weitreben dahin, uns möglichst abzugeben, wie die Vorlage wegen der Gesundheitskommission neuerdings beweist. Ob anerkannt oder nicht, wird die städtische Anstalt für uns von hervorragendem Werte sein. Thun wir es nicht, haben wir es überhaupt aus der Hand gegeben. (Lebhafte Beifall.)

Die Angelegenheit wird einem Ausschusse von 15 Mitgliedern übergeben.

Schluß 7 1/2 Uhr.

Des bevorstehenden Pfingstfestes wegen werden am nächsten Sonnabend die städtischen Kassen bereits um 1 Uhr mittags geschlossen, mit Ausnahme des Centralbüros, das zur Entgegennahme von wichtigen Sachen bis 4 Uhr nachmittags geöffnet bleibt.

In Sachen des März-Friedhofspfortals wird der Magistrat demnächst dem Bezirksauschuss anlässlich von dem Beschlusse Kenntnis geben, demzufolge die Gemeindebehörden es ablehnen, auf Vergleichsvorschläge sich einzulassen; denn daß der Magistrat (auf Grund des § 36 der Städte-Ordnung) wegen der Ablehnung der von ihm vorgeschlagenen Beratung in gemischter Deputation nun gegen die Stadtverordneten vorgehen werde, erscheint, wie die „Volls-Zeitung“ meint, als gänzlich ausgeschlossen. Danach wird dem Vorsitzenden des Bezirksauschusses nichts weiter übrig bleiben, als zur weiteren mündlichen Verhandlung einen neuen Termin anzuberaumen.

Lokales.

Kindererziehung. In der am Mittwoch unter Vorsitz des Stadtschulrats Dr. Vertram stattgehabten Sitzung der städtischen Schuldeputation erstatteten deren Kommissare, Stadtschulrat Dr. Vertram, Stadtschul-Inspektor Dr. Jonas und Magistrats-Assessor Ledermann Bericht über die inzwischen stattgehabten kommissarischen Beratungen mit dem königlichen Polizeipräsidenten über die Frage der gewerblichen Kinderarbeit. Danach sind die Vertreter der Polizeibehörden und der städtischen Schuldeputation vorläufig dahin übereingekommen, den Erlaß einer Polizeiverordnung vorzuschlagen, welche für Kinder unter 9 Jahren die Vornahme gewerblicher Arbeiten, insbesondere das Austragen von Frischmüll und Zeitungen, das Regelaufhängen und das Aufwarten in Wirtschaften überhaupt verbietet, für die über 9 Jahre alten schulpflichtigen Kinder aber die Vornahme gewerblicher Arbeiten in den Nachtstunden zwischen 8 Uhr abends und 6 Uhr früh unter Strafe stellt. Die Vornahme solcher gewerblicher Arbeiten, die in hausindustriellen Betrieben der Eltern und Erzieher geleitet werden, soll nicht verboten werden. Daneben soll eine bereits bestehende Polizeiverordnung vom Jahre 1879, welche Kindern unter 14 Jahren den Straßenhandel untersagt, in Kraft bleiben. Allgemein wurde anerkannt, daß ein besonderer Vorwand vorliege, der, so lange ein die Materie regelndes Reichsgesetz nicht vorhanden sei, nur auf dem Wege der Polizeiverordnung abgestellt werden könne, daß aber andernfalls mit Rücksicht auf die besonderen Verhältnisse Berlins ein allzuschärfes Vorgehen, insbesondere ein völliges Verbot der Kinderarbeit sich nicht würde rechtfertigen lassen. — Daß die Materie durch eine Polizeiverordnung rechtsgültig geregelt werden könne, hat das Kammergericht in wiederholten Fällen, welche auswärts erlassene Polizeiverordnungen betrafen, anerkannt. Die Vorberatung der von dem Kommissaren gemachten Vorschläge wurde zunächst in eine Kommission verwiesen.

Jur. Bewältigung des Pfingstverkehrs werden am Sonntag und Montag bereits von 4 1/2 Uhr morgens an Wagen der Großen Berliner Straßenbahn fahren.

Die von der Vereinigung Berliner Sanitätswachen, dem Kuratorium der Berliner Unfallstationen und dem Vorstande der Berliner Rettungs-Gesellschaft gewählten Delegierten für den Central-Ausschuss für das Berliner Rettungswesen, versammelten sich auf Einladung des Vorsitzenden der Invaliditäts- und Alters-Versicherungsanstalt Berlin, Dr. Freund, am Mittwoch, den 17. d. M., abends, zur Wahl von drei Mitgliedern des Central-Ausschusses, von denen je ein Mitglied dem Berliner Magistratskollegium, der Berliner Stadtverordneten-Versammlung und dem Polizeipräsidenten angehören sollen. Es wurden einstimmig gewählt die Herren Stadtrat Sanitätswach Dr. Strahmann, Stadtver. Direktor Dr. Gerstenberg und Regierungsrat Hoffmann.

Die „Arenz-Zeitung“ brachte gestern eine alarmierende Nachricht. „Man“ sei hier plötzlich dahinter gekommen, daß in die Wählerlisten zu den Stadtverordnetenwahlen viele Tausende Schlafburgen zu Unrecht eingetragen seien. Die Mitteilung entbehrt jeder Begründung. Leider besteht die Entscheidung des Oberverwaltungsgerichts vom 3. Oktober 1886, die die Schlafburgen (nicht die Chantregarnisten) vom Wahlrecht ausschließt, zu Recht; aber auf Grund dieser Entscheidung hat die Behörde sich auch bei allen in Betracht kommenden Wahlen vorsichtig gehalten. Schlafburgen in die Listen aufzunehmen. Die vieler Tausende unrechtmäßiger Wähler bestehen nur in der Phantasie der „Arenz-Zeitung“.

Die als Sommerkleidung neu eingeführte Litewka der Post-Unterbeamten ist jetzt in Gebrauch genommen worden.

Der Oberpostrat und Professor an der hiesigen Universität, Otto Dambach ist hier gestern, 67 Jahre alt, gestorben. Er zählte zu den hervorragendsten Mitarbeitern Stephans und hat in den sechziger und siebziger Jahren wesentlich die Redaktion der Reichspost-Gesetze besorgt. Der Vater des Verstorbenen war jener berühmte „Demagogenhater“ Dambach, der u. a. durch die Verurteilungen an Fritz Reuter die preussische Justiz der dreißiger Jahre mit ewiger Schande bedeckt hat.

Die Postverwaltung beabsichtigt, wie schon gemeldet, in nächster Zeit mit der Einführung von Fernsprech-Automaten in Berlin vorzugehen. Die Aufstellung der Automaten soll in erster Linie in den Schalterkäben der Postanstalten sowie auf Bahnhöfen, in Gastwirtschaften, cigarrenläden etc. erfolgen. Die Gebühr beträgt für ein Gespräch von 3 Minuten Dauer im Stadtverkehr 10 Pf., im Vor- und Nachortsverkehr 20 Pf. Eine kurze Gebrauchs-Anweisung, auf welcher auch die Worte Berlins angegeben sind, ist unterhalb der Schallöffnung des Automaten angebracht. Danach geschieht der Anruf durch Abheben des Hörers. Die Zahlung hat erst dann zu erfolgen, wenn das Vermittlungsamt ausdrücklich dazu auffordert. Nach Schluß des Gesprächs ist der Hörer wieder anzuhängen. Die richtige Vereinnahmung eines Geldstückes kann von dem Vermittlungsamt jederzeit durch eine einfache Vorrichtung kontrolliert wird.

Ein schweres Baumglück hat sich Donnerstagnachmittag 5 1/2 Uhr auf dem Bau Ritterstr. 71 ereignet. Der Steinträger Buder aus der Staligerstr. 28 stürzte von der Leiter herab und fiel, da der Bau nicht genügend abgedeckt war, über zwei Etagen tief auf einen eisernen Träger. Der Baumglückliche erlitt außer anderen gefährlichen Verletzungen einen Schädelbruch so schwerer Art, daß wenig Hoffnung an seinem Aufkommen ist. Der Bau wird von dem Maurermeister Rathgäus geleitet. Bemerkenswert ist, daß die dort beschäftigten Maurer gestern Morgen dem Meister mit Einstellung der Arbeit drohten, falls er die schweren Risiken auf dem Bau nicht beiseitigen werde. Erst als der Polier das bindende Versprechen gegeben hatte, für Besserung zu sorgen, gingen die Maurer wieder an zu arbeiten. Trotzdem geschah im Laufe des Tages nichts zur Abstellung der Gefahren; am Abend hatte die Bauleitung die Genehmigung, ihrer Leisfertigkeit ein Menschenleben geopfert zu sehen. Ob nunmehr eingegriffen wird oder ob auch dieser Fall als Beispiel von Terrorismus der Arbeiter zur Begründung der Zuchthausvorlage Verwendung findet?

Die Duelldurchprügelungen scheinen von jenen Zeiten, auf die der preussische Staat zu seinem Unglück sich zum wesentlichsten zu stützen hat, neuerdings wieder in flotterem Tempo kultiviert zu werden, nachdem es infolge der Aufregungen des Ruge-Scandals eine Zeit lang etwas ruhiger zugegangen ist. Es wird berichtet: Ein Pistolenduell zwischen einem Trainoffizier und einem Zivilisten hat am Mittwoch früh 6 Uhr im Walde hinter Jagdschloß Stern, auf der linken Seite der Gütergüter Chaussee, stattgefunden, wobei der Offizier beim ersten Gange einen Schuß in den Arm, beim zweiten Gange einen ihm kampfunfähig machenden Schuß in die Brust erhielt. Der Schwerverwundete wurde nach Berlin geschafft und weiter: Ein Zweikampf auf Pistolen hat Mittwochmorgen im Grunewald in der Nähe vom Schlachtensee statt-

gefunden und einen blutigen Ausgang genommen. Gegner waren zwei Civilpersonen. Die Veranlassung gab die Beleidigung einer jungen Dame in Verbindung mit einem nicht gehaltenen Eheversprechen. Der Beleidiger wurde von dem Bruder der Beleidigten unter schweren Bedingungen gefordert und erhielt einen Schuß in die Brust, der ihm wohl das Leben kosten wird. Die Angel drang etwas seitwärts ein und trat am Rückgrat aus dem Körper wieder heraus.

Jugend welches Mitleid mit den Opfern dieser Roheiten wäre natürlich selbst angebracht. Man erwünscht ihrer, um den Kulturzustand der führenden Kreise zu leuzzeichnen.

Im Verfolgungswahn versuchte der 32 Jahre alte Kaufmann Eugen Bastian, der seit dem 1. Oktober v. J. bei einer Witwe A. in der Köpnickstr. 124 wohnte, sich Mittwoch Nachmittag den Hals durchzuschneiden. Ein Schußmann brachte den Schwerverwundeten mit einer Droschke in ein Krankenhaus.

Erschossen hat sich gestern Nachmittag der 28 Jahre alte Zeichner Franz Rumpel aus Traben bei Zell an der Mosel, der seit dem 9. d. M. in der Jägerstr. 62a ein möbliertes Zimmer bewohnte. Ueber die Ursache des Selbstmordes weiß man nichts.

„Ja, beim Souper erlebt man tolle Sachen!“ Dies mußte auch ein Berliner Sportsman William S. erfahren, der seit einiger Zeit mit einer Charionnette, Käthe V., ein Verhältnis angeknüpft hatte. S. lud seine Angebetete zum Souper in einem Restaurant in der Friedrichstraße ein. Während des Essens kam es aus einer geringfügigen Ursache zwischen dem Paare zu einem Streit, in dessen Verlauf die V. ihr Tischmesser ergriff und ihrem Verehrer mehrere, nicht unerhebliche Verletzungen beibrachte. Die tabiate Dame wird sich wahrscheinlich vor dem Strafrichter zu verantworten haben.

Der vor einiger Zeit aus dem Moabiter Zuchthaus ausgebrochene Mördergehilfe und Einbrecher Karl Klauer ist gestern von der Polizeibehörde zu Bismarck i. M. dingfest gemacht worden. Der gefährliche Vurche wird demnächst wieder der Anstalt zugeführt werden.

In einem Hotel der Friedrichstadt erschossen hat sich gestern, Donnerstag Morgen, eine Frau in den zwanziger Jahren, die am Abend vorher eingelehrt war und sich unter dem Namen Querstiel in das Fremdenbuch eingetragen hatte. Querstiel ist der Mädchenname der Dame, die vermutlich die Frau eines hiesigen Kellermeisters ist. Zwei Briefe beschlagnahmte die Polizei.

Vortragabend des Herrn Max Laurence. Vor einigen Jahren brachten die „Grenzboten“ als ganz besondere Kuriosität für ihr Publikum einmal eine Probensammlung sozialdemokratischer Gedichte. Gestern trat Herr Max Laurence, das bekannte Mitglied des Schiller-Theaters, im Bürgeraal des Rathhauses einem durchaus honorigen Publikum moderne Arbeiterlieder vor. Das ist ein Fortschritt, der offenbar dadurch noch an Geltung gewinnt, daß die Arbeiterlieder mit einer merkwürdigen Sammlung Soldatenlieder und mit anderen Produkten moderner Dichtung auf dem Fuße der Gleichberechtigung einhermarschieren. Modern und zwar im besten Sinne modern war nämlich, wenn wir etwa vom alten Fontane absehen wollen, die ganze Serie der von Herrn Laurence mit Geschmack und Verständnis ausgewählten Autoren. Ellencron, Arno Holz, Karl Henckell, Ludwig Jacobowski, Richard Dehmel, Bruno Wille, Ada Negri, Hartleben, Otto Julius Bierbaum und einige andere noch bildeten bunte Reihe und forderten das Publikum nicht allein zu einem Urtheil über die moderne Dichtung heraus, sondern gestatteten auch einen Einblick in die Stellung und Stimmung, die die Arbeiterkluft zum Ganzen einnimmt.

Im Ausdruck eines fatten Sehens über einstigen und gegenwärtigen Glanz gaben sich meist die Soldatenlieder, die nur selten etwas so wie Kuratriotismus durchschimmern ließen, sondern sich in der harmlosen Freude über die Janitscharenmusik und den freien Sonntagsmittag auslebten, zur Abwechslung den Kasernenarrest (Karl Hendell) ungewöhnlich tragisch nahmen und den schrecklichen, einsamen Tod des Verdammten (Ellencron) ergreifend schilderten. Diesen gleichsam rückwärts gelehrten Dichtungen gegenüber stand die eigentlich moderne Lyrik, in ihrer münden, sportelnden Fledern (Hartlebens Romancier, Frühling von Arno Holz, Hochzeitsreise von Bierbaum) sowohl wie in ihrer schimmernden, einem fernem Sonnenlande zustrebenden Romantik (Paul Kerner, Johanns Kind). Und inmitten die Arbeiterlieder. Alle auf Voll gestimmt, elegisch und verhalten drohend. Es wurde vorgetragen „Der Arbeitermann“ von Dehmel, Bruno Wille, „Trauer“, „Die Räherin“ von Wille, „Gefang der modernen Barbaren“ und „Drotlos“ von Hendell, sowie ein hübsches Gedicht von Ada Negri „Erde“. Das ist wenig von der heutigen Arbeiterkluft, aber immerhin kennzeichnend für sie. Auch was wir sonst noch zu den übrigen zählen, ist auf die Kampflust und den Ernst der proletarischen Befreiungssache gestimmt und läßt mit einem gewissen Schmerz nicht allein den sonnigen Humor und die jauchzende Freude am Leben, sondern selbst den Sarkasmus und den Spott über die Feinde vermissen und dennoch solcher Mangel in unserer durchaus auf harten Kampf gerichteten Bewegung vollaus erklärlich erscheinen.

Herr Laurence, dessen modulationenreiches Organ zu bewundern ist, trug die Arbeiterlieder vielleicht etwas zu pathetisch vor. Nennenswerter steht der proletarischen Bewegung nicht besonders zu Gesicht und ist ihren Dichtungen, wenn man sie mit der bürgerlichen Revolutionsdichtung der vierziger Jahre vergleicht, auch nur in schwachem Maße eigen. Einen reinen Genuß bot der Vortrag der humoristischen Werke. Hier lebte sich die Kunst unseres Recitators völlig aus.

Herr Laurence will, wie er anzeigt, nach Ablauf seiner Verpflichtungen gegen das Schiller-Theater ausschließlich der Vortragskunst leben. Er kam da als Interpret und Kapode der modernen Dichtung wirken. Man wird ihm von Herzen Glück wünschen können, wenn er sich später die gleiche Sorgfalt wie in seinem Debut zu eigen macht.

In große Aufregung, so berichtet eine Lokalkorrespondenz, gerieten Mittwoch Abend die Passagiere des Straßenbahnwagens Nr. 3 der Linie Behrenstraße—Wiener Straße. Als der Wagen die Maurerstraße passierte, blieb derselbe in der Nähe der Leipzigerstraße plötzlich stehen. Gleichzeitig machte sich im Wageninnern ein intensiver Schwefelgeruch bemerkbar. Aus den Accumulatoren schlugen bald darauf helle Flammen empor. Unter den Passagieren entstand eine Panik; sie drängten den Ausgang zu, wobei zwei Damen, die gleichzeitig die Thüre passieren wollten, den Durchgang verstopften. Eine Dame verfiel in Weinkrämpfe. Glücklicherweise bewahrten Schaffner und Wagenführer ihre Selbstbeherrschung und dem ist es zu verdanken, daß die Passagiere mit dem Schreck davonkamen. Allem Anschein nach waren infolge Kurzschlusses die Säuren im Motor entzündet worden. Der Wagen selbst blieb unbeschädigt und wurde vom nachfolgenden Wagen von der Straße geschoben.

Einen schweren Zusammenstoß auf der elektrischen Straßenbahn gab es in der Nacht zu gestern im Dergarten in der Nähe vom großen Stern. Als gegen 12 1/4 Uhr ein Wagen der Linie Charlottenburg-Kupfergraben hier über den Platz fuhr, kam ihm eine Zangenschere in die Quere, deren Führer augenscheinlich die Gewalt über sein Pferd verloren hatte. Der elektrische Wagen fuhr das Fuhrwerk an der Hinterachse und zertrümmerte es. Das Pferd kam unverletzt davon, der Kutscher dagegen wurde 6-7 Meter weit weggeschleudert und auf einen Rasen geworfen. Eine Schuttmannspatrouille, die gleich nach dem Unfälle dazu kam, fand den Verunglückten erst nach einigen Augen und ließ ihn nach Berlin in ein Krankenhaus bringen. Der Kutscher hat schwere Kopf- und innere Verletzungen erlitten.

Zwei große Dachstuhlbrände nahmen Donnerstagnachmittag fast sämtliche im Norden und Nordosten Berlins belegenen Lößliche Fundamente in Anspruch. Gegen 1/2 Uhr stand Prenzlauer Klee 210 der Dachstuhl des Quergebäudes in hellen Flammen und es bedurfte großer Anstrengungen, um die Nachbargebäude zu schützen und das Feuer auf seinen Vord zu beschränken. Noch war

man hier mit den Ablösungs- und Aufräumungsarbeiten beschäftigt, als von Brunnenstraße 84 Feuermeldung einlief. Sofort wurden mehrere Löschzüge nach dort abbeordert. Zuerst erschien auf dem Brandplatze die mechanische Leiter aus der Oberbergerstraße, die bei ihrer Heimkehr von der Prenzlauer Allee in ihrem Depot die Feuermeldung erhielt und sofort Arbeit machte. Da infolge der durch Branddirektor Giersberg neuerdings getroffenen Anordnung auch jede mechanische Leiter mit Schläuchen versehen ist, konnte hier sofort eingegriffen werden. Und es war auch hohe Zeit, denn das in Brand geratene Holz-Cementdach des Vorderhauses ließ die Flammen nicht durch, wodurch der Rauch nach unten gedrückt wurde und eine totale Verqualmung der Treppen zu befürchten stand. Nach Aufstellung der mechanischen Leiter galt es daher erst, durch Einschlagen des Daches den Flammen Luft zu verschaffen. Mittlerweile waren auf die Meldung „Mittelfeuer“ eine Reihe von Löschzügen herbeigeeilt und nun konnte das Feuer durch Dampfsprizen und Hydranten von mehreren Seiten angegriffen und zum Sichen gebracht werden, doch ist der gesamte Dachstuhl des fünfstöckigen Hauses mit dem zum Teil reichlich gefüllten Bodenlammern eingestürzt, so daß mehrere Mieter empfindliche Verluste erlitten. Zwei Feuerwehrleute wurden durch Stachflammen leicht verletzt. Branddirektor Giersberg war selbst einige Zeit auf der Brandstelle anwesend.

Feuerbericht. Während der letzten 24 Stunden war die Feuerwehr vielfach beschäftigt. Außer den an anderer Stelle erwähnten großen Dachstuhlbränden hatte sie in sechs verschiedenen Brandfällen einzugreifen. In der Nacht zum Donnerstag war Gipsstr. 6 ein Zimmerbrand abzulösen, der das Leben eines kleinen Kindes gefährdete. Es hatte nicht nur stark vom Rauche gelitten, sondern auch Brandwunden davongetragen. Kurz darauf stand Brunnenstr. 162 der Steinbohlenkeller der mit Dampftrieb arbeitenden Röllschleifen-Werkfabrik in Flammen. Der vollständig verqualmte Brandherd konnte nur mittels Rauchhelmen erreicht werden, worauf nach einständigem Wassergeben die Gefahr beseitigt wurde. Küchenbrände waren Rathenowstraße 27, Mantuffelstraße 68 und Kleine Markstraße 24 abzulösen. Ein Mann nach Jerusalemstraße 52 war auf verjagten Rauch zurückzuführen.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Eine Anfrage mehrerer Stadtverordneten, warum die Schöneberger Volksschullehrer ihre Alterszulagen nicht ausgezahlt erhalten haben, wurde von dem zuständigen Schuldecernenten, Bürgermeister Dr. Gerhardt, dahin beantwortet, daß den Magistrat keine Schuld treffe, da die Alterszulagen aus unbekanntem Grunde die Beträge nicht überwiesen habe. Auf eine diesbezügliche Anfrage des Magistrats habe die Aufsichtsbehörde geantwortet, die Sache würde in allernächster Zeit erledigt werden.

Mit der Prügelaffaire der Schwester Karola im Potsdamer St. Josephs-Waisenhaus in Beziehung gebracht wird der Selbstmord des Lehrers Hoffmann von der katholischen Anabensschule in Potsdam, welcher sich am Sonntag im Walde bei den Schießständen der Garde-Jäger erhängte. Hoffmann war ein sehr lebensfroher Mensch und auch in nichtkatholischen Kreisen Potsdams, namentlich in Sängerkreisen, sehr beliebt. Erst in letzter Zeit wurden bei ihm Spuren von Schwermut entdeckt, und nun, nach seinem räthselhaften Selbstmord, den er angeblich aus nervöser Ueberreizung begangen haben soll, wird, einer Lokalkorrespondenz zufolge, bekannt, daß er den mißhandelten Knaben Steiner gleich nach der Prügelaffaire in seiner Klasse unterrichtet haben und über das körperliche Befinden des Knaben von seiten des katholischen Schulaufsichtes-Beamten, wie es heißt, von einem Kaplan, vernommen worden sein soll. Es existieren in Potsdam über diese Vernehmung verschiedene unkontrollierbare Gerüchte, denen zufolge Hoffmann eine gerichtliche Vernehmung fürchtete, die seine Aussage in anderem Lichte als der seinen Vorgesetzten hätte erscheinen lassen können.

Aus Friedrichshagen schreibt man uns: In der Versammlung, welche die hiesigen Gewerbetreibenden kürzlich abhielten, war von dem angekündigten Kampfe gegen die volkschädigende Wirkung des Großkapitals wenig zu vernehmen. Der Redacteur Wannes und der Hofbädermeister Gade forderten in ihren Referaten über das Thema: „Die ist der Untergang des mittleren Gewerbestandes zu verhüten?“ die Erschieneren auf, gegen alle dem Mittelstand bedrohlichen Auswüchse energisch Front zu machen und im Wege der Gesetzgebung Abhilfe zu verlangen. Ganz besonders seien die Konsumvereine zu bekämpfen, die Laufende von strebsamen Existenzen zu Grunde richten. Nur durch Eintritt in den Centralverband selbständiger Gewerbetreibender könne eine befriedigende Lösung der Frage herbeigeführt werden. Mit Gottes Hilfe aber werde der berechtigte Kampf nicht aussichtslos sein, denn wer auf Gott vertraut, hat nicht auf Sand gebaut. So die Hauptreferate. Eine Resolution, dem Centralverein beizutreten, um die dem gewerblichen Mittelstand bedrohlichen Gefahren wirksam abzuwehren, wurde angenommen. — Auch diese biederen Leute, die da wädhnen, sie könnten durch Varenumsatzsteuer, Zunungszwang, Befähigungsnachweis den Siegeszug des Kapitalismus aufhalten, werden den Mittelstand nicht vor dem Untergange retten. Die großkapitalistische Entwicklung kennt keine Rücksicht; der Schwächere wird vom Stärkeren vernichtet, so lange der Besty auch die Macht in Händen hat.

Eine verhängnisvolle Eisenbahnkatastrophe hätte städtischer Uebermut, wie erst jetzt bekannt wird, am verfloffenen Sonntag, wo halb Berlin „draußen“ war, auf dem Bahnhofe Riedersdörferstraße herbeigeführt, wenn es nicht rechtzeitig gelungen wäre, die Gefahr abzuwenden. Auf dem Bahnhofe drängte sich eine wogende Menschenmenge. Ein nach Berlin gehender Vorortzug war bereits eingelaufen und wurde nun von den harrenden Berliner Ausflügeln gestört. Noch drängte und wogte alles durcheinander, da ließ plötzlich ein besonders übermütiger Ausflügler den Kommandoruf: „Abfahren“ erschallen. In der Meinung, der in der Nähe befindliche Stationsvorsteher habe den Befehl erteilt, setzte der Lokomotivführer den Zug langsam in Bewegung. Ein Schrei des Entsetzens erscholl, und nur mit genauer Not gelang es dem Stationsvorsteher, den Zug wieder zum Halten zu bringen. Der unberufenen Schreier wurde sofort festgenommen und, trotzdem derselbe heftigen Widerstand leistete, durch den Gendarm Daberlow aus Brüg, welcher auf dem Bahnhofe den Sicherheitsdienst versah, in das Stationsbureau gebracht. Hier wurde derselbe als der 27jährige Tischler Merc aus Berlin, Oranienstraße 4 wohnhaft, festgenommen.

Die Rettungsgesellschaft der Wassersportvereine wird an den beiden Pfingstfesttagen, falls das Wetter es erheischen sollte, auf der Müggel- und zwar an der Nordmole des Rahnisdorfer Gemüdes, eine einstufige Rettungstation einrichten.

Eine neue militärische Versuchsanstalt für Sprengstoffe oder Sprenggeschosse wird in großem Maßstabe unweit des Artillerie-Schießplatzes in der Jungfernhalde errichtet. Das Institut liegt auf der Nordseite des Spandauer Schiffahrtskanals an der Charlottenburger Brücke, über die der Weg am Forsthaute Königsdamm vorbei nach Charlottenburg führt, und wird im ganzen sieben sechsstöckige Gebäude umfassen, von denen drei im Rohbau bereits vollendet sind.

Eine in Brin verübte Missethat erregt berechtigtes Aufsehen. Einmal an der Urich-Endower Chaussee gelegen ist die Dornbuschische Windmühle. Aus bisher noch nicht ermittelter Veranlassung hat der dortselbst in Arbeit stehende Müllegerle Danies sowohl den Mühlenbesitzer Dornbusch als auch dessen Frau mit einem Knüttel niederschlagen und den Mann leichter, die Frau schwerer verletzt. Der Thäter ist verhaftet und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Eine in Brin verübte Missethat erregt berechtigtes Aufsehen. Einmal an der Urich-Endower Chaussee gelegen ist die Dornbuschische Windmühle. Aus bisher noch nicht ermittelter Veranlassung hat der dortselbst in Arbeit stehende Müllegerle Danies sowohl den Mühlenbesitzer Dornbusch als auch dessen Frau mit einem Knüttel niederschlagen und den Mann leichter, die Frau schwerer verletzt. Der Thäter ist verhaftet und in das Gerichtsgefängnis eingeliefert worden.

Ein entsetzliches Brandunglück hat sich Mittwoch Abend in Braunschweig ereignet. Dort entstand im Karstadtischen Warenhause ein Feuer, das mit furchtbarer Gewalt um sich griff. Fünf junge Mädchen sind in den Flammen umgekommen. Der Schneider Koffe, der aus der vierten Etage herabsprang und einen Beinbruch und einen Schädelbruch davontrug, ist nachts im Krankenbause gestorben. Die gleichfalls herabgesprungene Schneiderin Emma Müller liegt hoffnungslos darnieder. Mehrere Personen sind teils schwer, teils leicht verletzt.

Ein Nachspiel zum Prozeß Rosengart. Wie die „Königsberger Hartungische Zeitung“ erfährt, sind in Jögershof die als Zeuginen im Prozeß Rosengart vernommenen Frauen Busch und Jigahn auf Veranlassung der Staatsanwaltschaft wegen Verdachts des Meineides verhaftet worden.

Eine Liebestragödie. Aus Zwickau wird berichtet: Der aus Böhmern gebürtige Nagelschmied Josef Ardelet versuchte, als er im Grenzforste Ribenan am Mittwoch früh seiner in Begleitung ihrer Mutter und ihrer Schwester befindlichen Geliebten begegnete, die letzteren beiden zu töten, indem er auf sie je einen Schuß abfeuerte und dann entfloh. Im Walde brachte er sich zwei Schüsse bei, an denen er nach 2 Stunden verstarb. Auch die Schwester seiner Geliebten, die Holzarbeiters-Gehilfen Reuber, der die Angel in den Unterleib gedrungen war, ist noch am genannten Tage im Stadtkrankenhaus Marienberg, wohin man sie gebracht hatte, verstorben. Bei der Geliebten des Mörders konnte die in die Schulter gedrungene Angel ärztlicherseits entfernt werden, so daß eine Lebensgefahr hier nicht vorliegt. Der Grund zu dieser That ist darin zu erblicken, daß die Geliebte Ardelets auf Veranlassung ihrer Schwester das Verhältnis lösen wollte.

Beim Wildern erschossen. Aus Lühom in Hannover wird berichtet: Vor einigen Tagen wurde der Hofbesitzer von Hove aus Groß-Dreesse beim Wildern in der Gräfling v. Bernstorffschen Forst Garton in der Nähe von Rondeel durch den gräflichen Förster Bevestorf erschossen. Der Tod ist durch Verblutung infolge eines Weinschusses eingetreten. Der Thatsache wird heute durch eine Gerichtskommission an Ort und Stelle festgesetzt.

In einer Branerei der Avenue Parmentier zu Paris fand gestern eine Acetylen-Explosion statt, bei welcher drei Personen Verwundungen erlitten und eine leicht verletzt wurde. Die Vorderseite des Gebäudes ist stark beschädigt worden.

Italienische Zustände. Leo Bremer, Direktor der Sternwarte in Cassinopolo, und dessen Frau wurden jüngst, wie die „Grazzer Tagespost“ erfährt, in Capels Straßen an einem Abend dreimal rübergeschlagen. Bremer erlitt fünf Verletzungen, nur das Gesicht der Frau und Bremers energisches Dreinschlagen verwehrte sich sehr lässig.

Aus London wird der „Frankf. Ztg.“ vom 17. Mai berichtet: Der Carl Claxford wurde gestern Abend auf der Potters Vort Station der Great Northern-Eisenbahn vom Cambridge Expresszuge überfahren. Der Kopf wurde ihm vom Kumpfe getrennt und der Körper furchtbar zermalmt. Der Carl scheint ohnmächtig geworden und vom Perron vor den heraneilenden Zug gefallen zu sein.

Briefkasten der Redaktion.

Die juristische Sprechsaal wird Dienstag, Donnerstag und Freitag abends von 7 1/2 bis 8 1/2 Uhr abgehalten.

J. R. Ueber die Eröffnung der Bibliothek können wir noch nichts Näheres mitteilen.

M. R. 99. Das 24 Stunden-Rennen hat vom 7.—8. September 1898 auf der Rabenrainbahn Palermo stattgefunden.

C. F. 10. Baugesellschaften der von Jönen berührten Art sind: 1. Baugesellschaft „Freie Scholle“, Vorl. Baumeister Villenthal, Groß-Vichtersfelde, Marienstr. 5, hant in Marienfelde. 2. Berliner Baugenossenschaft, Bureau Steglitzerstr. 19, II, Berlin, hat bis jetzt gegen 300 Häuser in Adlershof, Groß-Vichtersfelde und Bernsdorf errichtet. Ferner waren noch zu nennen die Berliner gemeinnützige Baugesellschaft, Hoffmannstr. 23, und der Berliner Spar- und Bauverein, Siedingstr. 7, die beide in der Stadt bauen. Für Personen, die darauf rechnen können, daß sie unter stetigen Verhältnissen in Berlin bleiben, mag sich der Beitritt zu diesen Gesellschaften empfehlen. Ueber die Kosten der Mitgliedschaft, die sich auf 50—300 M. belaufen, erfahren Sie auf unserer Redaktion Genauer.

Marktpreise von Berlin am 17. Mai 1899

Table with 4 columns: Commodity, Unit, Price, and another unit. Includes items like Weizen, Roggen, Gerste, Hafer, etc.

*) Ermittelt pro Tonne von der Centralstelle der Preuss. Landwirtschaftskammer — Notierungsstelle — und umgerechnet vom Polizeipräsidium für den Doppel-Centner.

†) Kleinhandelpreise.

Produktenmarkt vom 18. Mai. Brotgetreide zog um 1/2 bis 1 M. an. Hafer gegen gestern wenig verändert. Weizen zeigte sich schwächer. Mühl- dagegen fester. Die Stimmung am Spiritusmarkt war zufolge höherer Vorkaufnahmen munter. Angeboten waren 120 000 Liter 70er Ware, die mit 40,30 (— 0,00 M.) Käufer fanden. Für Hamburger Redung wurde heute nichts gehandelt. 50er Spiritus kam nicht an den Markt. Termine gaben im Anschluß an Vorkauf sowie auf Realisation pro Mai um 40—50 Pf. nach.

Kartoffelmarkt. Berlin, 18. Mai. Neuchte Kartoffelstärke per 100 Kilogramm 10,30 M. Prima trockene Kartoffelstärke per 100 Kilogramm 20,60 M., do. Supra 21,25 M., do. Selunda 16—18 M. Prima Kartoffelmehl per 100 Kilogramm 20,60 M., do. Supra 21,25 M., do. Selunda 16—18,50 M.

Berlins Getreide- und Mehlzuzuhren zu Wasser vom 17. Mai mittags bis 18. Mai mittags betragen 300 Tonne Weizen, 285 Tonne Roggen, 145 Tonne Hafer, 31 Tonne Gerste, 270 Tonne Mais, 6310 D.-Utr. Weizenmehl.

Gierbericht vom 18. Mai. Normale Eier 2,45—2,70 M., Meine 2,15 bis 2,20 M. pro Schock. Tendenz behauptet.

Witterungsübersicht vom 18. Mai 1899, morgens 8 Uhr.

Table with 7 columns: Station, Barometer, Windrichtung, Windstärke, Wetter, Temp. u. G., and another column. Lists stations like Zwinmünde, Hamburg, Berlin, Wiesbaden, München, etc.

Weiter-Prognose für Freitag, den 19. Mai 1899. Vorwiegend heiter und sehr warm bei mäßigen südlichen Winden; Gewitter nicht ausgeschlossen, sonst trocken.

Todes-Anzeige.
Allen Freunden und Bekannten die traurige Nachricht, daß mein lieber Mann, unser guter Vater, Bruder und Schwiegerohn, der Schriftfeger **Paul Rosenthal** im 38. Lebensjahre, am 17. Mai, früh 8 Uhr, an der Lungenschwindsucht verstorben ist.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 19. d. M., früh 10 Uhr, an der Leichenhalle des Neuen Kirchhofes in Rixdorf (Rudowstraße) aus statt.
Um stille Teilnahme bitten
Die trauernden Hinterbliebenen.

Gewerkschaft der Buchdrucker zc.
Abermals durch den Tod uns einen lieben, braven Kollegen.
Paul Rosenthal
verstarb nach 18 wochenlangem Krankenlager, am 17. d. früh 8 Uhr, an der Leichenhalle.
Seine umfänglichen und effizienten, zu jedem Opfer bereit, durchdrungen und überzeugt von unserer gerechten Sache, ist mit ihm dahingegangen. Sein Andenken wird stets in Ehren gehalten werden. — Beerdigung siehe oben.
Um rege Beteiligung ersucht
Der Vertrauensmann.

Ortsverein Berliner Buchdrucker und verw. Berufsgenossen.
Gestern früh 7 1/2 Uhr erkrankte nach längerem Leiden unser aufrichtiger Freund und Mitkämpfer für Wahrheit und Recht, Kollege
Paul Rosenthal
im Alter von 38 Jahren.
Seine humanitäre Persönlichkeit, sein glühend freigeistlicher und geistlicher Sinn werden uns allen unvergänglich bleiben.
Weicht werde ihm die Erde!
Der Vorstand.

Todes-Anzeige.
Den heute vormittag 11 1/2 Uhr erfolgten Tod meines geliebten Mannes, des Schankwirts
Wilhelm Dierberg
zeige ich tiefbetrübt und um stille Beileid bittend an.
Lichtenberg, den 17. Mai 1899.
Louise Dierberg.
Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. M., nachm. 4 Uhr, vom Trauerhause, Lichtenberg, Prinzenallee 22, aus statt.
Am Dienstag, den 18. Mai, mittags 1 Uhr, verschied unsere geliebte Tochter und Schwester **Lieschen** nach schwerem Leiden. Die Beerdigung findet am Freitag, den 19. Mai, nachm. 5 Uhr, von der Leichenhalle der Simonshaus-Gemeinde in Mariendorf aus statt.
Die trauernden Hinterbliebenen.
E. Seidler und Frau
nebst Kindern.

Gerechten Dank
sage ich hierdurch allen Freunden und Bekannten, welche meinem lieben Mann, dem Gärtner
Karl König
die letzte Ehre erwiesen, im Besonderen dem Personal der Firma C. Kramm. Die trauernde Witwe
Louise König nebst Kindern.
Dankagung.
Allen denen, welche meinem lieben Mann, unserm guten Vater, dem Tischler **Hermann Viert**, die letzte Ehre erwiesen, insbesondere den Kollegen für die aufopfernden großen Liebesgaben während seiner Krankheit und die reichen Straßenspenden bei der Beerdigung des uns Unvergesslichen, unseren innigen Dank.
Marie Viert und Kinder.

Tapezierer!
Am 2. Pfingsttag: **Ausflug nach Waldburg** (über Tegel). Treffpunkt morgens 7 1/2 Uhr Stationer Bahnhof; auch Pferdebahnverbindung bis Tegel. Rückfahrter können von Tegel per Dampf fahren.
Die Ortsverwaltung.
„Barthelöhnen“ in Zepernitz.
Am 1. und 2. Feiertag:
Gr. Künstler-Konzert u. Tanz.
Entrée frei. Herrlicher Aufenthalt. Große Insel, Regelmäßig, Billards, Tanzsaal. Gute Küche. Al. Preis. Fortwärts liegt aus. Um zahlreichen Besuch bittet (1256*) **O. Joers.**
Alle Durstigen können sich laden in der **Steh-Bierhalle** von (1276) **W. Grube**, Mariannenstraße Nr. 32.

Fahrräder
Starkes großes Lager erstklassiger Fahrräder auf Teufelhahn, ohne Pedalverbindung zu den constanten Hahnen-Verbindungen. Katalog gratis.
Wenig gebrauchte Räder für Herren u. Damen zu billigen Preisen unter Garantie.
Adomeit & Landau
Lothringerstr. 48 I.
Dicht am Rosenthaler Thor.

IV. Wahlkreis (Südost).
Am ersten Pfingstfeiertag:
Grosses Früh-Konzert
arrangiert von den Parteigenossen des vierten Wahlkreises (Südost)
Joels Victoria-Garten, in **Ludwigs Parkrestaurant,**
Königlicher Landstraße 21/24. Königlicher Landstraße 25/26.
Anfang 5 Uhr. Eintrittspreis a Person 20 Pf.
Die Genossen werden ersucht, rechtzeitig Eintrittskarten aus den bekannten Verkaufsstellen zu entnehmen.
Das Komitee.

Verein der Berliner Buchdrucker und Schriftgiesser.
Montag, den 22. Mai (2. Pfingstfeiertag), im Ostend-Karl Weiss-Theater, Große Frankfurter Straße 182:
Früh-Konzert
Specialitäten- und Theater-Vorstellung.
Eröffnung 5 1/2 Uhr. Anfang 6 Uhr. Eintritt 25 Pf., an der Kasse 30 Pf.
Im Tunnel: **TANZ.** Herren, die daran teilnehmen, zahlen 25 Pf. extra.
Die **Kaffeeküche** steht den geehrten Damen zur Verfügung. 1 Liter Milch 70 Pf., 1/2 Liter 35 Pf. **Programme** sind auf der Verwaltung, Ritterstr. 88; bei dem Kassaboten Herrn Graumann, Rykostrasse 23; beim Kollegen **Franz Meyer**, Krautstrasse 43, Seitenf. 3 Tr. und im Sekretariat des „Vorwärts“ zu haben.
Die Vergütungs-Kommission.



Für Fabriken, Werkstätten, Kantinen zc.
Liefere ich: (18280*)
40/2 Hl. Export-Weißbier f. Nr. 3, — ohne Wasserzutat.
40 1/2 Flaschen helles Bawarisch Bier für 3 W., von welcher Brauerei gewünscht wird.
Abrechnung kann wöchentlich erfolgen.
Eis umsonst. Verschleißbarer Gläsern zu 60 bis 120 Hl. Leihweise. 20 verschiedene Sorten Bier. Lieferung jed. Tag frisch zur Frühstückszeit.
A. Seidler,
Berliner Export-Weißbier-Brauerei.
Schöneberg-Berlin W., Sedanstrasse No. 82.

Herren-Garderoben
Sommer-Paletots, Elegante Anzüge
in den neuesten Farben, in schwarz u. neuesten Modifarben.
Jünglings-Anzüge
in schwarz, blau, Sammgarn, Cheviot und neuesten Modifarben.
Berufskleidung für alle Gewerke
kauft man am reellsten u. billigsten zu festen Preisen bei

Julius Lindenbaum
Große Frankfurterstraße 139,
an der Fruchtstraße.
Specialität: (18330*)
Anfertigung nach Mass. Zuschneider im Hause.
Für streng reelle Bedienung bürgt der langjährig bekannte gute Ruf meines Geschäftes.
Abonnenten dieser Zeitung erhalten 5 pCt. Rabatt.

Beim Vergleich zwischen Butter und Margarine ist von ersten Chemikern und Spezialisten allerdings längst festgestellt, daß gute Margarine den gleichen Nährwert und Geschmack als gute Butter besitzt. Der einzige Unterschied zu Ungunsten der Margarine ist bisher gewesen, daß sie (auch dann, wenn sie einen erheblich höheren Fettgehalt wie Naturbutter besitzt) beim Erhitzen in der Pfanne etwas spritzt, und ferner in der Pfanne nicht so schäumt, nicht so bräunt und nicht so düstert wie feine Naturbutter. Es ist mir jetzt gelungen, diese Unterschiede in meiner neuen Sorte Margarine, Marke „**MOHRA**“ vollständig zu beseitigen und ist sie dadurch in jeder Hinsicht gleichwertig mit feinsten Naturbutter geworden. Meiner neuen Margarine, Marke „**MOHRA**“
spritzt nicht, wie andere Margarine, schäumt genau, wie feinste Naturbutter, bräunt genau, wie feinste Naturbutter, düstert genau, wie feinste Naturbutter, ist genau so auflöslich, wie feinste Naturbutter, ist genau so feinschmeckend, wie feinste Naturbutter.
Man versuche und vergleiche gefl. die Margarine „**MOHRA**“ mit Naturbutter und wird dann finden, daß die „**MOHRA**“ geeignet ist, feinste Butter vollständig zu ersetzen, sowohl, um sie auf Brot zu essen, wie zu allen feinsten Küchenzwecken, zum Braten von Fleisch, allen Fleischsorten und Fischen und zum Stochen aller feinsten Gemüse.
Man wolle beim Einkauf darauf achten, daß die Marke „**MOHRA**“ am Rüssel sichtbar ist.
Heberaff kauftlich!
A. L. Mohr, Altona-Bahrenfeld.

Von der Reise zurück.
Dr. med. Schaper homöop. Arzt, Spezialarzt für
Haut- u. Hornleiden
Frauen-Krankheiten.
Schönberger Ufer 25. Spr. 9-1. 4-7.
Homöopath. Poliklinik:
Montag, Mittwoch, Sonnabend, Ab. 7-8; Friedrichstraße 114, I.
Cigarren
Einzelfverkauf zu Fabrikpreisen!
Sind 2 1/2, 3, 3 1/2, 4 Pf. usw.
W. Schilling,
SO., Admiralsstraße 18b.

Niemand sollte verjähnen,
bei Bedarf **Brannenstr. 110** (neben dem Pferdebahnhof-Depot) von **Jgnatz Sello** zu beziehen: frisch, **Maitrank**, 1/2 Hl. inkl. 50 Pf.; **alten Nordhäuser** Pr. 50 Pf.; **hohes Stöndorfer** inkl. Orig. 1/2 Hl. 80 Pf.; **Halb und Halb**, feinst. Weizenbrot, je 1/2, Champagner-Flasche inkl. 90 Pf.; **Himbeer- u. Kirschsaff**, rein und die eingekocht, per Liter 1.10 Pf.; **süßes Ungarwein**, Orig. 1/2 Hl. 1/2 Liter von 90 Pf. an, sowie **Wine, Cognac, Ram und Liköre** im Einzelverkauf, auch eingetragene nur zu **Engrospreisen**. Billigste Bezugsquelle. Bitte genau auf **No. 110, Brannenstr. No. 110** zu achten.

Na, hören Sie mal,
so brauchen Sie doch wirklich die Waren nicht beschleubern. Das ist ja unerbötlich, wie Sie jetzt die Kleiderstoffe, die Handtücher, die Korsetts, die Schürzen und Bekleidungsstücke schlagen. Daß Sie die angebrachten Kleiderstoffe verbauen, ist ja ganz richtig, aber die andern Sachen, die Steppdecken, Teppiche, Vorleger, Gardinen, und vor allen Dingen die Herren- und Knaben-Garderoben, die Schuhwaren, Bettfedern, Hüfen, Toppfen, diese Sachen, die das Feuer nicht geizen haben, die sauber und frisch sind und dann die Sachen alle im Keller, da ist auch keine Spur von Fehler dran, und doch schleudern Sie so damit, das haben Sie doch wirklich nicht nötig. (18469)
Das wird ich Ihnen sagen: Wenn ich mir Zeit nehmen wollte, könnte ich wohl auch bessere Briefe erzielen, ich will aber räumen, je früher, desto besser. Ich kann die schwarzen Bretter u. Decken nicht mehr sehen, sein, sauber, elegant muß es wieder werden.

Sachen muß es!
Je eher, desto besser. Deshalb verkaufe ich so billig. Ru halten Sie sich mal ran.
Adieu!
Herrmann Schlessinger
Pücklerstraße 39.

Fahrräder!
Hochfeine, elegante, stabile, deutsche Maschinen, Garantie 12 Monate, umhängebare 130 Hl. (18260*)
Fabrik - Niederlage Oranienstr. 33 II.

Fertige Kleider
zu sehr billigen Preisen.
Fertiges Kleid a. reines wollenem englischen Stoff, 15 Wl., 18 Wl.
Fertiges Kleid, elegante Promenaden-Jaquet, engl. Stoff, 20 Wl., 25 Wl., 30 Wl.
Schwarze Kleider 20 Wl., 25 Wl. (18020*)
Gesellschafts-Kleider in den neuen Jaquets 20 Wl., 30 Wl.
Einzeln Röcke
in den neuesten Jaquets, schwarz und farbig, auf Futter 6 Wl., aus guten detaillierten Stoffen 7 Wl., 10 Wl., 12 Wl., 15 Wl., 20 Wl.
Jackenkleid
in Hoben und Oberst 12 Wl., 15 Wl., 18 Wl.
Jackenkleid
in Oberst und Covercoat 25 Wl., 30 Wl., 36 Wl.
Figarokleid
(Nad mit kurzem Jacken) 12 Wl., 15 Wl., 18 Wl.
Seiden-Kleider 50 Wl., 60 Wl.
Jacketts
nur die neuesten Jaquets, 8 Wl., 10 Wl., 12 Wl., elegant verziert 15 Wl.
Capes und Kragen,
besteht 5 Wl., 7 Wl., 9 Wl., 12 Wl., 15 Wl.
Sielmann & Rosenberg
Kommandantenstraße, Ecke Lindenstraße.

Deutscher Holzarbeiter-Verband.
Gene. Freitag, den 19. d. M., abends 8 1/2 Uhr, bei Cohn, Benthstr. 20-21: (82/15)
Sitzung der Orts-Verwaltung.
Dienstag, den 23. Mai 1899 (3. Pfingstfeiertag), vorm. 10 Uhr, im Lokal von Feind, Weinstr. 11:
Mitglieder-Versammlung
des
Deutschen Tabakarbeiter-Verbandes, Zahlstelle Berlin.
Tages-Ordnung:
1. Rechnungslegung vom 1. Quartal 1899. 2. Bericht des Delegierten vom Gewerkschaftskongress. 3. Besprechung über die Zulassung des Gewerkschafts an die hiesigen Mitglieder. 4. Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgebern. — Um zahlreiches Erscheinen der Mitglieder ersuchen. Die Bevollmächtigten. J. H. Fr. Sperber, 189/2

Für wenig Geld den schönsten Hut für Damen und Kinder
Carl Schloss
Wiener Strasse 22, 1780L*
direkt am Görlitzer Bahnhof.



Wer Geld
will sparen. Durch Einkauf von großen Posten auf Auktionen und von Konturmassen verkaufe ich von heute ab:
Hochlegante Herren- Sommer-Paletots von 9 Wl. 50 Pf. an.
Hochfeine Rock- und Jackett-Anzüge von 12 Wl. 50 Pf. an.
Herren-Hosen von 2 Wl. 75 Pf. an.
Kleiner-Hosen und Jacketts von 4 Wl. 50 Pf. an.
Feder- und Arbeitshosen von 1 Wl. 75 Pf. an.
Herren-Jacketts, Westen und Röcke in allen Größen, Knaben- und Burden-Anzüge, Schirme, Hüte, Tische, Wäsche, Stiefel, Koffer, Cypergläser, Kessel, Revolver, Leuchttage, Zuckertinten, Harmonikas, Geigen, Zithern, Regulatoren, Goldschmuck, Uhren, Ketten, Ringe, Gardinen, Partieren, Teppiche, Geldschränke, Kassetten usw. (17410*)
zu spottbilligen Preisen.
Gustav Lucke,
Gelegenheitskäufe,
Berlin, 181. Oranienstr. 131.

Uhren u. Goldwaren
neueste Muster, billigste Preise.
Goldene Damen-Uhren
v. 10, 20, 25 H. etc.
Silberne, Nickel, Stahl-Uhren
9, 12, 15 H. (18600*)
Regulator 9, 14, 20 H. etc.
G. Wagner
Skallitzerstr. 126, nahe Kottb. Thor.
Reparaturen gut u. schnell.

Vermietungen.
Schlafstellen.
Eine freundliche Schlafstelle für Herrn zu vermieten bei Herrn Doppelstr. 1, vorn IV. 131b
Fremdbl. Schlaf. f. 2 Pers. d. Rühn, Reichensbergerstr. 155, C. u. G. III. Schlafst. Friedrichsbergstr. 20, G. I. I.

Arbeitsmarkt.
Achtung, Holzarbeiter!
Bei Elsholz, Krautstr. 52, sehen die Kollegen im Streit. In der Elsholzfabrik von **Stehmann**, Reichensbergerstr. 142, sind sämtliche Tischler wegen Feierns des 1. Mai entlassen. Bezug ist fernzugelassen.

Achtung, Drechsler!
In der Bildhauerei von **H. Wolf**, Friedrichsbergstr. 14, haben sämtliche Drechsler wegen Differenzen die Arbeit niedergelegt. 79/14
Zugung fernhalten.

Möbelpolierer.
Bei Müller, Krautstr. 37, sind die Kollegen genehmigt. 146/3
Zugung fernhalten bittet **Der Vorstand des Verbandes.**

Stellenangebote.
Cigaretten-Arbeiter.
Stephen Mitchell & Son, Glasgow, Schottland, suchen geübte Cigaretten-Arbeiter. Unter Lohn und dauernde Beschäftigung. Auskünfte persönlich bei **J. Krautstr. 142**, Reichensbergerstr. 155, C. u. G. III. Berlin, Hotel Münchener Hof, Spandauerstr. 11-12. 85-8*

Korbmacher
auf Munitionskörbe finden dauernde Beschäftigung. 1094 b
E. Schlesinger, Driedenerstr. 80.
J. gel. kräft. Fächer, led. hier in Bureau und als Portier tätig geworden, f. auf beste Bezug u. Empf. irgendwelche Beschäftigung. Off. erb. **F. Müller**, Steinstr. 11, Hof II. 124b
Selbständige Schlosser (Ruh- schneider) verlangt **Schäuberger**, Hauptstraße 149. 1105
Tüchtige Meyer
für Strich und Auto lustig 1206
Graphische Kunstanstalt, Holmannstr. 16.
nur tüchtige, veru. **Schiffmaler, Schilderfabrik** **J. Klein**, Köpenickerstr. 98a. 1225
Schiffmaler verlangt **Riedemann**, Straße 15. 1218
Lehrling
für unsere Werkstatt suchen **Baruch & Co.**, Alte Jakobstr. 24.

Verfassungen.

Die Dachdecker hielten am Mittwoch eine stark besuchte Versammlung ab. Gernig berichtete namens der Lohnkommission über die endgültige Antwort auf die Forderungen. Die Dachdecker-Jungung hatte für den 16. Mai eine Generalversammlung einberufen, um mit der Lohnkommission gemeinsam zu verhandeln. Das Ergebnis der in äußerst sachlichen Formen gepflogenen Verhandlungen war, daß die Forderungen der Arbeiter: neunstündige Arbeitszeit, Beseitigung der Ueberstunden, 5 Pfennig Lohnerhöhung pro Stunde, als gerechtfertigt anerkannt wurden, mit der Bedingung, daß sämtliche Arbeiter vom 24. Mai ab unter den bewilligten Forderungen arbeiten. Es wird sich nunmehr darum handeln, daß die Dachdecker und Hilfsarbeiter diese Bedingungen auch bei den Richtigstellungsmitteln durchsetzen. Auf den mit lebhaftem Beifall entgegengenommenen Bericht folgte nunmehr eine mehr als zweistündige Besprechung, die vielfach in persönliche Streitigkeiten, sowie einzelne Angriffe gegen die vermeintliche Lässigkeit der Lohnkommission ausartete. Es wurde mehrfach geltend gemacht, daß man nicht nur einen einheitlichen Lohnsatz pro Stunde für sämtliche Arbeiter, sondern ähnlich wie die anderen Bauarbeiter, Zimmerer, Maurer, Puffer etc., einen Mindestlohn von 60 Pfg. pro Stunde hätte fordern sollen. Ein Hilfsarbeiter der Dachdecker hätte gewünscht, daß man auch für Aufbesserung der Lage der Hilfsarbeiter mehr bemüht gewesen wäre. Von Gernig und anderen Rednern wurden die Vorwürfe gegen die Lohnkommission widerlegt, da sie das denkbar möglichste unter den gegebenen Umständen erreicht habe. Daß die Lage der Hilfsarbeiter ebenfalls aufgebessert werde, sei selbstverständlich; diese müßten es aber gerechter Weise auch für ihre Pflicht erachten, mit thätig zu sein als Mitglieder der Organisation, was trotz jahrelanger Bemühungen bis jetzt leider nicht geschehen sei, indem die Hilfsarbeiter sich gänzlich der Organisation fernhielten. Die Versammlung erklärte sich schließlich durch einstimmige Annahme einer Resolution mit den durch die Lohnkommission erlangten Forderungen einverstanden. Alle Dachdecker sind fernerhin verpflichtet, auf allen Arbeitsstätten eine strenge Kontrolle zu üben und der auch ferner bestehenbleibenden Lohnkommission über alle Vorkommnisse, etwaige Verweigerungen, Maßregelungen etc. sofort Mitteilung zu machen.

Die Puffer hielten am Mittwoch eine öffentliche Versammlung in den Arminkallen ab, in der zunächst Hr. Schulz den Bericht der Lohnkommission erstattete. Nach den Ausführungen des Redners ist die Geschäftslage in diesem Frühjahr für die Puffer eine außerordentlich günstige. Trotz dieses Umstandes hat es bisher doch ein Teil der Puffer versäumt, in nachdrücklicher Weise für die Innehaltung des aufgestellten Tarifs einzutreten. Allerdings haben in der letzten Zeit mehrere Arbeitseinstellungen stattgefunden, die fast alle nach kurzer Dauer und infolge der Vermittlung der Lohnkommission zu Gunsten der beteiligten Arbeiter verlaufen sind. Die von den Puffer auf die ablehnende Antwort der Unternehmer hin beschlossene Verkürzung der Arbeitszeit ist beinahe allgemein durchgeführt. Bei der Lohnkommission sind zur Zeit insgesamt 132 Bauten gemeldet und haben 1610 Puffer Sammelkarten erhalten. Nach dem provisorischen Kassenericht, den Kelpin erstattete, betragen die Einnahmen seit dem 10. Dezember 1898 inklusive des alten Bestandes insgesamt 10 002,97 M., die Ausgaben 1720,55 M., so daß ein Bestand von 8282,42 M. verbleibt. Nachdem als Revisoren Kohl, Fuhrmann und Landefeld gewählt waren, wurde beschlossen, daß von nun ab vierteljährig eine revidierte Abrechnung von dem Kassierer zu geben ist, und soll es der Versammlung am Schluß des Jahres überlassen bleiben zu bestimmen, ob der Jahresbericht im Druck erscheinen soll. Darauf berichteten Kohl und Vudah über die Thätigkeit der Gewerkschaftskommission, wobei sie besonders auf die Erhöhung der Beitragsleistung, die sich durch die Anstellung des zweiten Gewerkschaftsbeamten notwendig machte, hinwiesen. Nach einer längeren Debatte, in der sich fast alle Redner gegen die verlangte Erhöhung von 40 M. auf 85 M. pro Jahr aussprachen, gelangte ein Antrag zur Annahme, die Beschlußfassung über die Bewilligung auszuschieben, bis der Delegierte über die Verwendung der Gelder weitere Information eingebracht und hierüber Bericht erstattet hat. Ein motivierter Antrag von Vudah, das Verhältnis zur Gewerkschaftskommission zum nächsten Jahre zu kündigen, wurde vorläufig abgelehnt. Als Delegierter wurde sodann H. Lange und als Stellvertreter Vudah gewählt. Eine sehr erregte Diskussion entspann sich hierauf über die von den Pufferträgern an die Puffer gestellten Forderungen. In der gemeinschaftlichen Sitzung ist eine Einigung nach dem Bericht, den Schulz gab, nicht erzielt worden, insbesondere deshalb, weil die Puffer sich principiell nicht als Arbeitgeber der

Träger betrachten und diese aus diesem Grunde mit ihren Forderungen an die Unternehmer verweisen. In weiteren wurde darauf hingewiesen, daß die Löhne der Träger erhöht worden sind und die der Puffer nicht. Außerdem ist von den Puffer eine Verkürzung der Arbeitszeit erzielt worden, die auch den Trägern sehr wesentlich zu gute kommt. Kritisiert wurde auch, daß die Träger vornehmlich immer die organisierten Puffer in Anspruch nehmen, während sie bei den Kolonnen der Indifferenten, bei denen sie auch allgemein mehr leisten müßten, keine höheren Löhne forderten. Ferner wurde bemängelt, daß der am 10. April von den Trägern beschlossene Tarif neben den Lohnerhöhungen Forderungen enthält, die von den Puffer überhaupt unannehmbar sind. Unter andern soll für den Küstungsüberbau bezw. bei vorfindenden Unfällen nicht der wirkliche Bauunternehmer, sondern der Puffer die Verantwortung übernehmen und die Folgen zu tragen haben. Das Arbeitsgerät wird gleichfalls unentgeltlich und in brauchbarem Zustande von den Puffer verlangt. Außerdem wird gefordert, daß 2 Träger so lange beschäftigt werden, als die Arbeit dauert. Der Pufferträger Weier vertritt hierauf die in dem Tarif enthaltenen Forderungen und erklärt, daß sich seine Kollegen mit ihren Forderungen immer an die Puffer wenden werden, so lange eine Aenderung des gegenwärtig üblichen Arbeitsverhältnisses nicht Platz gegriffen hat. Sie betrachten die Puffer als ihre Arbeitgeber und überlassen es diesen, mit den Bauunternehmern Preise solche festzusetzen, daß sie den Forderungen der Träger gerecht werden können. Unter lebhaftem Protest der anwesenden Pufferträger wurde sodann, wie bereits einmal im vorigen Jahre, beschlossen, über den beantragten Tarif der Träger zur Tagesordnung überzugehen. Es wurde hierbei den Trägern anheim gegeben, ihre Forderungen direkt an die Unternehmer zu stellen, bezw. durch Arbeitseinstellung dieselben zur Durchführung zu bringen, wobei die Puffer sie moralisch möglichst unterstützen werden. — Von einem Schreiben der Stuccateure, in welchem ersucht wird, auf den Bauten bei den Stuccateuren für die Einführung der Lohnarbeit zu wirken und in dem auf die Schäden der Accorarbeit hingewiesen wird, wurde Kenntnis genommen. Nachdem noch beschlossen worden war, dem Streikfonds der Maurer Deutschlands in Hamburg 1000 M. aus dem öffentlichen Fonds zu überweisen, erfolgte der Schluß der Versammlung.

Fahrgeld wird vergütet.

Jacques Raphaëli Inh. Th. Büsing, BERLIN C., An der Spandauer Brücke No. 2.

 <p>Kerren-Jacket-Anzüge, ein- und zweireihig, in hochmodernen, eleganten Facons, vorzüglichster Verarbeitung, tadellosem Sitz, in besten Stoffen. Mk 10,-, 14,-, 19,-, 24,-, 29,-, 32,-, 36,- etc.</p> <p>Knaben- und Burschen-Anzüge von Mk 2,80, 3,10, 4,50, 5,50, 7,50, 8,50 etc.</p>	 <p>Kerren-Rock-Anzüge, ein- und zweireihig, aus dem besten Material verarbeitet, jedem Geschmack Rechnung tragend. Mk 24,-, 28,-, 32,-, 36,- etc.</p> <p>Kerren-Regenröcke (garantirt wasser-dicht) in modernen u. schwarzen Farben Mk 21,-, 24,-, 27,- etc.</p>	 <p>Radfahr-Anzüge aus guten, widerstandsfähigen Cheviots u. Lodenstoffen in sehr geschmackvollen Dessins und bester Ausführung. Doppelter Gessinsboden. Mk 7,30, 9,30, 12,50, 14,50, 16,50, 20,-.</p> <p>Kerren-Sommer-Jackets in Laster und leichten Zwirnstoffen 1,-, 1,40, 2,25, 2,80, 3,80, 5,- etc.</p>	 <p>Kerren-Frühjahrs- u. Sommer-Paletots in denkbar grüster Farbauswahl, nur gediegene Stoffe, für jeden Stand, in der Preislage von Mk 10,-, 14,-, 18,-, 22,-, 24,-, 28,- etc.</p> <p>Kerren-Beinkleider in grüster Auswahl, 2,80, 3,80, 4,90, 5,80, 7,50, 9,50 etc.</p>
--	--	--	--

<p>Damen-Fussbekleidung.</p> <p>Für Kinder braune Knopf- und Schnürstiefel, echt Ziegen M. 1,70, 2,50, 3,00, 4,00 etc.</p> 	<p>Herren-Fussbekleidung.</p> <p>Garantie für Haltbarkeit durch gedruckte Garantiescheine.</p> 	<p>Kinder- und Mädchen-Fussbekleidung.</p> <p>Für Knaben und Mädchen echt Ziegenleder braune Knopf- und Schnürstiefel M. 3,75, 4,75, 5,50 etc.</p> 
---	---	---

<p>Segeltuch-Schnürschuh, Absatz 2,00 Echt Ziegenleder, braun, Schnür- oder Knopfschuh 4,25</p>	<p>Echt Ziegenleder, Schnür- od. Knopf-stiefel 6,75, 7,50 Goodyear Welt, Ziegenleder-Knopfstiefel, braun, nur 8,75</p>	<p>Segeltuch-Schnürschuh, Absatz 3,10 Echt Ziegenleder braun Schnürschuh 5,75</p>	<p>Zugstiefel ohne Naht, Rindleder 8,- Zugstiefel ohne Naht, Wildkatbleder, genäht 6,75</p>	<p>Schnürstiefel, in. Rossl., hochfeine Ausführung, spitz und eckig 8,50 Derselbe in braun, echt Ziegen 10,-</p>	<p>Fruchtsaftpresserei.</p> <p>Spezialität: Eier-Cognac, pr. 1 Ltr.-Fl. incl. 2,- Himbeersaft, pr. 1 Ltr.-Fl. incl. 1,-, 1,40. Kirschsaff, pr. 1 Ltr.-Flasche incl. 1,20. Erdbeersaff, pr. 1 Ltr.-Flasche incl. 1,20. Ingwer-Hagen-Wein, pr. 1 Ltr.-Flasche incl. 1,25. Stonadorfer, pr. 2 Ltr.-Flasche incl. 0,60. Bergamott, pr. 1 Ltr.-Flasche incl. 1,50. Sherry Brandy, pr. 1 Ltr.-Fl. incl. 1,85.</p>
--	---	--	--	---	---

Preisbuch gratis und franco.

Rechtsbureau
bes langl. Bureauvorsteher Jacobi, Gr. Frankfurterstr. 85. Rat u. Auskunft i. allen Angelegenheiten. Abends bis 9 Uhr, auch Sonntagsvorm. geöffnet

Sophastoffe
auch Reste
in Atlas, Damast, Crepe, Phantasie, Gobelin und Blüch spottbillig!
Probieren franco!
Läuferstoffe in allen Qualitäten zu Fabrikpreisen.
Berlin S., Cranienstr. Nr. 158.

Schmerzloses Zahnziehen ohne Narkose!

Specialität:
Plattenloser Zahnersatz.
Künstl. Zähne, brauchbar... von 2,- Mk.
Plomben, schmerzlos... von 1,60 Mk.
Elektrische Bohraparate und Mundbeleuchtung.

Linde, Köpnickstr. 76
Eingang Brückenstrasse. Sprechzeit 9-6.

Täglich viele Anerkennungen.
Herr Lehrer S. schreibt:
Alle meine zu Ihnen empfohlenen Bekannten sind mit mir erstaunt über die große Wirkung dieses schmerzabwehrenden Mittels zur Operation. Ich kann Sie nur aufs Beste empfehlen etc. etc.
Frau Kaufmann L. schreibt u. a.:
Ueber den glücklichen Erfolg des bei mir angewandten schmerzlosen Verfahrens bei der großen Operation (Entfernung von 16 Zähnen) bin ich Ihnen zu großem Danke verpflichtet. Ihre Geschicklichkeit verdient die vollste Anerkennung.
1891

Möbel, bar und Teilzahlung billigt! (Aust. f. vier Allee 110 I. C. E. Rönigbergerstr.)

Schuhwaren!
Billate
Kottbuser Damm No. 13,
Inh.: S. Schwarzwald,
empfeht
Schuhwaren jeder Art
für Kinder, Damen u. Herren
in bester Ausführung zu billigen Preisen. — Reparaturen, Maßarbeit schnell u. billig. (14758)

